

Florian Warweg
Fichtenweg 7/1211
72076 Tübingen
Tel: +49 7071-289265
Email: florian_warweg@email.de
Matrikelnummer: 2341220

Staatszerfall in Kolumbien und Angola?

Über die Erklärung und Prognostizierbarkeit von Staatszerfall anhand des
Global Model

Schriftliche Arbeit zur Erlangung des Akademischen Grades „Magister Artium“ an der
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Vorgelegt bei:
PD. Dr. habil. Harald Barrios
Dr. Martin Große Hüttmann
Tübingen, den 12. April 2007

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

(Ort, Datum)

(eigenhändige Unterschrift)

Mit dem Zeitgeist: Eine Danksagung

Noch vor wenige Monaten hatte ich nur Spott übrig, für die oft in Magisterarbeiten vorzufindenden Danksagungen. Mag dies bei Promotionen und Habilitationen noch angehen, doch sei eine Danksagung im Rahmen einer Magisterarbeit albern und pathetisch, so ein gewisser Florian Warweg. Nun ja, jetzt sind die letzten Zeilen geschrieben, das letzte Satzzeichen gesetzt, und ob ich will oder nicht, spüre ich nun doch das „pathetische“ (?) Bedürfnis Danke zu sagen, auch im Rahmen meiner Magisterarbeit.

Diese Arbeit hat enorm gewonnen, inhaltlich wie methodologisch, dank dreier enger Freunde. Sie begleiteten den Magisterarbeitsprozess beinahe permanent, ermunterten, hinterfragten und waren einfach für mich da.

Alex, dir Dank für die vielen guten Gespräche in der Cafeteria des Gourmettempels unserer Uni, dein profundes Feedback, die vielen erlesenen Kaffeesorten in deiner WG, meine „Gender-Sensibilisierung“, für die Hinterfragung von etablierten Wissenschaftskonzepten und unseren gemeinsamen Kampf für oder gegen (?) die „moteurs tubulaires“. Ich freue mich auf uns in Berlin. „On y ira ensemble...“

Lisa, dir Dank für den „strengen“ naturwissenschaftlichen Blick auf meine sozialwissenschaftliche Arbeit, der Basisdaten und Graphen sich wirklich entsprechen ließ und aus Kindern wieder Säuglinge machte. Doch vor allem empfinde ich Dankbarkeit für mehr als 13 Jahre tiefer Freundschaft: Sankt Valentin, Zweibrücken, Karlsruhe, Tübingen, Berlin, Rio, Santiago de Chile...“Mein Herz ist das Gestrige, ist’s auch das Deine noch?“

Dir Steffen, mille grazie für das kritischste der drei zentralen Korrekturlese-Feedbacks, deinen letzten Korrekturakt, als ich selbst eigentlich gar nichts mehr schreiben noch ergänzen wollte, für die vielen geteilten Stunden neben dem „Pedanten“ und danke für die mir ermöglichte Teilnahme am Besten aller Einführungsbücher in die Vergleichende Politikwissenschaft. Auf hoffentlich noch viele Stunden, wir, Rotwein trinkend und schweigend auf diese 64 Felder starrend...

Unzählige Komma- und Rechtschreibfehler würden noch diese Arbeit schmücken, hätte es nicht diese beiden KorrektorInnen gegeben, die nie Teil der Pisa Generation waren, sondern noch das strenge OS-EOS Regime durchlaufen haben. Danke euch, Uta und Ralf, respektive Mama und (Stief-) Papa. Danke vor allem für das so wichtige, mir vermittelte Gefühl, dass ihr

immer hinter mir standet, was meine Studienwahl anging und danke für das aufrichtige Interesse und Engagement, welches ihr für meine Magisterarbeit gezeigt habt. In tiefer Liebe und Dankbarkeit sei euch beiden, jetzt werden wir richtig „pathetisch“ 😊, diese Magisterarbeit gewidmet.

Noch eine weitere Person sollte Erwähnung finden. Jene Person, die während der überwiegenden Zeit, in der die Magisterarbeit entstand, nie, zumindest nie physisch, da war, wenn man sie am nötigsten gebraucht hätte, sondern stattdessen wilde Parties im Sonnen verwöhnten Brisbane feierte. Ihr sei die Zeit nach den Magisterprüfungen gewidmet...Bei all den Zyklen und „atmosphärischen“ Störungen die wir zwischen Tübingen und Brisbane durchlebten, warst du, und wirst du mein Lebenselixier sein. Jag älskar dig, Miss Linnea Andersson.

“Gracias a la vida...”

Inhaltsverzeichnis

I. EINLEITUNG.....	1
1. EINFÜHRUNG: WELCOME BACK? ETWAS IST FAUL IM STAATE...	1
2. FRAGESTELLUNG.....	4
3. METHODIK	4
4. FORSCHUNGSSTAND.....	5
5. WISSENSCHAFTLICHE RELEVANZ DIESER ARBEIT	6
6. WIESO KOLUMBIEN UND ANGOLA ALS FALLBEISPIELE?	7
7. GLIEDERUNG UND MATERIALGRUNDLAGE.....	9
8. DEFINITIONEN UND KODIERUNGEN	10
II. DIE STATE FAILURE DEBATTE: KONZEPTE UND URSACHEN.....	13
1. EINFÜHRUNG.....	13
2. KONZEPTE	14
3. URSACHENANALYSEN	16
3.1. Postkoloniale Staatswerdung	17
3.2. Das Ende des Kalten Krieges.....	18
3.3. Delegitimierendes Elitenverhalten.....	19
III. VERORTUNG DES GLOBAL MODEL IN DER FRÜHWARNFORSCHUNG.....	20
1. EINFÜHRUNG	20
2. FRÜHWARNMODELLTYPEN	21
3. DER ZEITFAKTOR IN DER FRÜHWARNFORSCHUNG	23
4. STATUS DES GLOBAL MODEL INNERHALB DER FRÜHWARNFORSCHUNG	24
5. SCHWÄCHEN DER FRÜHWARNFORSCHUNG UND DES CORRELATION MODEL.....	24
IV. DAS GLOBAL MODEL: DESKRIPTION UND KRITISCHE ANALYSE	26
1. DESKRIPTION DES GLOBAL MODEL	26
1.1. Entwicklung des Global Model 1994-2005.....	26
1.2. Deskription des Problemsatzes: Die abhängige Variable	26
1.3. Deskription des Datensatzes: Die erklärenden Variablen.....	29
1.4. Deskription der datenanalytischen Methoden.....	29
1.5. Deskription der Schlüsselvariablen und Endresultate des Global Model	34
2. KRITISCHE ANALYSE.....	41
2.1. Kritische Analyse des Problemsatzes: Die abhängige Variable	41
2.1.1. Definitionsschwächen	41
2.1.2. Ignorierte Pfadabhängigkeit	42
2.1.3. Länderauswahl und Zuordnung.....	43

2.2. Kritische Analyse des Datensatzes: Die erklärenden Variablen	44
2.2.1. Erklärende Variable: Handelsoffenheit	44
2.2.2. Säuglingssterblichkeit	48
2.2.3. Staatliche Diskriminierung von Minderheiten	51
2.2.4. Ethnische oder zivile Konflikte in Nachbarstaaten	53
2.2.5. Regimetyyp	56
2.3. Kritische Analyse der kausalen Schlüsse und Effekte	58
2.4. Kritische Analyse der datenanalytischen Methoden	59
2.5. Kritische Analyse der Vorhersage- und Erklärungsperformanz des GM	61

V. ANWENDUNG DES GLOBAL MODEL AUF KOLUMBIEN UND ANGOLA 63

1. HISTORISCHER ABRISS DER KRIEGSGENESE UND AKTEURE IN KOLUMBIEN UND ANGOLA 63	
1.1 Kolumbien	63
1.2. Angola	71
2. DIE OUTCOME-VARIABLE IM DATENSATZ DER <i>TASK FORCE</i>	76
2.2. Der Fall Kolumbien	76
2.3. Der Fall Angola	78
2.4. Die Outcome-Variable im Vergleich.....	79
2.5. Schwächen in der Erfassung der Outcome-Variable	80
2.5.1. Allgemeine Schwächen	80
2.5.1. Fallspezifische Schwächen: Kolumbien.....	80
2.5.2. Fallspezifische Schwächen: Angola.....	81
3. VORHERSAGEPERFORMANZ DES <i>GLOBAL MODEL</i> IM FALLE KOLUMBIENS UND ANGOLAS 83	
3.1. Kolumbien	83
3.2. Angola	84
4. DIE ERKLÄRENDE VARIABLEN IM TEST.....	84
4.1. Die erklärende Variable Handelsoffenheit.....	85
4.1.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien	86
4.1.2. Erklärungskraft für den Fall Angola	86
4.2. Die erklärende Variable Säuglingssterblichkeit	87
4.2.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien	87
4.2.2. Erklärungskraft für den Fall Angola	88
4.3. Die erklärende Variable staatliche Diskriminierung von Minderheiten.....	89
4.3.1. Die Erklärungskraft für den Fall Kolumbien	90
4.3.2. Erklärungskraft für den Fall Angola	90
4.4. Die erklärende Variable zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten.....	91
4.4.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien	91
4.4.2. Erklärungskraft für den Fall Angola	92
4.5. Die erklärende Variable Regimetyyp	93
4.5.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien	93
4.5.2. Erklärungskraft für den Fall Angola	95

VI. SO WHAT? FAZIT UND AUSBLICK.....	97
1. DIE MAKROEBENE DES <i>GLOBAL MODEL</i>	98
1.1 <i>Die abhängige Variable</i>	98
1.1.1. Staats(zerfalls)verständnis und Definition	98
1.2.1. Datenauswahl	99
1.2. <i>Die erklärenden Variablen</i>	101
1.3. <i>Prognose- und Erklärungsperformanz</i>	102
2. ANWENDUNG DES GLOBAL MODEL AUF KOLUMBIEN UND ANGOLA.....	103
2.1. <i>Die abhängige Variable</i>	103
2.2. <i>Die erklärenden Variablen</i>	106
2.2.1. Erklärungs- und Vorhersageperformanz	106
5. SCHLUSSBEWERTUNG.....	108
6. AUSBLICK	110

Wörter: 37.211

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abb.1: Staatszerfall weltweit nach Typus, 1955-2004.....	27
Abb. 2: Staatszerfall anteilig nach Weltregionen.....	28
Abb. 3: Säuglingssterblichkeit als Risikofaktor für Staatszerfall.....	49
Abb. 4: Ausweitung der Guerillapräsenz von 1987-1998.....	68
Abb. 5: Ausprägung des Revolutionskrieges in Kolumbien.....	77
Abb. 6: Ausprägung des Revolutionskrieges in Angola.....	78
Abb. 7: Durchschnittliche Ausmaß der Revolutionskriege nach Task Force Kodierung: Kolumbien und Angola im Vergleich: 1984 bis 2004.....	79
Abb. 8: Handelsoffenheit Kolumbiens und Angolas im Verhältnis zum globalen Durchschnitt: 1955-1995	85
Abb. 9: Säuglingssterblichkeit in Kolumbien und Angola im Verhältnis zum globalen Durchschnitt: 1955-2004.....	87
Abb. 10: Staatliche Diskriminierung von Minderheiten in Kolumbien und Angola: 1955-1999.....	89
Abb. 11: Zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten Kolumbiens und Angolas: 1955-1999.....	91
Abb. 12: Regimetyyp nach 10er Skala: Kolumbien Angola: 1955-2003.....	93
Abb. 13: Regimetypus und Verbreitung weltweit: 1985-2002.....	95

Tabellen

Tabelle 1: Entwicklungsphasen des <i>GM</i>	2
Tabelle 2: jährlicher US-Import von Rohöl in Tausend Barrels.....	9
Tabelle 3: Durch t-Test sowie Chi-Test präselektionierte Variablen für das <i>GM</i>	33
Tabelle 4: Schlüsselvariablen und Resultate des <i>GM</i>	35
Tabelle 5: Definition und Beschreibung der Schlüsselvariablen des <i>GM</i>	40
Tabelle 6: Most Frequently Occuring Variables in Models of Best Accuracy.....	45
Tabelle 7: Evaluierung der Erklärungskraft der unabhängigen Variablen <i>GM</i> für den Beginn der Staatszerfallsepisode in den jeweiligen Fallstudien.....	106

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Volltitel
AKUF	Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia
COW	Correlates of War Project
CPN	Conflict Prevention Network
ELN	Ejército de Liberación Nacional
EPL	Ejército Popular de Liberación
FARC-EP	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo
FEWER	Forum for Early Warning and Early Response
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
GM	Global Forecasting Model of Political Instability
IDMC	Internal Displacement Monitoring Centre
HEWS	Humanitarian Early Warning System
KK	Kalter Krieg
MAR Project	Minorities at Risk
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PITF	Political Instability Task Force
PMC	Private Military Company
SDAF	South African Defense Force
SFP	State Failure Project

SFTF	State Failure Task Force
SWP	Stiftung für Wissenschaft und Politik
UNAVEM	United Nations Angola Verification Mission
UNIFEM	The United Nation Development Fund for Women
UNHCR/ACNUR	United Nations High Commissioner for Refugees/Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Refugiados
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNITA	União Nacional para a Independencia Total de Angola

I. Einleitung

1. Einführung: Welcome back? Etwas ist faul im Staate...

In Folge der Anschläge des 11. Septembers 2001 kam ein scheinbar neues Phänomen auf die internationale Agenda: Jenes der zerfallenden Staaten oder *failing states*, wie das Scheitern von Staaten aufgrund der im angelsächsischen Sprachraum weiter fortgeschrittenen Diskussion bisweilen auch in Deutschland genannt wird. Die Verbindung zum 11. September ist eher indirekter Natur. Die Attentäter gehörten einem transnationalen Terroristennetzwerk an, welches seine temporäre Kommandozentrale in Afghanistan, einem jener *failing states* hatte (siehe u.a. Schneckener 2004: 5).

Nicht dass man tatsächlich mit einem neuartigen Phänomen konfrontiert war, doch galten zerfallende Staaten bis dahin als regional begrenztes Problem. Interventionen von Seiten der internationalen Gemeinschaft erfolgten wenn, aus primär humanitären Gründen; wie beispielsweise im Falle Somalias 1992¹.

Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre erschien der Staat selbst, zumindest diskursiv zu Grabe getragen, als ein „obsoletes, ressourcenverschlingendes [...] Relikt, auf dem Altar der Globalisierung geopfert und beerdigt im Klientelismus der Dritten Welt“ (Spanger 2002: 1f.). Erst mit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 begann die sogenannte westliche Welt² Staatszerfall als direkte Bedrohung der eigenen nationalen Sicherheit wahrzunehmen:

„Now the US and its allies are obliged to recognise the distinct threat from the spreading chaos of failed and broken states. Pariah states can be deterred and, if necessary, defeated. [...] Afghanistan is but one example of the new threat: havens where criminals, drug barons and now terrorists have stepped in when the authority of the state has fractured. Think Somalia, Liberia, Angola, Chechnya, the vast drug plantations in south America“ (Financial Times 28/09/2001: 15).

Die US-Administration zog hieraus in ihrer überarbeiteten Sicherheitsstrategie vom September 2002 die Schlussfolgerung: „America is now threatened less by conquering states, than we are by failing ones“ (The National Security Strategy of the United States of America 2002: 1). Doch entgegen der medialen und öffentlichen Wahrnehmung begann die wissenschaftlich-sicherheitspolitische Diskussion um Staatszerfall³ schon geraume Zeit vor dem in diesem Kontext als Zäsur begriffenen 11. September 2001.

¹ Die unter Mandat der Vereinten Nationen (UN) stehende peacebuilding Operation *Restore Hope* hatte die Garantierung der Nahrungssicherheit zum zentralen Ziel (Perras 2006: 3).

² Der Terminus *westliche Welt* wird im Kontext dieser Arbeit verstanden als die Mitgliedsländer der OECD. Als Synonyme werden im weiteren Verlauf trotz definitorischer Unklarheit, *Erste Welt* sowie *der Norden* verwendet.

³ Aus Gründen der sprachlichen Varianz werden in Folge Staatszerfall und *state failure* gleichwertig gebraucht.

Das bis heute umfangreichste Projekt, Staatszerfall wissenschaftlich aufzuarbeiten, stellt das im Frühjahr 1994 durch den damalige Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Al Gore, zusammen mit der *Central Intelligence Agency (CIA)* initiierte *State Failure Project (SFP)* dar. Es wurde in Auftrag gegeben „to assess and explain the vulnerability of states around the world to political instability“ (Bates et al. 2003: vii). Das *SFP* verfolgt demnach sowohl einen prognostischen als auch einen erklärenden Anspruch. Als übergeordnetes Ziel erhoffen sich US-Regierung und CIA von diesem Projekt eine Effizienzsteigerung der US-Außenpolitik mittels Früherkennung von *state failure* und dem damit möglichen früheren und somit effektiveren Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Über gezielte Maßnahmen gegenüber gefährdeten Staaten, die durch ihre Instabilität nationale Interessen der USA bedrohen, sollen die Folgekosten von Staatszerfall möglichst gering gehalten werden.

Zielvorgabe des *State Failure Project* ist es, „to design and carry out a data-driven study on the correlates of state failure. The ultimate objective is to develop a methodology to identify key factors and critical thresholds signaling a high risk of political crisis in countries some two years in advance“ (Esty et al 1998: 1). Zu diesem Zweck wurde die *State Failure Task Force (SFTF)*⁴ gegründet: ein interdisziplinäres Forschungsprogramm, welches sich aus renommierten WissenschaftlerInnen der Konflikt- und Frühwarnforschung⁵ sowie den Forschungsbereichen der Statistik- und Datenverarbeitung rekrutierte. Projektleiter sind Rober H. Bates (Harvard University), Ted R. Gurr, Monty G. Marshall (University of Maryland), Jack Goldstone (George Mason University), David. L. Epstein (Colombia University), Barbara Harff (US Naval Acadamy) und Daniel Esty (Yale University) (Bates et al 2003: i). Kernstück der Forschungsbemühungen war von Beginn an die Entwicklung des sogenannten *Global Forecasting Model of Political Instability*, kurz *Global Model (GM)*, das sich mittlerweile in der fünften Entwicklungsphase befindet (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Entwicklungsphasen des GM

Zeitraum	1994-1995	1995-1998	1998-2000	2000-2003	2004-
Phase	I	II	III	IV	V

Quelle: eigene Darstellung, nach Angaben der State Failure Homepage:
<http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/pitfdata.htm>, rev. 2006-05-27

⁴ 2003 wurde die *State Failure Task Force* umbenannt in *Political Instability Task Force (PITF)*. Die Umbenennung hatte aber keine weiteren inhaltlichen Konsequenzen für das Projekt zur Folge. Da die Task Force zudem „political instability“ als *state failure* definiert (siehe Bates et al. 2003: 7f.), wird zur Vermeidung sprachlicher Verwirrung im Rahmen dieser Arbeit die ursprüngliche Bezeichnung beibehalten.

⁵ Eine Verortung des *GM* im Kontext der Frühwarnforschung erfolgt im Kapitel 3.

Die empirische Basis umfasst Daten zu weltweit allen Staaten, mit Ausnahme der USA, die ausgeklammert bleiben, denn „the charter of the State Failure Task Force prohibits it from discussing state failure in the U.S. or making forecasts of U.S. state failure“ (King 2005: 1). Der empirisch erfasste Zeitraum erstreckt sich von 1955 bis 2004⁶.

Das anfangs hochkomplexe Modell mit bis zu 1000 Variablen wurde im Laufe der Entwicklungsphase immer weiter dekomplexiert und begrenzt sich mittlerweile auf fünf hierarchisierte unabhängige Schlüsselvariablen (Goldstone et al. 2005: 6):

- **Regimetyt,**
- **Größere zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten,**
- **Staatliche Diskriminierung oder Unterdrückung von Minderheiten,**
- **Säuglingssterblichkeit,**
- **Eingeschränkte Handelsoffenheit.**

Die abhängige Variable⁷ Staatszerfall wird im Rahmen des *GM* definiert als, „severe internal political crisis evident through any one of four types of events“. Diese vier Kategorien werden benannt als Revolutionskrieg („Revolutionary War“), ethnischer Krieg („Ethnic War“), feindlicher Regimewechsel („Adverse Regime Change“) und Genozid/Politizid („Genocide /Politicide“) (Bates et al. 2003: viii).

Aufgrund des fortlaufenden Forschungsprojekts sowie bedingt durch Restriktionen der US-Regierung⁸ wurden Teile der Arbeit klassifiziert oder zumindest nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zwar existiert seit Ende 2003 eine Homepage des *SFP*, doch wurden dort nur sehr selektiv Ergebnisberichte und Datenmaterial veröffentlicht. Erst am 12. Mai 2006 wurde ein Großteil der Daten und Ergebnisse des Projekts für die Öffentlichkeit freigegeben⁹.

⁶ Einschränkend anzumerken ist, dass eine Vielzahl des vorliegenden empirischen Materials nur bis zum Jahre 1998 verfügbar ist.

⁷ Abhängige Variable wird im Zuge dieser Arbeit auch als Outcome-Variable bezeichnet. Beide Benennungen werden in dieser Arbeit als Synonyme verstanden.

⁸ Die Task Force räumt einerseits Restriktionen und Vorgaben im Forschungsdesign von Seiten der US-Regierung und der CIA ein, sie betont in ihren Berichten aber immer wieder, dass “although the work of the Task Force is funded by the Central Intelligence Agency’s Directorate of Intelligence, neither the Task Force’s analyses nor the contents of this report are based on intelligence reporting. The report does not represent the official view of the US Government, the US Intelligence Community, or the CIA, but rather the views of the individual authors” (Bates et al. 2003 : iii).

⁹ Allerdings sind diese Daten nach wie vor nicht offen zugänglich, sondern müssen schriftlich, unter Nachweis eines universitären Status bei der George Mason University angefordert werden (siehe: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/pitfp4.htm>, rev. 2006-05-27).

2. Fragestellung

Mit der Verfügbarmachung der bisher gewonnenen Datensätze und Ergebnisse des seit zwölf Jahren laufenden Projektes der *State Failure Task Force* ergibt sich erstmals die Möglichkeit, das *GM* umfassend zu analysieren sowie auf Fallbeispiele anzuwenden.

Anspruch dieser Arbeit ist es, mittels des zur Verfügung stehenden Materials eine kritische Analyse des *GM* vorzunehmen, sowie dessen Prognose- und Erklärungskraft durch die Anwendung auf zwei Fallbeispiele, Kolumbien und Angola, zu testen.

Die Untersuchung wird sich dabei an vier Leitfragen orientieren:

- 1) Lassen sich (methodologische) Schwächen beim *GM* ausmachen?
- 2) Erfüllt das *GM* seinen prognostischen sowie erklärenden Anspruch?
- 3) Liegt oder lag Staatszerfall in Kolumbien und Angola vor?
- 4) Wenn ja, ist das Modell in der Lage, den Staatszerfall in beiden Ländern mit seinen Mitteln (Variablen) zu erklären?

Während die ersten beiden Fragen auf eine theoretische Analyse des Modells abzielen, stehen die beiden letzteren Leitfragen für die Konfrontation des Makromodells mit der Regionalwissenschaft und den beiden Fallstudien.

3. Methodik

Primäres Ziel der *Task Force* ist es “to make accurate forecasts, but it also draws causal inferences from the same model” (King/ Zeng 2001a: 648). Die vorliegende Arbeit wird sich in ihrer Analyse und Anwendung auf diesen letzteren Aspekt des *GM* konzentrieren. „Causal inference“ wird in dieser Arbeit nach Collier et. al. im Sinne des kontrafaktischen Verständnisses von Kausalität gebraucht:

„[...] causal inference consists of comparing (a) the value of the outcome variable (Y_t with “t” for treatment) for a particular case when that case is exposed to a treatment, with (b) the value of the outcome variable (Y_c with “c” for control) for the same case when that case is not exposed to the treatment. Y_t and Y_c are thus two different variables that reflect the outcomes a case will experience on the dependent variable, conceptualized as an experimental treatment, present or absent” (Collier et al. 2004: 32).

Aufbauend auf einer Analyse der methodologischen Vorgehensweise der *SFTF* in Bezug auf Definitionen sowie Datenauswahl und Modellbildung werden anschließend die daraus resultierenden fünf Schlüsselvariablen untersucht.

In einem ersten Testlauf werden die unabhängigen Variablen¹⁰ nach ihrer Erklärungskraft und Beständigkeit auf der Makroebene analysiert. Dies geschieht, indem die besagten Variablen auf ihre Konsistenz mit Ergebnissen der Staatszerfallsforschung sowie auf ihre Stellung im kausalen Gefüge überprüft werden. Daran anschließend werden die unabhängigen Variablen auf die beiden Fallbeispiele Angola und Kolumbien angewandt, um zu ersehen, inwieweit die Variablen tatsächlich über Erklärungskraft für die Staatszerfallsprozesse in beiden Ländern verfügen. Zu diesem Zweck wird auf die veröffentlichten Datensätze der *SFTF*, die im SPSS Format vorliegen, zurückgegriffen¹¹. Besagte Datensätze umfassen 92 Variablen, aus denen dann jeweils die fünf Schlüsselvariablen für die Fallbeispiele isoliert werden.

4. Forschungsstand

Bedingt durch die erst im Mai 2006 erfolgte Freigabe eines Großteils der Ergebnisse des *SFP*, zeigt sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem *GM* als sehr begrenzt. Zwar verweisen viele wissenschaftliche Aufsätze, die sich mit dem Thema Staatszerfall befassen, auf das *SFP*, doch beschränkt sich dies fast immer auf wenige Zeilen, in denen selten qualitative Aussagen getätigt werden (siehe Schneckener 2004: 18, Zelik 2005: 1, Carment 2001: 27, Schrodt 2002: 5, Häcker 2004: 205).

Die einzige detaillierte Analyse des *GM* vollzogen bis zum jetzigen Zeitpunkt lediglich Gary King und Langche Zeng von der Harvard University. King und Zeng fokussieren allerdings ihre Evaluation vor allem auf die quantitativ-statistischen Methoden der *SFTF* (King/ Zeng 2001a: 623 ff.). Im deutschen Sprachraum gibt es nur ein Arbeitspapier, erstellt im Rahmen der Forschungsgruppe *Transformation der politischen Ordnung* an der Universität Köln, welches sich ausführlicher mit dem *GM* beschäftigt. Jedoch wurde dieses Arbeitspapier im Frühjahr 2003 erstellt, zu einem Zeitpunkt, da die *SFTF* noch nicht der interessierten Öffentlichkeit, zumindest partiell, Ergebnisse und Datensätze mittels ihrer Homepage zugänglich gemacht hatte. Besagtes Arbeitspapier basiert aufgrund dessen hauptsächlich auf zwei Veröffentlichungen der *SFTF* aus den Jahren 1995 sowie 1998, die sich ausschließlich auf die Phasen I und II des Projektes beziehen sowie der Revision von King und Zeng in der *World Politics* im Juli 2001 (siehe Daun 2003:1). Mittlerweile befindet sich das Projekt, wie bereit erwähnt, in Phase V. Grundsätzliche Änderungen im Bereich von Definitionen sowie

¹⁰ Ebenfalls aus Gründen der sprachlichen Varianz werden als Synonym für unabhängige Variable auch die Bezeichnungen erklärende Variable sowie Prädiktor verwendet.

¹¹ Im Falle der Variablen, für die keine vollständigen Datensätze vorliegen, wird wenn möglich auf die im *SFTF* Bericht verwiesenen Primärquellen zurückgegriffen. Im konkreten Fall sind dies das *US Bureau of the Census*, *Center for Systematic Peace*, *Polity IV Dataset* sowie die Weltbank.

Variablenauswahl und Berechnungsgrundlage bringen es mit sich, dass jenes Arbeitspapier, da auf größtenteils obsoleten Daten und Ergebnissen beruhend, zumindest im Themenbereich dieser Arbeit nur noch begrenzt politikwissenschaftliche Verwendung finden kann. Man könnte ergo zum jetzigen Zeitpunkt eine qualitative und kritische Analyse des *GM* als Pionierarbeit bezeichnen.

5. Wissenschaftliche Relevanz dieser Arbeit

„Social science research at its best is a creative process of insight and discovery...“ Will man allerdings in Folge eine Untersuchung durchführen, deren Ergebnisse eine breitere Akzeptanz als die eigene finden sollen, muss man dem Ende des Satzes unbedingt Beachtung schenken: „...within a well established structure of scientific inquiry“ (King et al. 1994: 12). Wie man zu einer Frage kommt, ist folglich eine Sache, ob diese Frage auch einen Wert für die sozialwissenschaftliche Forschung hat, eine weitere.

King et al. geben zwei Kriterien vor, die als Orientierung in diesem Zusammenhang dienen können. Zum einen sollte eine wissenschaftliche Untersuchung eine Bedeutung für die reale Welt haben oder in den Worten von King et al.: „The topic should be consequential for political, social or economic life, for understanding something that significantly affects many people’s lives, or for understanding and predicting events, that might be harmful or beneficial“ (ebd.:15). Bezugnehmend auf das erstgenannte Kriterium, ließe sich festhalten, dass die Thematik und Fragestellung dieser Arbeit auf zwei Ebenen den Anforderungen von King et al. gerecht wird: Einerseits ist das übergeordnete Thema der Arbeit, Staatszerfall, welcher im Rahmen des *GM* als interne gewaltsame Auseinandersetzung definiert wird, beinahe grundsätzlich als „consequential“ und „significant“ für Millionen von menschlichen Leben zu betrachten. Verwiesen sei nur auf eines der Fallbeispiele dieser Arbeit; Kolumbien. Im Jahre 2005 hatte Kolumbien als direkte Rückwirkung des Bürgerkriegs¹² mit 3,7 Mio. Binnenflüchtlingen¹³, die weltgrößte Flüchtlingskrise nach dem Sudan zu verzeichnen. Im selben Zeitraum wurden 1077 Kolumbianer Opfer von Landminen, die höchste Opferzahl weltweit (iDMC 2006: 10/ Human Rights Watch Report Colombia 2006: 3/ The Boston Globe 04/04/2006).

¹² Kolumbien erfüllt spätestens seit 1984 alle existierenden Definitionen von Bürgerkrieg, wobei die Mehrzahl der Definitionen Kolumbien seit 1964 als Bürgerkriegsland einstufen (siehe *AKUF*-, *COW*-, *HIK*- und *UCDP*-Bürgerkriegsdefinition).

¹³ Dies entspricht mehr denn fünf Prozent der kolumbianischen Gesamtbevölkerung.

Da es sich bei dem *Global Model* um eine Auftragsarbeit von Seiten der US-Regierung sowie der CIA handelt, rechtfertigt sich eine wissenschaftliche Auseinandersetzung zum anderen dadurch, dass die Ergebnisse besagten Projektes eine direkte Policy-Relevanz entfalten könnten. Dies impliziert einen direkten Einfluss auf die formelle wie informelle Außenpolitik der einzig verbliebenen Supermacht. Bereits 1998 konstatierte die *Task Force*: „The project has gained substantial visibility and credibility among those responsible for the analysis of global security and for planning U.S. foreign policy“ (Esty et al. 1998 : 11). In diesem Zusammenhang bekommt Kings Aussage „[...] and predicting events, that might be harmful or beneficial“ eine recht doppeldeutige Note (King et al. 1994: 15). Denn die Ergebnisse des *GM* könnten einerseits „beneficial“ sein, wenn damit Staatszerfall und die damit verbundenen möglichen Folgekosten eingedämmt werden. Allerdings kann eine auf falschen Modellprognosen beruhende diplomatische oder militärische Reaktion auch ebenso „harmful“ sein.

Desweiteren fordern King et al. eine “contribution to an identifiable scholarly literature by increasing our collective ability to construct verified scientific explanations of some aspect of the world” (ebd.:15). In der erst in ihren Anfängen stehenden Ursachenforschung bezüglich Staatszerfallsprozessen sowie der Frühwarnforschung nimmt das *SFP*, wie bereits dargelegt, den prominentesten Platz ein. Eine kritische Analyse des *GM*, welche zudem erst seit Mai 2006 wissenschaftlich fundiert möglich ist, stellt zweifellos einen Beitrag zur Konstruktion von wissenschaftlichen Erklärungen dar.

6. Wieso Kolumbien und Angola als Fallbeispiele?

Staatszerfall betrifft empirisch betrachtet vor allem Länder der Dritten Welt¹⁴. Die seit Mitte der 1990er Jahre betriebene Ursachenforschung hat ihren Fokus auf dem subsaharischen Afrika. Lateinamerika wird im Rahmen dieser Forschungsrichtung vergleichsweise wenig untersucht. Dies ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die als partiell staatsgefährdend bewerteten revolutionären Bestrebungen der Guerillagruppierungen des amerikanischen Subkontinents mit Ende des Kalten Krieges (KK) an Substanz verloren. Dieses Muster gilt jedoch nicht für Kolumbien.

¹⁴ Trotz der definitorischen Unzulänglichkeit des Begriffs Dritten Welt, wird, aufgrund des Fehlens überzeugender Alternativen, dieser Ausdruck im Rahmen der Arbeit beibehalten. Er erfüllt aber lediglich die Funktion einer Residualkategorie, die weder über eine wertende noch analytische Kompetenz verfügt (vgl. auch Jung 1995: 11).

In Kolumbien verstärkten sich die Staatszerfallsprozesse mit Ende des Kalten-Krieges. Beispielsweise verfügte die größte kolumbianische Guerillagruppierung FARC 1989 über zirka 600 Guerilleros, für das Jahr 2003 schätzt man ihre Größe auf 20.000 bis 25.000 Männer und Frauen: Dies entspricht einer Vervierzigfachung der Truppenstärke (Gutiérrez 2003: 7, Massard 2003: 9 oder auch Mertens: 2001: 38). Als Ausnahmeerscheinung, zumindest im regionalen Kontext, erfordert Kolumbien eine genauere Untersuchung und ist zugleich ein interessanter Prüfstein für die Erklärungskraft des *GM*.

Es erscheint in Folge sinnvoll, den kolumbianischen Fall in Vergleich zu setzen mit einem Fallbeispiel aus dem subsaharischen Raum. Zum einen, weil es sich dabei um die Schwerpunktregion¹⁵ der Staatszerfallsforschung handelt und zum anderen, um dem globalen Anspruch des *GM* auch in der kritischen Analyse desselbigen gerecht zu werden. Als vergleichende Fallstudie zu Kolumbien bietet sich Angola an. Beide Länder werden von der *SFTF*, ihrer Definition von Staatszerfall folgend, der Kategorie des Revolutionskrieges zugesprochen. Der überwiegende Teil der subsaharischen Länder wird von der *SFTF* hingegen eher dem ethnischen Krieg respektive dem Politizid zugeordnet¹⁶. Die vorliegende Arbeit wird sich aber nur auf eine der vier Staatszerfallskategorien, den Revolutionären Krieg, begrenzen. Eine Ausweitung des Untersuchungsraumes auf mehrere Definitionen wird aus Gründen der Vergleichbarkeit, zumindest im Rahmen und Umfang dieser Magisterarbeit, als nicht sinnvoll erachtet.

Die *SFTF* definiert *state failure* als internen, gewaltsam ausgetragenen Konflikt. Kolumbien und Angola präsentieren mit 39 respektive 40 Jahren die zwei weltweit am längsten währenden Bürgerkriege seit 1945 (Fearon 2004: 284)¹⁷. In deren Folge entwickelte sich in beiden Ländern eine ausgeprägte Kriegsökonomie, welche die Konfliktparteien finanziert(e) und strukturelle Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern schuf: Drogenökonomie versus Diamantenökonomie; extraktive Gewinnung erneuerbarer Ressourcen in Form von Koka jenseits, nicht erneuerbarer Ressourcen in Form von Rohdiamanten diesseits des Atlantiks. Gleichzeitig unterscheiden sich beide Staaten durch den Grad der ehemaligen externen

¹⁵ Mitte der 1990er Jahre befand sich ein Viertel aller afrikanischen Staaten des subsaharischen Raums in internen Konflikten oder Kriegen; mehr als die Hälfte aller Toten, die Kriege- und Kriegsfolgen in dieser Zeit hinterließen, entfielen auf Subsahara Afrika (Trotha, Trutz von 2001: 253f.).

¹⁶ Dem Politizid werden beispielsweise Ruanda, Sudan und Uganda zugeordnet, den ethnischen Kriegen Kongo-Kinshasa, Burundi, Tschad und Äthiopien. Bzgl. genauerer zeitlicher Verortung der Konflikte siehe Datensätze der *SFTF*: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/pitfdata.htm>, rev. 2006-06-12.

¹⁷ Zahlen sind kodiert auf 2003. Während der angolansiche Bürgerkrieg 2002 mit dem Tod des Rebellenführers Savimbi ein Ende fand, geht der kolumbianische Bürgerkrieg unvermindert weiter. Man kann also die angegebenen 39 Jahre Bürgerkrieg in Kolumbien noch um drei weitere Jahre ergänzen.

Alimentierung. Angola, Patronagestaat während des Kalten Krieges, steht mit Kolumbien einem Land gegenüber, welches zu Zeiten des Kalten Krieges kaum geostrategische Unterstützung erhielt. Dies hatte zur Konsequenz, dass das Jahr 1990 für Kolumbien und seine staatlichen wie nicht-staatlichen Akteure weit weniger eine Zäsur darstellte, als dies für Angola der Fall war. Jene strukturellen Ähnlichkeiten und gleichzeitigen Unterschiede könnten sich im Laufe der Untersuchung, bei einem unter Umständen nötigen alternativen Erklärungsansatz für Staatszerfall, als fruchtbar erweisen.

Ein weiterer Aspekt, der für einen Vergleich beider Länder spricht, ist die strategische Relevanz beider Länder für den Auftraggeber des *GM*. Die Policy-Relevanz des *GM* findet ihren Widerhall in einer ähnlich gelagerten strategischen Bedeutung beider Länder für die USA, welche beispielsweise in der Rolle Angolas und Kolumbiens als relativ wichtige Rohöllieferanten zum Ausdruck kommt:

Tabelle 2: jährlicher US-Import von Rohöl in Tausend Barrels

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Angola	110,321	119,710	121,185	135,559	115,708	169,89¹⁸
Kolumbien	125,049¹⁹	107,896	95,058	71,073	64,413	71,415
Kuwait	96,367	86,535	78,803	75,870	88,359	78,611
Venezuela	447,736	471,243	438,270	431,704	474,531	449,196
Irak	226,804	289,998	167,638	175,663	239,758	189,65

Quelle: Eigener Entwurf nach Zahlen des U.S. Department of Energy

7. Gliederung und Materialgrundlage

Aufbauend auf der bereits vorgestellten Methodik wird sich die Arbeit, inklusive der Einleitung in sechs Kapitel gliedern. Zuerst wird, um Definitionen und Modell der *SFTF* in die aktuelle wissenschaftliche Staatszerfallsdebatte einordnen zu können, eine kurze Inventur der Debatte und der aus ihr resultierenden Konzepte und Ursachenanalysen vorgenommen. Daran anschließend wird das *GM* in der Frühwarnforschung verortet.

¹⁸ Mit diesem Importvolumen stellte Angola für das Jahr 2005 den fünftwichtigsten Rohöllieferanten der USA.

¹⁹ Kolumbien präsentierte im Jahre 2000 den sechstwichtigsten Rohöllieferanten für die USA. Die dann rapide sinkenden Rohölimporte in die USA werden in der Fachliteratur mit den permanenten Sprengungen der zentralen kolumbianischen Erdölpipelines durch das Ejército de Liberación Nacional (ELN) erklärt (für detailliertere Informationen siehe Kapitel V. 1. 1.1).

Nach diesem eher deskriptiv gearteten Teil wird im vierten Kapitel die bereits in 1.3. dargelegte methodologische Überprüfung des *GM* vorgenommen. Das fünfte Kapitel widmet sich, nach einem geschichtlichen Abriss mit Schwerpunkt auf der Entwicklung der Revolutionskriege in Angola und Kolumbien, der Anwendung der erklärenden Schlüsselvariablen des *GM* auf die zwei Fallbeispiele. Den Abschluss wird das sechste Kapitel in Form eines bewertenden Resümees und Ausblicks bilden.

Als Materialgrundlage für die methodologische Analyse dienen vor allem die Forschungsberichte der *Task Force*, ergänzt um Fachliteratur im Kontext der Staatszerfallsdebatte und Frühwarnforschung sowie der Revision des *GM* von King und Zeng. Für das anwendungsorientierte Kapitel wird neben den Datensätzen der *SFTF* auf politikwissenschaftliche Fachliteratur zu den beiden Fallbeispielen zurückgegriffen. Mit dem Begriff Fachliteratur werden im Rahmen dieser Arbeit wissenschaftliche Veröffentlichungen in Form von Monographien, Sammelbänden, Fachzeitschriften sowie Konferenz- und Arbeitspapieren umfasst. Ergänzt wird dies um Internet- und Datenbankrecherche.

8. Definitionen und Kodierungen

An der Beobachtung des Staatsrechtlers James R. Crawford, dass „there is no generally accepted and satisfactory modern legal definition of statehood“ (Crawford 1979: 401, zitiert nach Kreijen 2003: 63) hat sich auch beinahe drei Jahrzehnte später kaum etwas geändert. Das Fehlen einer allgemein anerkannten Bestimmung von Staatlichkeit erschwert folglich auch die Existenz einer generell akzeptierten Definition für Staatszerfall. Im Zuge der methodologischen Untersuchung des *GM* wird vorerst ausschließlich auf die von der *SFTF* entwickelte Definition als Arbeitsbasis zurückgegriffen.

Die *Task Force* definiert ihre abhängige Variable Staatszerfall, wie bereits in 1.1. kursorisch aufgezeigt, als eine ernsthafte politische Krise, die sich in Form von revolutionären oder ethnischen Kriegen, feindlichen Regimewechseln sowie als Politizid oder Genozid manifestiert. Die Entscheidung für diese Definition wird von der *Task Force* mit pragmatischen Motiven begründet:

“[...] only 18 complete collapses of state authority have occurred during the last 50 years, too few for meaningful statistical generalization. We adopted a pragmatic approach to this problem, aiming to capture events of greatest concern to U.S. policymakers because of their potential for causing “shocks” to the international system. We determined that four major kinds of instability met that criterion: revolutionary war, ethnic war, adverse regime change, and genocide/politicide (Bates et al. 2003: A-1).

Der für die Belange dieser Arbeit relevante Revolutionskrieg²⁰ wird definiert als “episodes of large-scale violent conflict between governments and politically organized challengers who seek to overthrow the central government, to replace its leaders, or to seize power in one region” (Bates et al. 2003: viii). “Large scale” dient in diesem Zusammenhang als quantitatives Identifizierungsmerkmal für revolutionäre (wie auch ethnische) Kriege. Ein Konflikt wird als „large scale“ betrachtet, sobald im Gesamtverlauf des Konfliktes zumindest 1000 Tote, welche direkt aus dem Konflikt resultieren, zu verzeichnen sind sowie mindestens ein Einzeljahr in welchem eine Intensitätsschwelle von 100 Toten überschritten wird (Bates et al. 2003 : viii). Die Opfer sollten zurückzuführen sein auf „armed conflict, terrorism, rioting, or government repression“ (PITF Problem Set Codebook 2004: 5). Der Gesamtverlauf (“full course”) eines Konfliktes ist definiert “as a continual episode of armed conflict between agents of the state and agents of the opposition group during which there is no period greater than three years when annual conflict-related fatalities are fewer than 100 in each year” (ebd. 5). Unter “political organized challengers” versteht die *SFTF* Revolutions- und Reformbewegungen, politische Parteien, Studenten- sowie Arbeiterbewegungen als auch Teile des staatlichen Militärs und Regimes selbst (ebd.: 5). Neben der Intensitätsschwelle von 1000 Toten/100 Toten fixiert die *Task Force* noch ein weiteres Kriterium, um eine politische Krise in das *State Failure Problem Set* aufzunehmen; die sogenannte Mobilisierungsschwelle. Demnach muss jede Konfliktpartei mehr als 1000 Kombattanten/Aktivisten mobilisieren²¹. Als Kämpfer wertet die *SFTF* „armed agents“, „demonstrators“ und „troops“ (ebd. 5).

²⁰ Kriege selbst, ohne weitere Attribute, werden definiert als “unique political events that are characterized by the concerted (or major) tactical and strategic use of organized violence in an attempt by political and/or military leaders to gain a favorable outcome in an ongoing, group conflict interaction process” (*PITF Problem Set Codebook* 2004: 4).

²¹ Mit diesen Kriterien orientiert sich die *SFTF* an in der Konfliktforschung üblichen Schwellenwerten. Siehe beispielsweise: *Uppsala Conflict Database* oder *Correlates of War Project (COW)*.

Kodiert wird der revolutionäre Krieg im Gegensatz zur Definition über drei Variablen: Anzahl der involvierten Kombattanten, Höhe der Opferzahl sowie Anteil der durch den Konflikt betroffenen Gebiete eines Landes pro Jahr. Die Kodierung erfolgt über eine 5er Skala (ebd. 8f.):

1. Im Falle der *Kombattanten* wird das Ausmaß der physischen Stärke der im Konflikt beteiligten Akteure gemessen und nach folgenden Größen kodiert:

0 = weniger als 100 Kombattanten/Aktivisten,
1 = 100 bis 1.000 Kombattanten/Aktivisten,
2 = 1.000 bis 5.000 Kombattanten/Aktivisten,
3 = 5.000 bis 15.000 Kombattanten/Aktivisten,
4 = mehr als 15.000 Kombattanten/Aktivisten,
(9 = keine Daten vorhanden).

2. Die *Opfer* dienen als Indikator für die Intensität der kriegerischen Auseinandersetzung und werden wie folgt kodiert:

0 = weniger als 100 Opfer,
1 = 100 bis 1.000 Opfer,
2 = 1.000 bis 5.000 Opfer,
3 = 5.000 bis 10.000 Opfer,
4 = mehr als 10.000 Opfer,
(9 = keine Daten vorhanden).

3. Mit *Anteil der durch den Konflikt betroffenen Gebiete eines Landes* wird skaliert, in welchem Ausmaß ein Land direkt oder indirekt durch den revolutionären Krieg in Mitleidenschaft gezogen wird²²:

0 = weniger als ein Zehntel des Landes und keine bedeutenden Städte sind direkt oder indirekt betroffen,
1 = ein Zehntel des Landes (Provinz oder Bundesstaat) und/oder eine oder mehrere Provinzstädte sind direkt oder indirekt betroffen,
2 = mehr als ein Zehntel und bis zu ein Viertel des Landes (mehrere Provinzen oder Bundesstaaten) und/oder die Hauptstadt sind direkt oder indirekt betroffen,
3 = von einem Viertel bis zur Hälfte des Landes und/oder die meisten urbanen Gebiete sind direkt oder indirekt betroffen,
4 = mehr als die Hälfte des Landes ist direkt oder indirekt betroffen
(9 = keine Daten vorhanden).

²² Eine Provinz, Region oder Stadt ist "directly affected if fighting/terrorist attacks/political protest occur there at any time during the year. It is indirectly affected if the area has significant spillover effects from nearby fighting" (ebd. 9). Als "spillover effects" wären beispielsweise Flüchtlingsströme zu nennen.

II. Die *state failure* Debatte: Konzepte und Ursachen

Dem folgenden Kapitel wird die Aufgabe zuteil, das GM und seine Konzeptualisierung von Staatszerfall in die aktuelle wissenschaftliche Debatte einzuordnen. Zu diesem Zweck wird eine Bestandsaufnahme der Staatszerfallsdebatte bezüglich der aus ihr hervorgegangenen schwerpunktmäßigen Konzepte und Ursachenanalysen vorgenommen. Dies beinhaltet weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch wird eine Bewertung der vorgestellten Konzepte und Argumentationslinien vorgenommen.

1. Einführung

Als Pionierartikel, welcher die Termini „failed state“ sowie „failing state“²³ in die politikwissenschaftliche Debatte einbrachte, gilt der 1992 von Gerald Helman und Steven Ratner in der Zeitschrift *Foreign Policy* veröffentlichte Aufsatz „Saving Failed States“. Die Autoren bestimmen die Ursachen für Staatzerfall vor allem in den Dekolonialisierungsprozessen und den damit einhergehenden Gründungswellen junger Nationalstaaten in Afrika und Asien nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Zuge dieses Prozesses sei es in jenen postkolonialen Ländern zu einer Überbetonung der Selbstbestimmung gekommen, zu Lasten einer Etablierung nachhaltig funktionierender Staatlichkeit (Helman/Ratner 1992: 4).

Vor der *state failure* Debatte hatte sich, wenn auch nicht explizit mit der Begrifflichkeit des *failing/failed state* arbeitend, bereits in den 1980er Jahren die sogenannte *weak-state* Literatur etabliert. Allerdings verortete sich dieser Forschungszweig noch in einer bipolaren Weltordnung, weshalb er, obwohl schon einige wichtige Konzepte und Modelle der späteren Diskussion vorwegnehmend, kaum in der aktuellen Debatte rezipiert wird (vgl. Lambert 2005). Exemplarisch zu nennen wären in diesem Zusammenhang Joel Migdals Modell der Beziehung von Staat und Gesellschaft als ein Kampf um soziale Kontrolle in „Strong Societies and Weak States“ oder die erstmals von Robert Jackson²⁴ und Carl Rosberg

²³ Im Gegensatz zu später vorgenommenen Differenzierungen verwenden Helman/ Ratner *failed* und *failing state* noch als Synonym. Eine Konzeptualisierung von Staatszerfall bietet der Artikel ebenfalls noch nicht.

²⁴ Robert Jacksons veröffentlichte 1990 ein weiteres Buch mit dem Titel: *Quasi-States: Sovereignty, International Relations and the Third World*, welches als eine Art Bindeglied zwischen „weak-state und „failing state“ Ansatz verstanden werden kann.

eingeführte Trennung von empirischer und juristischer Staatlichkeit²⁵ in „Personal Rule in Black Africa“ (Migdal 1988 und Jackson/ Rosberg 1982).

2. Konzepte

Sowohl die *weak-state* Literatur der 1980er als auch die *failed state* Literatur bis Mitte der 1990er Jahre gingen konzeptionell von einer Dichotomie von Staat versus zerfallenem (respektive schwachem) Staat aus. Ab Mitte der 1990er Jahre wird jedoch zunehmend das Bild eines Kontinuums bemüht, auf dem, so etwa Michael Nicholson, „failing states as points on a spectrum where they fail to different degrees rather than a clear cut category“ wahrgenommen werden können (Nicholson 1998: 11). Diese Sichtweise ist in der neueren Staatszerfallforschung weitgehend Konsens. Fast allen Publikation der letzten Jahre liegen mehrstufige Konzepte von Staatszerfall zu Grunde²⁶.

Eine der prominentesten und meist zitiertesten Typologien der letzten Jahre stammt von Robert Rotberg. Er unterscheidet in seiner zwischen 2002 bis 2004 entwickelten Typologie zwischen starken (strong), schwachen (weak) verfallenden (failing), zerfallenen (failed) sowie kollabierten (collapsed²⁷) Staaten. Rotberg zu Folge liegt das wichtigste Element eines Staates in der Bereitstellung sogenannter politischer Güter. Zu diesen zählt er Sicherheit, Demokratie sowie Dienstleistungen im Bereich von Bildung und Gesundheit (Rotberg 2004: 3). Sicherheit wertet er in diesem Zusammenhang als „the most central and foremost political good“ (Rotberg 2002: 87). Seiner mehrstufigen Typologie entsprechend, definieren sich starke Staaten über die Bereitstellung des Gesamtensembles an politischen Gütern, wohingegen dies schwachen Staaten²⁸ nur teilweise gelinge, allerdings ist zumindest das Gewaltmonopol weiterhin intakt. Der verfallende Staat unterscheidet sich dahingehend, dass die defizitäre Versorgung mit politischen Gütern auch den Bereich der Sicherheit umfasst. Im Falle des zerfallenen Staates ist der Bürgerkrieg bereits manifest, periphere Regionen stehen nicht mehr

²⁵ Als konkretes Beispiel für rein juristische Staatlichkeit könnte man auf Somalia verweisen. Während der empirische Staat seit 1991 als nicht mehr existent gilt, ist Somalia noch immer Mitglied der UN und unterhält Missionen in New York und Genf. Somalia verfügt folglich noch über juristische aber keine empirische Staatlichkeit. Gegenbeispiel wären die kurdischen Gebiete im Irak, die über eigene Verfassung, eigene Regierung, fest umrissenes Territorium sowie eine de facto Armee verfügen und sogar planen, eine eigene Flagge einzuführen (siehe Neue Züricher Zeitung 20/02/2007: 4), allerdings international von keinem Staat anerkannt sind.

²⁶ Eine Ausnahme stellt sicherlich das Konzept der *State Failure Task Force* dar.

²⁷ Der Terminus des „collapsed state“ wurde von William I. Zartman in seinem 1995 erschienen Werk „Collapsed State: The Disintegration and Restoration of legitimate Authority“ geprägt.

²⁸ Rotberg unterscheidet innerhalb des „weak states“ noch weitere fünf Unterkategorien; den „inherently weak“, den „temporarily weak“, den „highly regimented“, den „intercommunal antagonistic“ sowie den „enduringly weak state“ (Rotberg 2004: 17ff.).

unter staatlicher Kontrolle und die Institutionen sind nur noch fragmentarisch vorhanden. Der kollabierte Staat ist „an extreme version of a failed state. It has a total vacuum of authority“ (Rotberg 2002: 90). In Konsequenz übernehmen parastaatliche Akteure die Herrschafts- und Wirtschaftsordnung. Laut Rotberg erreichten nur wenige Staaten diese letzte Stufe des kompletten Zerfalls. Er nennt Somalia (seit 1992), Libanon (1975-1992), Bosnien (1992-1995) sowie Nigeria und Sierra Leone (Ende der 1990er Jahre) (Rotberg 2004: 9f.).

In Deutschland war es Ulrich Schneckener, welcher im Zuge des *State at Risk-Projektes*, einer Kooperation der *Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP)* mit dem *Auswärtigen Amt (AA)*, eine Staatszerfallstypologie entwickelte, die auch über den deutschen Sprachraum hinaus auf breite Resonanz stieß. So wurde sie beispielsweise vom kanadischen Außenministerium aufgegriffen (siehe Prest et al. 2005). Er typologisiert Staatszerfall anhand von vier Kategorien. Als Referenzpunkt zur Ermittlung unterschiedlicher Grade an Verfall dient ihm das Staatsmodell der *OECD-Welt*²⁹.

- **Typ 1:** konsolidierte bzw. konsolidierende Staaten (consolidated bzw. consolidating states),
- **Typ 2:** schwache Staaten (weak states),
- **Typ 3:** versagende oder verfallende Staaten (failing states),
- **Typ 4:** gescheiterte Staaten (failed bzw. collapsed states).

Diese Typologisierung basiert auf der Leistungsfähigkeit des Staates in den drei, laut Schneckener Kernfunktionen des (*OECD-*) Staates: Sicherheit (Schutz der Bevölkerung vor interner wie externer Bedrohung), Wohlfahrt (staatliche Dienst- und Transferleistungen sowie Mechanismen zur Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen) und Rechtsstaatlichkeit (politische Partizipation, stabile politische Institutionen sowie funktionierendes Justizwesen) (Schneckener 2004: 15ff.). Der konsolidierte Staat zeichnet sich durch eine intakte, kontinuierliche Leistungsfähigkeit in allen drei Bereichen aus. Zu dieser Staatengruppe zählt Schneckener die Mitglieder der *OECD* sowie einige weitere Länder wie Chile, Taiwan und Südafrika. Den Typ des schwachen Staates charakterisiert er über ein existentes Gewaltmonopol, aber mit Defiziten in den Bereichen der Wohlfahrts- und Rechtsstaatsfunktion. Als Beispiele nennt er Ghana, Venezuela, Mazedonien sowie Iran.

²⁹ Schneckener rechtfertigt seine normative Bezugnahme auf das *OECD*-Profil mit Verweis auf die Tatsache, dass sich dieses Modell mittlerweile nicht mehr auf Nordamerika und Westeuropa beschränkt, sondern auch Osteuropa sowie Teile Lateinamerikas und Südasiens umfasst. Des Weiteren argumentiert er, dass es kaum noch Gesellschaften gibt, die ausschließlich in tribalen, traditionellen Strukturen organisiert sind, welche als alternative Bezugspunkte dienen könnten (siehe Schneckener 2004: 10f.).

Versagende Staaten verfügen noch über eine gewisse Steuerungsfähigkeit in den Bereichen der Wohlfahrt wie Rechtsstaatlichkeit, doch ist das Gewaltmonopol stark beeinträchtigt. Beispiele sind Kolumbien, Sri Lanka, die Philippinen und Georgien. Beim letzten Typus erfüllt der Staat keine der drei Funktionen mehr, er ist gescheitert. Anstelle der staatlichen tritt eine von nichtstaatlichen Akteuren etablierte Ordnung, welche meist auf Gewalt gegründet ist. Somalia (ab 1992) aber auch Angola (1975 bis 2002) und Tadschikistan (1992-1997) werden von Schneckener dieser Kategorie zugeordnet (ebd. 15f.).

Schneckeners Typologie weist viele Parallelen mit dem Rotbergschen Konzept auf, doch mit dem Unterschied, dass er im Gegensatz zu Rotberg nicht linear vorgeht. Oder in seinen eigenen Worten: „Die Typologie [ist] nicht als Stadienmodell mißzuverstehen, wonach alle Staaten bestimmte Stufen zu durchlaufen haben. Es ist ohne weiteres möglich, dass Länder beispielsweise von Typ 2 direkt zu Typ 4 übergehen oder umgekehrt“ (ebd. 16-17). Rotberg und Schneckener repräsentieren mit ihren Konzepten die bestimmende Typologie von Staatszerfall, welche so, wenn auch oft in leicht variiertes Form, von beinahe allen in der Debatte Involvierten angewandt wird.

Eines der wenigen Konzepte, die sich nicht an der funktionellen Ausrichtung von Rotberg und Schneckener orientieren, stellt Kalevi J. Holstis Konzeptualisierung dar. Sein Konzept basiert zwar ebenso auf der Idee eines Kontinuums, doch misst er die Stärke eines Staates nicht wie etwa Rotberg und Schneckener an seinen instrumentellen Kapazitäten, sondern an seiner immateriellen Fähigkeit, Folgebereitschaft hervorzurufen. Dafür prägte er den Begriff der „internal sovereignty“ (Holsti 1996: 93f.).

3. Ursachenanalysen

Ausnahmslos alle Autoren verweisen auf die Komplexität des Phänomens, welches monokausale Erklärungsansätze per se ausschließen. Nichtsdestotrotz kristallisieren sich bei Analyse der Debatte drei zentrale Ursachen für Staatszerfall heraus, welche nach ihrer Rolle als Struktur- oder Prozessfaktor unterschieden werden. Die bereits von Helman/ Ratner thematisierte postkoloniale Staatswerdung, das Ende des Kalten Krieges sowie delegitimierendes Elitenverhalten³⁰. Während postkoloniale Staatswerdung und das Ende des

³⁰ Erstaunlich, zumindest in den Augen des Autors, mutet an, dass die durch die Weltbankstudie von Paul Collier und Anke Hoeffler in die Konfliktforschung eingebrachte These von der Determination interner Kriege durch ökonomische Motive des „greed“ bis jetzt keinen Eingang in die Staatszerfallsdebatte gefunden hat (siehe: Collier/ Hoeffler 1998/ 2002/ 2004).

bipolaren Zeitalters als Strukturfaktoren gelten, wird Elitenverhalten als Prozessfaktor³¹ bewertet. Auffallend und wissenschaftlich hinterfragbar wäre, dass ein überwiegender Teil der Argumentationslinien hinsichtlich der Ursachen von Staatszerfall ausschließlich auf der Basis empirischer Erfahrung in Afrika formuliert wird.

3.1. Postkoloniale Staatswerdung

Die dem Dekolonisierungsprozess folgende Gründungswelle³² neuer Staaten vor allem im afrikanischen und südostasiatischen Raum ist einer der zentralen Elemente der State Failure Debatte. In diesem Kontext treffen zwei beinahe antagonistische Argumentationsweisen aufeinander. So existiert einerseits der Ansatz, beispielsweise vertreten durch Chadwick F. Alger, der die Ursachen für Staatszerfall in der willkürlichen, ethnische Trennlinien ignorierenden, Grenzziehung durch die Kolonialmächte ausmacht und „state saving“ durch die Selbstbestimmung ethnischer und nicht territorial gebundener „communities of fate“ fordert (Alger 1998: 4f.).

Dem gegenüber stehen z. B. Helman/ Ratner, Georg Sørensen und Jeffrey Herbst, die gerade das unbedingte Recht auf Selbstbestimmung als zentrale Ursache für Staatszerfall ausmachen. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als alleinige Grundlage zur Staatswerdung, so ihre Argumentation, kam es zu einer externen Anerkennung von staatlicher Souveränität, ohne dass dieser ein Äquivalent in Form von interner Souveränität gegenüber stehen musste (Helman/ Ratner 1992: 4f., Herbst 1996: 121f., Sørensen 2001: 6f, 2004: 137f.). Diese externe Anerkennung fungiert als „life insurance to postcolonial states“ (Sørensen 2001: 10), da auch bei fehlender interner Konsolidierung die (juristische) Staatlichkeit unangetastet bleibt. Aufgrund dieser Bestandsgarantie entfällt der Anreiz zur internen Konsolidierung. In Konsequenz tritt der Mangel an innerer Souveränität in Form von Staatszerfall zu Tage. Eine Reihe von Autoren fordert in diesem Zusammenhang eine Untersuchung von neu in die internationale Staatengemeinschaft aufzunehmenden Mitgliedern unter Gesichtspunkten der internen Souveränität (so z. B.: Jackson 2003 und Holm 1998).³³

³¹ Unter Strukturfaktoren (im Englischen oft auch als „root causes“ bezeichnet) versteht man langfristig wirkende Faktoren, die den Zerfall von Staatlichkeit begünstigen, z. B. koloniales Erbe, Einfluss von Regional- und Großmächten. Prozessfaktoren („aggravating factors“) beziehen sich auf mittelfristig wirkende Bedingungen wie etwa ethno-politische Polarisierung, Misswirtschaft, Repression von Seiten der Staatsklasse.

³² Diese Gründungswelle war mit dafür verantwortlich, dass sich die Anzahl der Unterzeichner der UN-Charta von Anfangs 50 auf mittlerweile 192 Nationalstaaten beinahe vervierfacht hat.

³³ Jackson verweist in diesem Zusammenhang auf Artikel 4 Abs. 1 der UN Charta, welcher nach seinem Dafürhalten die rechtliche Basis für eine Überprüfung der internen Souveränität darstellt:

3.2. Das Ende des Kalten Krieges

In der Staatszerfallsdebatte wird das Ende des Kalten Krieges überwiegend als „Beschleuniger von Staatszerfall“ (Chojnacki 2000: 2) gewertet. Wie in der gesamten Ursachendebatte liegt der Fokus auf dem subsaharischen Afrika. Wieso die Auflösung der bipolaren Struktur aber zu Staatszerfall geführt, oder zumindest diesen dynamisiert hat, ist bis heute stark umstritten.

Eine der gängigsten Argumentationen verweist auf den mit Ende des Kalten Krieges versiegenden Mittelzufluss in Form von Geld und Waffen, welcher im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre einen direkt Regime stabilisierenden Einfluss hatte. Mit Wegfall der strategischen Bedeutung des subsaharischen Afrikas als wichtige Einflussosphäre, kam es zur Einstellung und Kürzung der Transferleistungen von Seiten der Supermächte sowie weiterer westlicher Geberländer. Diese Kürzung beschleunigte vor allem in den Staaten, die als Alliierte in Stellvertreterkriegen involviert waren, den Zerfall staatlicher Strukturen; wie z. B. im Falle Somalias, Zaires (heute DR Kongo) und Liberia (siehe Tetzlaff 1999: 314f., Holm 1998. 2f., Helman/ Ratner1992: 3f.).

Van der Walle widerspricht dieser Darstellung, indem er am Beispiel Somalias nachweist, dass die Finanztransfers nach Ende des Kalten Krieges bedeutend höher ausfielen, als zu dessen Hochzeiten. So betragen die jährlichen Transferleistungen nach Somalia von 1987 bis 90 zirka 400 bis 500 Mio. US\$, während sie 1993 bei mehr als 800 Mio. US\$ lagen (Van der Walle 2004: 109f.) Auch für Ruanda, Sierra Leone oder Liberia lässt sich nach seinen Worten kein signifikanter Rückgang verzeichnen, der den Zusammenbruch staatlicher Strukturen erklären könnte.

Jeffrey Herbst wiederum sieht die destabilisierende Wirkung des Endes der Blockkonfrontation weniger in dem abnehmenden finanziellen Engagement der Supermächte, als in dem nachlassenden politischen Druck zur Aufrechterhaltung staatlicher Einheit. War staatliche Einheit noch eine machtstrategische Notwendigkeit im Kampf um ideologische Einflussosphären, so verlor sich dieses Interesse mit dem Ende der „proxy wars“ (Herbst 1996: 122f.).

„Membership is open to all other peace-loving states which accept the obligations contained in the present Charter and, in the judgement of the Organization, are **able** and **willing** to carry out these obligations“ (Art. 4 Abs. 1 der UN-Charta, eigene Hervorhebungen).

Ein anderer Erklärungsansatz wird vom African Studies Centre vertreten. Demzufolge unterdrückte die politische Einflussnahme der Supermächte vor allem ein Aufbrechen von lokalen und ethnischen Konflikten, indem sie diese mit in die übergeordnete Konfliktlinien der ideologischen Ost-West Auseinandersetzung einband. Mit dem Ende des bipolaren Systems traten diese wieder an die Oberfläche und führten zur Destabilisierung der staatlichen Strukturen (African Studies Centre et al. 2003: 4f).

3.3. Delegitimierendes Elitenverhalten

Die Art und Weise der Herrschaftsausübung durch die politische Elite³⁴ wird in der Staatszerfallsliteratur als ein weiterer zentraler Faktor für Staatzerfall genannt. Ist das Elitenverhalten geprägt von Korruption, Patronage, Klientelismus und Neopatrimonialismus, erodiert dies die Effektivität des Staates und seiner Institutionen³⁵. Dies geschieht beispielsweise durch Ämterpatronage für Familien- oder Clanmitglieder sowie die Vergabe von Exportlizenzen, Subventionen oder lukrativen Aufträgen aufgrund persönlicher Präferenzen und Vorteile. In Konsequenz kommt es, bedingt durch Aufblähung des Staats- und Verwaltungsapparates, Missbrauch öffentlicher Gelder, Exklusion sowie allgemeiner Intransparenz zum Niedergang staatlicher Leistungsfähigkeit in den drei zentralen Bereichen von Sicherheit, Wohlfahrt und Rechtsstaatlichkeit (Debiel 2002: 27f., Gordon 1996: 71f.).

Die staatliche Leistungsfähigkeit beschränkt sich aber nicht auf die institutionell-materielle Ebene, sondern geht einher mit der Erosion staatlicher Legitimität und Autorität. In Zusammenwirkung kann dies zu einer definitiven Degeneration von staatlichen Strukturen führen. Es herrscht insoweit Konsens in der Debatte, dass delegitimierendes Elitenverhalten maßgeblich Staatszerfall begünstigt (siehe: Ottoway 1995: 235, Debiel 2002: 24, Tetzlaff 2003: 3f., Wallensteen 2000: 7f., Rotberg 2004: 27f., Schneckener 2004b: 181f., Risse 2005: 11).

³⁴ Im Kontext der *state failure* Debatte werden Eliten von allen beteiligten Autoren als politische Funktionselite begriffen. Allgemein zum Stand der wissenschaftlichen Elitendefinition siehe Warweg 2006.

³⁵ Allerdings weisen einige Autoren daraufhin hin, dass z. B. klientelistischen Praktiken oft auch eine stabilisierende, da machtausgleichende Wirkung zukommen kann (so etwa Brinkerhoff/ Goldsmith: 2002, Le Billon: 2003, Schneckener: 2004b).

III. Verortung des *Global Model* in der Frühwarnforschung

1. Einführung

Frühwarnforschung etablierte sich ab Mitte der 1990er Jahre als ein Spezialgebiet der Konfliktforschung. Unter der Bezeichnung „Crisis Early Warning“ beschäftigt sich dieser Forschungszweig mit der Prognose humanitärer Katastrophen. Unter humanitären Katastrophen werden in der Frühwarnforschung Kriege, Bürgerkriege, bewaffnete Konflikte, Genozid, Ethnozid, Hungersnöte und Flüchtlingsströme verstanden (siehe Hamm 1999: 10f., FEWER 1997: 3f., Daun 2003: 18).

Als zentrale Ziele der Frühwarnforschung gelten:

1. Analyse und Vorhersage der Eskalation von gewalttätigen Konflikten³⁶,
2. Entwicklung strategischer Antworten auf diese Krisen,
3. Aufzeigen von Handlungsoptionen für relevante Akteure im decision-making Prozess.

Dabei trägt sie zwei neueren Entwicklungen Rechnung. Zum einen versteht sich Frühwarnforschung als Antwort auf den empirischen Befund, dass es mit Ende des Kalten Krieges zu einer verstärkten Verlagerung von zwischenstaatlichen auf innerstaatliche Kriege³⁷ kam und zum anderen den in den Sozialwissenschaften lauter werdenden Ruf nach mehr policy-relevanter Forschung. In den Worten des *Task Force* Mitglieds Ted R. Gurr und Will H. Moore:

„Those who make foreign and international policy seek more than explanation: they want better ‘early warnings’ of impending conflicts so that preventative diplomacy and other conflict management tools can be brought into play” (Gurr Ted Robert/ Moore Will H. 1997: 1080).

In Folge kam es zur Entwicklung einer ganzen Reihe von gouvernementalen und nicht-gouvernementalen Frühwarnprojekten. Auf nationalstaatlicher Ebene wären exemplarisch das 1996 ins Leben gerufene *FAST - Modell* (Frühwarnung und Analyse von Spannungen und Tatsachenermittlung), welches der Schweizer Regierung untersteht, als auch das *GM* der US-Regierung zu nennen, auf suprastaatlicher Ebene das *Humanitarian Early Warning System (HEWS)* der *United Nations (UN)*. Im nichtgouvernementalen Sektor bildeten sich zeitgleich

³⁶ Ein bewaffneter Konflikt wird definiert in Anlehnung an Peter Wallensteen als “a contested incompatibility which concerns government and/or territory where the use of armed force between two parties, of which at least one is the government of a state, results in at least 25 battle-related deaths (Wallensteen, Peter/ Sollenberg, Margareta 2001: 631f.).

³⁷ Mehr als zwei Drittel aller Konflikte/ Kriege nach 1990 werden als innerstaatliche Konflikte/ Kriege gewertet, siehe *Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung Hamburg (AKUF)* oder *Peace and Conflict 2005*. Wobei einige Autoren wie Holsti, Mary Kaldor, Edward Rice oder die Uppsala-Forschungsgruppe um Nils P. Gleditsch darauf hinweisen, dass diese Entwicklung nicht erst seit 1990 sondern bereits seit 1946 einsetzte.

Ansätze zur zivilpolitischen Frühwarnung. So etwa der *Forced Migration Monitor* der *Soros Foundation* im Bereich der Flüchtlingsfrühwarnung. In letzter Zeit ist auf NGO-Ebene die Tendenz zur Bildung von Frühwarnnetzwerken zu beobachten. Stellvertretend sei auf das *Forum for Early Warning and Early Response* (FEWER) und das *Conflict Prevention Network* (CPN) verwiesen. FEWER versteht sich als Forum zur besseren Vernetzung von NGOs, wissenschaftlichen Institutionen und internationalen Organisationen zum Ziel von effektiverer Frühwarnforschung durch Nutzung von Synergieeffekten (siehe Häcker 2004: 186ff.). CPN wiederum ist bei der *Stiftung für Wissenschaft und Politik* (SWP) in Berlin angesiedelt und berät die EU bei der Strategieentwicklung in Fragen präventiver Maßnahmen. In diesem Zusammenhang kooperiert das CPN mit mehr als 30 westeuropäischen Institutionen sowie zahlreichen Länder- und Regionalexperten.

2. Frühwarnmodelltypen

Diese unterschiedlichen Frühwarnsysteme divergieren wie dargelegt hinsichtlich ihrer institutionellen Verankerung, der Wahl ihres wissenschaftlichen Schwerpunktes sowie der sozialwissenschaftlichen Methode bei der Risikoanalyse. Nach Heinz Krummenacher et al. von der *Swiss Peace Foundation* lassen sich im Rahmen der Frühwarnforschung sieben Modelltypen unterscheiden:

1. **Hypothesengestützte Korrelationsmodelle über Kausalbeziehungen** basieren auf multiplen Regressionsanalysen, die statistische Ex-post-Analysen ermöglichen. Sie identifizieren so die Variablen, die am stärksten mit der abhängigen Variable korrelieren und machen diese zu Schlüsselvariablen des Modells. Unter der Annahme, dass zum einen die erklärenden Variablen mit der abhängigen Variable kovariieren und zum anderen die einzelnen erklärenden Variablen unabhängig voneinander auf die abhängige Variable wirken, stellen sie kausale Hypothesen auf.
2. **Konjunkturelle Modelle** fokussieren auf der Verknüpfung unterschiedlicher Bedingungen und Ereignisse die zu gewalttätigen Konflikten führen. Dies geschieht mittels Mustererkennung, indem verschiedene Konfliktphasen auf wiederkehrende Kombinationen überprüft werden.
3. **Sequenzmodelle** verbinden Hintergrundbedingungen, intervenierende Bedingungen und Akzeleratoren miteinander. Auf diesem Weg können kurzfristige Krisenverläufe modelliert werden, die ein Fast-Echtzeit-Monitoring erlauben.

4. **Response-Modelle** identifizieren Momente in Konfliktverläufen, in denen bestimmte Antworten oder Reaktionen einen signifikanten Unterschied im Hinblick auf das Ergebnis der Konfliktes erwarten lassen. Darüber hinaus werden mögliche Antworten Dritter (z.B. der UN) in die Analyse einbezogen. Das Modell funktioniert ähnlich dem Sequenzmodell.
5. **Schwellenmodelle** arbeiten mit einem Set von Indikatoren. Wird im Hinblick auf Indikatoren (z.B. Zahl der Flüchtlinge, Schwere der Menschenrechtsverletzungen) eine vorab definierte Schwelle überschritten, wird das Land oder die Zone als kritisch eingestuft.
6. **Pattern Recognition Techniques** basieren auf einer systematischen Eruierung von Faktorenkonstellationen und gehen von der Annahme aus, dass Konstellationen, die in einer hohen Prozentzahl von Fällen in der Vergangenheit zum Ausbruch von Gewalt führten, auch in Zukunft analoge Ergebnisse zeigen werden.
7. **Qualitative Analyse und Fallstudien** stellen einen rein narrativen Ansatz zur Beobachtung von Einzelfällen dar. Die vorliegenden länderspezifischen Information werden von Regionalexperten gesichtet und dann auf Konfliktsignale untersucht (vgl. Krummenacher et al. 1999: 85ff., Erläuterungen bei den ersten drei Modellen ergänzt um Brecke 2001: 8ff.).

Krummenachers Auflistung stellt sicherlich die umfassendste Zusammenfassung der zur Zeit existierenden Frühwarnmodelle dar. Bei Durchsicht der Literatur zur Frühwarnforschung fällt allerdings auf, dass ein Großteil der anglo-amerikanischen Autoren und damit die überwiegende Mehrheit der in der Frühwarnforschung aktiven Forscher lediglich zwischen den ersten drei genannten Modellen unterscheiden; *correlation models*, *conjectural models* und *sequential models* (vgl. etwa die als Standardwerk der Frühwarnforschung geltende Publikation: *Preventive Measures: Building Risk Assessments and Crisis Early Warning Systems* von Gurr/ Davies 1998: 4ff. oder auch Brecke 2001: 8ff., Carment 2004: 6f.).

Die Begrenzung auf drei Modelltypen liegt darin begründet, dass diese den drei in der Frühwarnforschung unterschiedenen Konfliktstufen entsprechen. In der Frühwarnforschung wird allgemein von drei Konfliktstufen ausgegangen:

1. **Strukturelle Spannungen:** Auf dieser Stufe ist eine langfristige Risikoeinschätzung zur Identifizierung von potentiellen Krisen, die im Laufe von einigen Jahren eskalieren könnten auf Basis von Hintergrundfaktoren (root cause) erforderlich. Hierfür eignen sich vor allem Korrelationsmodelle.
2. **Eskalation:** Ermittlung der dynamisierenden Faktoren: Einsatz von konjunkturellen Modellen zur Erkennung von Mustern der Konfliktdynamisierung.
3. **evidente Krise/Konflikt:** Erfassung von kurzfristigen Konfliktprozessen durch Sequenzmodelle.

Das *GM* gilt als *hypothesengestütztes Korrelationsmodell über Kausalbeziehungen* oder im anglophonen Raum als *correlation model bzw. causal model*³⁸ (Carment 2001: 19, Daun 2004: 20, Häcker 2004: 205)³⁹.

3. Der Zeitfaktor in der Frühwarnforschung

Bezüglich des Zeitpunktes der Frühwarnung ist in der Fachliteratur eine Unterteilung in Jahre, Monate, Wochen oder Tage gängig, die in sechs zeitlichen Kategorien zusammengefasst werden kann. Aufgrund des eng gefassten Präventionsverständnisses der Frühwarnforschung erfolgt in den meisten Fällen eine Eingrenzung auf die ersten vier Kategorien:

1. **Unmittelbare Zukunft** (sechs Wochen umfassend),
2. **Nahe Zukunft** (sechs Monate umfassend),
3. **Kurzfristige Zukunft** (ein Jahr umfassend),
4. **Mittelfristige Zukunft** (ein bis fünf Jahre umfassend),
5. Langfristige Zukunft (fünf bis 15 Jahre umfassend),
6. Sehr langfristige Zukunft (15 bis 25 Jahre umfassend) (Häcker 2004: 199).

Das *GM* fällt mit seiner Spanne von zwei Jahren folglich unter die Kategorie der mittelfristigen Zukunft. Damit steht es ziemlich allein, da die überwiegende Mehrzahl der Frühwarnmodelle und –projekte im Bereich von naher und kurzfristiger Zukunft angesiedelt sind (z. B.: Mehrphasen Modell der U.S. Naval Academy zur Prognose von Genoziden: Harff 1997: 378f., Schrodt 2002: 11f., HEWS Modell der UN: Hamm 1999: 20f.).

³⁸ Beide Begriffe werden zumindest im Kontext der Frühwarnforschung als Synonym verwendet.

³⁹ Zwar beziehen sich alle Autoren auf den einzigen vor dem 12. Mai 2006 erhältlichen Task Force Report aus dem Jahre 1998, doch ist das Herzstück des *GM* noch immer ein Korrelationsmodell; nähere Details siehe IV. 1.3..

4. Status des *Global Model* innerhalb der Frühwarnforschung

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass unter den aktuell laufenden Projekten zur Frühwarnforschung das *SFP* als prominentester Ansatz gilt:

“Although each of these studies⁴⁰ represents a unique contribution to the development of early warning insights and capabilities, it is the research conducted by the State Failure Task Force (SFTF), a commission of prominent scholars and contractors [...] that has received the most recent attention in academic and policy circles” (O’Brien 2002: 792).

Da nach ausführlicher Recherche konstatiert werden kann, dass nach 2002 keine nennenswerten neuen Frühwarnforschungsprojekte initiiert wurden, behält die Aussage O’Briens auch vier Jahre später ihre Gültigkeit. Allerdings muss man einschränkend vermerken, dass hier Bezug genommen wird auf eine Reputation, die wohl mehr den Auftraggebern des Projektes (US-Regierung und *CIA*) geschuldet ist als dem wissenschaftlichen Output der *SFTF*. Denn dieses war wie bereits in I.3. aufgezeigt bis 2006 nur sehr eingeschränkt zugänglich.

5. Schwächen der Frühwarnforschung und des *correlation model*

Die Kritik hinsichtlich der Frühwarnforschung setzt vor allem an zwei Punkten an:

1. Unzureichende Theoriebildung,
2. „Data mining“.

Hinsichtlich der unzureichenden Theoriebildung im Kontext der Frühwarnforschung wird auf die atheoretisch erfolgende Auswahl von Daten verwiesen. Anstatt in zwei Schritten vorzugehen und zunächst einmal Daten zu sammeln, die der Theoriebildung dienen, diese auf ihre Erklärungskraft hinsichtlich dem Ausbruch von gewalttätigen Konflikten zu testen und auf diesen aufbauend Theorien zu verfeinern, die in Folge dann die Modellindikatoren bestimmen, wird meist sofort und atheoretisch nach „smoking pistols indicators“ gesucht, ohne jegliche theoretische Untermauerung (Brecke 2000: 2f., King/ Zeng 2001a: 626f.). Bedingt durch diesen atheoretischen Ansatz kommt es zu einer unsystematischen Ansammlung von Daten, dem „data mining“. Von Philip A. Schrodt beispielsweise wie folgt charakterisiert und polemisiert:

⁴⁰ Mit “these studies” bezieht sich der Autor auf eine zuvor getätigte Zusammenfassung der aktuellen Frühwarnforschungsprojekte, allerdings mit einer ausschließlichen Beachtung der Frühwarnforschung im anglophonen Raum.

“Take a very large number of variables, cram them into a generic model, crunch the numbers and then accept the results irrespective of whether they make any theoretical sense. The data-mining approach is tempting because it is (a) easy; (b) looks impressive; and (c) actually works in applications where one is interested only in unconditional forecasts to the exclusion of explanatory theory or manipulation of the underlying variables. These aspects of forecasting may go far in explaining the evident disrepute directed at the forecasting exercise ” (Schrodt 2002: 4).

Das *correlational model* wird in der Literatur vor allem wegen seiner Grundannahmen kritisch hinterfragt. Ein Kritikpunkt bezieht sich auf die dem Modell innenwohnende Prämisse, dass die erklärende Variable mit der Outputvariable kovariiert. Als weiterer zentraler Kritikpunkt gilt, dass “correlational models typically assume that the explanatory variables do not covary with each other as they covary with the dependent variable” (Brecke 2000: 112). Es wird folglich unterstellt, dass die erklärenden Variablen völlig unabhängig voneinander seien. Falls sie allerdings doch relativ eng miteinander kovariieren, ergäbe sich ein Problem der Multikollinearität⁴¹. Das Auftauchen von Multikollinearität, also die wechselseitige Abhängigkeit der erklärenden Variablen in einem statistischen Modell, macht es in Folge unmöglich, das präzise kausale Verhältnis zwischen den Variablen zu bestimmen, so die Kritiker des Korrelationsmodells (Brecke 2000: 12, Schrodt 2002: 13f., Online Lexikon der Methoden der empirischen Sozialwissenschaft).

⁴¹ Einen guten Überblick über die Problematik von Multikollinearität und Kovarianz gibt das *Online Lexikon der Methoden der empirischen Sozialwissenschaft* der Bayerischen Akademie der Wissenschaften: http://www.lrzmuemchen.de/%7Ewlm/ein_voll.htm, rev. 2006-09-27

IV. Das *Global Model*: Deskription und kritische Analyse

1. Deskription des *Global Model*

Im Folgenden wird die Entwicklung des *GM* im Verlauf der bisherigen fünf Phasen nachgezeichnet und analysiert. Nach Projekt interner Einschätzung handelt es sich bei dem *SFP* um „the most broadly conceived empirical effort we know to identify the correlates of political crises globally and across a long span of time“ (Esty et al. 1998 : 6).

1.1. Entwicklung des *Global Model* 1994-2005

Die Anfangsjahre von 1994-1998 waren der Erstellung eines Problem- und Datensatzes zur Ermittlung der abhängigen und unabhängigen Variablen gewidmet, sowie der Entwicklung und Erprobung verschiedenster statistischer Techniken und Modelle mit Hinblick auf ihre Nutzbarkeit zur Vorhersage von Staatszerfall. 1998 wurden die ersten Ergebnisse vorgestellt. Das Modell erreichte zu diesem Zeitpunkt nur eine 67% Vorhersagegenauigkeit. In den folgenden Jahren wurde vor allem an der Verbesserung der Vorhersagequalität gearbeitet. Dies geschah durch Veränderungen in der Anwendung statistischer Modelle, Spezifizierung von Schlüsselvariablen sowie der Isolierung weiterer signifikanter erklärender Variablen. Im Jahre 2000 erreichte das *GM* eine 72% Vorhersagegenauigkeit (Esty et al. 1998: 28f., Goldstone et al. 2000: 13f.). Diese Marge konnte 2003 mit „surprisingly simple models“ auf rund 80% gehoben werden. (Goldstone et al. 2005: 2). Nach eigenen Aussagen der *Task Force* sind allerdings „better than 90-percent accuracy required for effective policy response“ (Esty et al. 1998: 29). Bis zum Jahre 2005 kam es zu keiner weiteren Veränderung des Forschungsdesigns, auch die Vorhersagefähigkeit verblieb bei zirka 80% (Goldstone et al. 2005: 2f.).

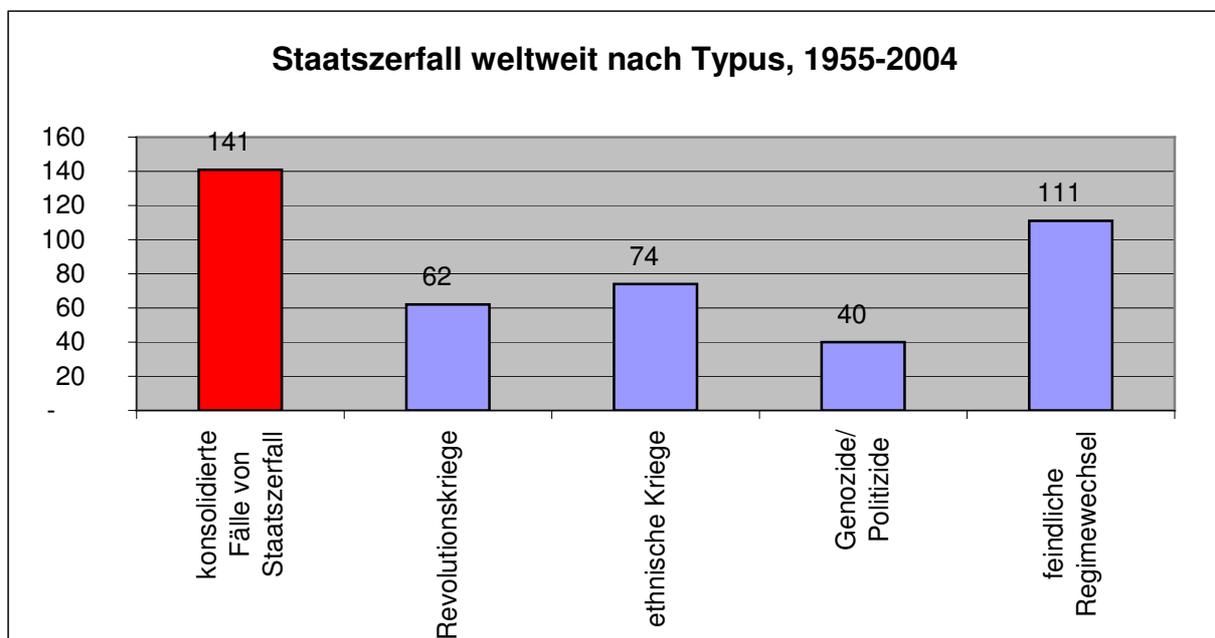
1.2. Deskription des Problemsatzes: Die abhängige Variable

Aufbauend auf einer binären Konzeptualisierung (Dummy-Variable) definiert die *Task Force* in einem ersten Schritt zunächst zwei mögliche Werte, welche die abhängige Variable im Rahmen des *SFP* annehmen kann. Die Werte „state failure“ (kodiert als $Y=1$) sowie „no state failure“ (kodiert als $Y=0$)⁴² (Bates et al. 2003: B-7).

⁴² Y steht dabei für die Outcome-Variable Staatszerfall, 1 für „yes“-Outcome und 0 für „no“-Outcome.

Der nächste Schritt gilt der Erstellung einer umfassenden Liste aller „major political instability events, which we term state failure“ von 1955⁴³ an (Goldstone et al. 2005: iii). Diese Liste blieb seit 1994 inhaltlich konsistent und erfasst das weltweite Auftreten der Outcome-Variable, differenziert in die vier Kategorien von Staatszerfall im Sinne der *Task Force* Definition. Den daraus resultierenden Problem-Satz, welcher seit 1994 jährlich aktualisiert wird, wertet die *SFTF* als die zur Zeit umfassendste Auflistung aller Staatszerfallsprozesse. Jener umfasst in seiner aktuellsten Fassung von 2005: 111 feindliche Regimewechsel, 74 ethnische Kriege, 62 Revolutionskriege sowie 40 Genozide/Politizide im Verlauf von 1955 bis 2004 (ebd.: 4f.).

Abb. 1



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Goldstone et al. 2005

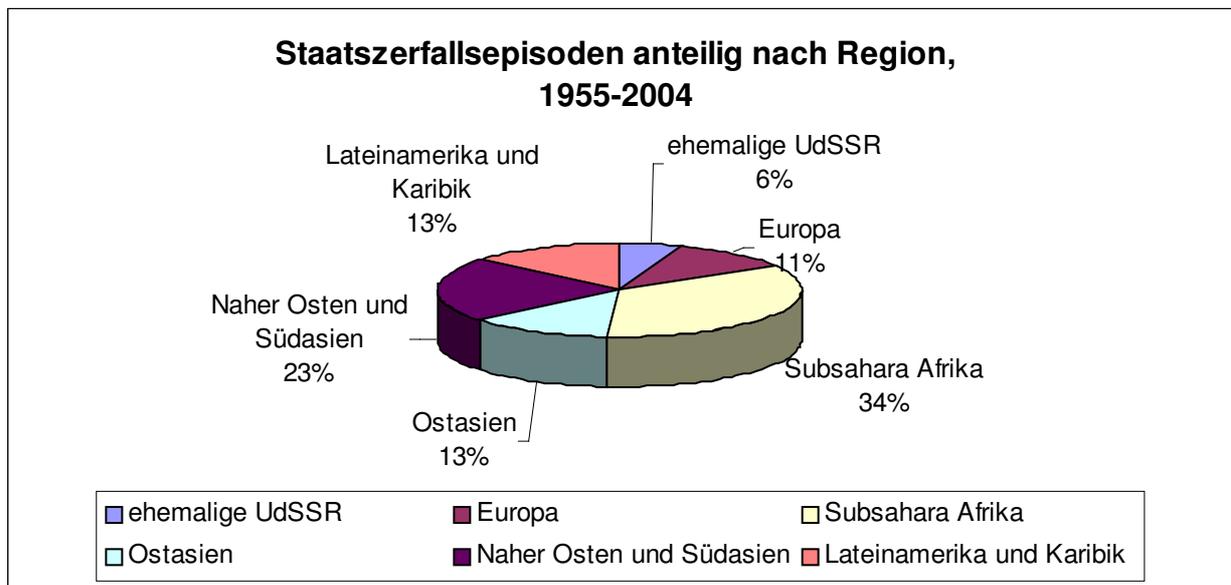
Da es häufig zu Überlappungen von Staatszerfallstypen innerhalb desselben Landes kommen kann, wertet die *SFTF* zum Zwecke besserer statistischer Analyse mehrere aufeinander folgende oder sich überschneidende Ereignisse als eine einzige Episode; vorausgesetzt diese Ereignisse treten ohne eine intervenierende Zeitspanne von mindestens fünf Jahren politischer Stabilität⁴⁴ auf. Wenn beispielsweise nach einem zweijährigen Revolutionskrieg innerhalb von vier Jahren ein Politizid folgte, der für sechs Jahre andauerte, dann würden diese Ereignisse in eine einzige, konsolidierte zwölfjährige Episode von Staatszerfall

⁴³ Die Festlegung des Untersuchungszeitraums ab 1955 wird in keinem der *Task Force* Berichte begründet. Daun gibt in ihrem Arbeitspapier an, dass es sich dabei um eine Vorgabe der Auftraggeber der *SFTF* handle, allerdings nennt sie hierfür keine Quelle (siehe Daun 2003: 25).

⁴⁴ Stabilität wird in diesem Zusammenhang definiert als „five years with no new event onsets and no continuing events“ (Goldstone et al. 2005: 4).

zusammengefasst werden. Diese Regel, angewandt auf den historischen Problemsatz der SFTF, führt zur Identifizierung von 141⁴⁵ konsolidierten Episoden von Staatszerfall im Zeitraum von 1955 bis 2004, verteilt auf die sechs im Rahmen des *SFP* definierten Weltregionen: Amerika (umfasst lediglich Lateinamerika und Karibik⁴⁶), Subsahara Afrika, Europa, ehemalige UdSSR, Ostasien, Naher Osten und Südasien (Goldstone et al. 2005: 5f./ Bates et al. 2003: 15ff.). Aus Abbildung 2 wird nochmals deutlich, wieso die Staatszerfallsforschung ihren Forschungsschwerpunkt auf Subsahara Afrika gelegt hat.

Abb. 2



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Goldstone et al. 2005

Aus Gründen der statistisch-analytischen Relevanz nimmt die *Task Force* nur Länder in den Problemsatz auf, die über mehr als 500 000 Einwohner verfügen. Dem historischen Charakter des Problemsatzes entsprechend gehen nicht nur alle aktuell existierenden Länder mit mehr als 500 000 Einwohner in die Studie ein, sondern auch alle im Untersuchungszeitraum nur vorübergehend existierenden Staaten. So wird beispielsweise „Deutschland“ in dem Problem-Set dreimal erfasst. Einmal als Bundesrepublik Deutschland (BRD), einmal als Deutsche Demokratische Republik (DDR) und als wiedervereinigtes Deutschland („Germany West, Germany East, Germany“) ähnlich wird im Fall von Vietnam verfahren (Bates et al. 2003: 16f.).

⁴⁵ Von den 141 identifizierten konsolidierten Episoden wurden 24 Fälle von der Datenanalyse ausgeschlossen, da zu diesen Episoden nicht ausreichend Datenmaterial verfügbar war. So dass schlussendlich nur 117 Episoden Eingang in die Datenanalyse fanden (Goldstone et al. 2005: 9).

⁴⁶ Kanada wird von der Task Force aus statistischen Gründen im Modell zu Europa gezählt (siehe auch IV.2.1.3. zur Kritik an diesem Verfahren).

1.3. Deskription des Datensatzes: Die erklärenden Variablen

Zur Identifizierung der erklärenden Variablen zu Staatszerfall wurden von der *Task Force* zu Beginn des *SFP* verschiedene Experten-Foren⁴⁷ zu Themenbereichen wie Demographie, Ökonomie, Soziales sowie Umwelt und Naturressourcen abgehalten. Zielvorgabe dieser Panel war es, erklärende Variablen zusammen zu tragen, von denen man zum einen annahm, dass sie eine Wirkung auf die Stabilität respektive Destabilität von Staatlichkeit haben und für die gleichzeitig weltweit auf Länderebene Daten seit 1955 erhältlich waren. Dieser Prozess gestaltete sich sehr zeitaufwendig und hürdenreich, da ein nicht unbedeutender Teil der per Expertenforen ermittelten Variablen erst ab den 1970er Jahren in Ländern der Dritten Welt verfügbar waren oder in anderen Fällen die Daten zwar vorhanden waren, aber wie beispielsweise im Falle von Säuglingssterblichkeit nur in Intervallen von fünf Jahren erfasst wurden (Bates et al. 2003: A-1, Goldstone et al. 2005 : 6). Nichtsdestotrotz wurde auf diesem Wege ein erster Grundstock an zirka 1000 Kandidatenvariablen erstellt, die dann über mehrere methodische Verfahren auf ihre Signifikanz und Korrelation mit der Outcome-Variable Staatszerfall getestet wurden. Über diesen Prozess vergingen mehrere Jahre und kaum eine unter den Hunderten in hoch komplexen Modellen getesteten Variablen ergab signifikante Korrelationen mit der Outcome-Variable Staatszerfall:

“The only strong and consistent finding that we achieved regarding most of these factors, however, is a negative one. According to our research, most economic, demographic, geographic, and political variables do *not* have consistent and statistically significant effects on the risk of instability onset” (Goldstone et al. 2005: 21, Hervorhebung im Original).

1.4. Deskription der datenanalytischen Methoden

Die Wahl der datenanalytischen Methoden der *Task Force* war bestimmt von zwei zentralen Zielen:

1. Identifizierung von Faktoren „consistently associated with the onset of state failure“,
2. Entwicklung von Modellen „that can accurately assess the relative vulnerability of countries worldwide to the onset of state failure“ (Goldstone et al. 2005: 6f.).

Als Analyseeinheit dient in den Modellierungen der *Task Force* das jeweilige Länderjahr, es handelt sich folglich um ein zweidimensionales Analysedesign über Raum und Zeit: (z.B.: Angola 1976). Durch den Forschungsfokus auf Staatszerfall ergibt sich für die *SFTF* ein zentrales analytisches Problem; das Studium von extrem seltenen Ereignissen. Von den über 7500 Länderjahren in der im Problemsatz erfassten Zeitspanne von 1955 bis 2004 beinhalten

⁴⁷ In den *Task Force* Berichten ist lediglich von „experts“ die Rede. Dies wird nie weiter spezifiziert. Es bleibt folglich unklar, welche professionelle Hintergründe die Experten mitbrachten.

lediglich 141 (d.h. 1,88%) das Moment des Forschungsinteresses der *Task Force*, den Beginn einer Staatszerfallsepisode. Um diesem analytischen Problem zu entgegnen, wandte die *Task Force* nach eigener Auskunft zum ersten Mal im Rahmen der Sozialwissenschaften das sogenannte *case control-design* an. Entwickelt wurde es ursprünglich Anfang der 1980er Jahre für die epidemiologische Analyse von Risikofaktoren für Krankheiten, welche selten und in verschiedensten Bevölkerungsteilen auftreten, wie zum Beispiel Krebs (siehe Goldstone et al. 2005: 7f.).

Entsprechend dieser Methode werden Opfer einer bestimmten Krankheit einer zufällig ausgewählten Kontrollgruppe von krankheitsfreien Individuen gegenübergestellt. Beide Gruppen werden dann gemeinsam untersucht, um so Faktoren identifizieren zu können, die konsistent verbunden sind mit einem höheren Krankheitsrisiko (siehe Breslow 1980, Rothman 2002: 73f., Bates et al. 2003: A-10, für eine allgemeine Evaluierung der Anwendung des *case control-design* im Rahmen der Politikwissenschaft siehe King/ Zeng 2001b).

Mittels des statistischen Vergleichs von detaillierten Datenprofilen von Patienten, die ein bestimmtes Krankheitsbild zeigen mit solchen die krankheitsfrei sind, ergeben sich einerseits die Vorteile von Fallstudien. Zugleich erlaubt die Verwendung von zufällig gewählten Kontrollgruppen aber auch eine robuste statistische Analyse von Beziehungsmustern innerhalb der Datengruppe bei gleichzeitiger Vermeidung von Autokorrelation und Verzerrungen. Aspekte, die sonst eine sehr zentrale Problematik bei Analysen und Querschnittsvergleichen seltener Ereignisse in Zeitreihen darstellen (Bates et al 2003: A-10, Rothman 2002: 73ff.).

Die *Task Force* übertrug diese Methode für ihre Zwecke leicht variiert auf ihr eigenes Forschungsdesign:

- Für jede im Datensatz erfasste Episode von Staatszerfall wird ein Datenprofil erstellt, datiert zwei Jahre, bevor die jeweilige Episode in dem Land auftrat. Jedes Datenprofil repräsentiert jeweils einen „problem case“ (Goldstone et al. 2005: 21f.). Das Datenprofil einer Analyseeinheit, beispielsweise Angola 1976 enthält folglich Datenmaterial in Bezug auf Angola im Jahre 1974, um so die Variablen identifizieren zu können die zwei Jahre vor Beginn einer Staatszerfallsepisode am stärksten mit der Outcome-Variable korrelieren.
- Um sicher zu stellen dass die Resultate sich nicht idiosynkratisch zu einem speziellen Datensatz verhalten, werden für jeden Problemsatz immer drei separate „control

cases“, ergo in der aktuellen Phase V insgesamt 117 Problem⁴⁸- zu 351 Kontrollfällen, nach einem Zufallsprinzip ausgewählt. Kontroll- und Problemfälle werden nach Jahr und geografischer Region zu einem analytischen Sample zusammengefasst. Länder können nicht als Kontrollfälle dienen, wenn „they experienced political instability during the two years prior or four years after the matched year, or if either of the prior two years has already been selected as a control“ (Bates et al. 2003: A-10f.).

Auf diesem Forschungsdesign aufbauend, entschied sich die *Task Force* anfänglich für ein Set von drei statistischen Verfahren:

1. t-Test sowie Chi-Quadrat-Test als erstes Übersichtsverfahren zur Identifizierung von Prädiktoren
2. logistische Regressionsmodelle
 - a) zur Identifizierung der aussagekräftigsten Prädiktoren in Gruppen mit konzeptuell ähnlichen und korrelierenden Indikatoren
 - b) zum Testen von Interaktionseffekten
3. Neurales Netzwerk Modell „to train networks to classify cases correctly by their magnitudes [...] using small numbers of independent variables“ (Gurr 1995: 6). Dieses Verfahren soll die Komplexität und die unterstellte Nicht-Linearität der Indikatoren berücksichtigen.

Die *Task Force* testete mittels diesem Modellset mehrere Hundert Variablen sowie deren Interaktion. Sie ging dabei von der Prämisse aus, dass ein so komplexes Phänomen wie Staatszerfall auch eines ebenso komplexen Systems an Modellen und Variablen bedarf, um erklärt und prognostiziert zu werden. Folglich lag der Hauptfokus der *SFTF* in den ersten Jahren auf hochkomplexen *neural networking models*. Das Regressionsmodell diente anfangs lediglich als Zwischenschritt zur Identifizierung der signifikantesten erklärenden Variablen. Als primäre Methode zur Entwicklung von effektiven Vorhersagemodellen sollte das Neurale Netzwerk Modell dienen, welches weit komplexere nichtlineare sowie interaktive Modellspezifikationen entwickeln kann. Während der ersten vier Jahre investierte die *Task Force* daher intensiv in Testreihen mit verschiedenen Neuralem Netzwerk Modellen, überzeugt, dass „this would yield our main payoff.“ Doch dem war nicht so. Denn „despite our best efforts (and considerable expense!), the neural networks never yielded better predictions of instability onsets than our simpler regression models“ (Goldstone et al. 2005: 11). Die Vorhersagegenauigkeit in den ersten beiden Phasen des *SFP* (1994-1998) stagnierte

⁴⁸ Siehe Fußnote 45.

bei knappen 66% (siehe Esty et al. 1998: 6f.). In Folge begrenzte sich die *Task Force* auf die ersten zwei Modelle; den „Single Variable Test“ mittels t-Test- und Chi-Quadrat-Test Verfahren sowie das logistische Regressionsmodell. Dieses Verfahren blieb bis heute konsistent und die daraus resultierende Modellierung gestaltet sich wie folgt: Um aussagekräftige Prädiktoren zu identifizieren, vergleichen zu Beginn t-Test- und Chi-Test die Verteilung von Werten der Problemfälle mit den Werten der Kontrollfälle. Wenn sich diese Distribution signifikant unterscheidet, wird die Variable selektioniert für weitere Untersuchungen mittels des logistischen Regressionsmodells, dem eigentlichen *GM*.

Die von der *SFTF* festgelegt Schwelle für Signifikanz im Stadium der t- und Chi-Quadrat-Tests liegt bei einem *p-value* von $<0,10$ ($p<0,10$). Der sogenannte *p-value* bezieht sich auf einen Test der statistischen Signifikanz einer individuellen Variable. Ein *p-value* von 0,10 oder weniger zeigt an, dass diese Variable zumindest im Verhältnis zu anderen im Modell getesteten erklärenden Variablen einen signifikanten Effekt hat (Bates et al. 2003: A-11, ergänzt um Ludwig-Mayerhofer 2006). Den Schwellenwert auf dieser Untersuchungsstufe auf $p<0,10$ zu legen, ist eine von der *SFTF* getroffene Entscheidung. Traditionell wird in der Statistik die Schwelle bei $<0,05$ gesetzt⁴⁹ (siehe etwa Easton 2006). Die so vorselektionierten Variablen⁵⁰, welche sich im aktuellsten Modell auf 68 belaufen, werden nun in thematische Cluster („political/ leadership, demographic/ societal sowie economic/ environmental“) gruppiert und in das logistische Regressionsmodell eingespeist (Bates et al. 2003 : A-12). Dieses eruiert im weiteren Rechenprozess diejenigen Variablengruppen, welche ex-post am treffgenauesten die historischen Kontroll-($Y=0$) von den Problemfällen ($Y=1$) unterscheiden und am stärksten mit der abhängigen Variable korrelieren. Für eine Übersicht der 68 identifizierten unabhängigen Variablen siehe Tabelle 3:

⁴⁹ Für weitere Signifikanztest im Rahmen des logistischen Regressionsmodells wurde der *p-value* von der Task Force auf $p<0,05$ gesetzt.

⁵⁰. Bei Analyse der präselektionierten Variablen fällt allerdings auf, dass nur grob die Hälfte (33) von 68 Variablen ein t-Test, Chi-Quadrat-Test Score von $p<0,10$ zu verzeichnen haben. Eine Erklärung oder Erläuterung dafür ist in den *SFTF* Berichten nicht zu finden.

Tabelle 3: Durch t-Test sowie Chi-Quadrat-Test präselektionierte Variablen für das GM

Political and Leadership	Economic and Environmental	Demographic and Societal
Economic discrimination*	Trading partner concentration*	Total population*
Political discrimination*	GDP per capita*	Change in total population
Party fractionalization	Change in GDP per capita	Population density*
Parliamentary responsibility*	Land burden	Youth bulge*
Party legitimacy*	Change in reserves	Labor force as a percent of population*
Ethnic character of the ruling elite*	Government debt	Agricultural population*
Ideological character of the ruling elites	Trade with OECD countries	Change in infant mortality*
Type of regime (civilian vs. military)	Change in inflation rate	Infant mortality*
Major civil or ethnic conflicts in bordering states*	Trade openness	Female life expectancy*
Regime type*	Annual GDP growth	Percent of population in the military
State-led discrimination against communal groups*	Money and quasi-money as percent of GDP	Religious diversity
Regime duration*	Military expenditures	Life expectancy*
Change in Polity score	Irrigated land*	Secondary school enrollment rate*
Leader's years in office*	Access to safe water*	Annual change in secondary school enrollment
Non-elected executive*	Damage due to drought	Percent of population with primary education*
Number of bordering states with any type of major conflict	Population in agriculture/cropland area	Percent of population with secondary education*
Freedom House political rights index	Reports of famine in The New York Times	Percent of population with post-secondary education*
Freedom House civil liberties index	Cropland area*	Calories per capita
Amnesty International political terror index	Percent of employment in agriculture*	GINI coefficient in percentage points
U.S. Department of State political terror scale		Urban population*
Membership in intercontinental organizations		Urban population growth rate
Membership in regional organizations		Ethnic diversity
Corruption*		Ethno-linguistic diversity
Prior upheaval		Population by ethnic diversity interaction
Military rule		

* Im Anfangs t-Test/Chi-Quadrat-Test: *p-value* <0,10

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Bates et al. 2003: 49

1.5. Deskription der Schlüsselvariablen und Endresultate des *Global Model*

Aus den in Tabelle 3 aufgelisteten Kandidatenvariablen wurde mittels des logistischen Regressionsmodells eine Konstellation aus fünf unabhängigen Variablen isoliert, welche die Wahrscheinlichkeit von Staatszerfall am treffgenauesten ermitteln konnte:

- **Regimetyp** (Regime type, especially limited democracy and autocracy with some political competition),
- **Größere zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten** (Major civil or ethnic conflicts in bordering states),
- **Staatliche Diskriminierung oder Unterdrückung von Minderheiten** (State-led discrimination or repression against communal groups),
- **Säuglingssterblichkeit** (A relatively high rate of infant mortality⁵¹),
- **Handelsoffenheit** (Relatively limited openness to international trade).

Anhand dieser Variablenkonstellation konnten ex-post sowohl mit zirka 80%iger Genauigkeit zwei Jahre vor dem jeweils historischen Problemfall (Y=1) anstehende Episoden von Staatszerfall als auch die jeweiligen Kontrollfälle (Y=0) korrekt klassifiziert werden.

Exkurs I: Klassifizierung von Problemfällen

Logistische Regressionsmodelle klassifizieren Problemfälle durch den Vergleich von regressiv generierten Wahrscheinlichkeiten hinsichtlich des Auftretens eines Ereignisses (in diesem Falle die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Staatszerfall) über einen *cutpoint* zwischen „0“ und „1“. Dieser Wahrscheinlichkeitswert wird als „Global Model Score“ bezeichnet (Bates et. al 2003: B-7). Wenn die Wahrscheinlichkeit den vorab definierten *cutpoint* überschreitet, dann wird der Fall als ein bevorstehender Staatszerfall identifiziert. Im konkreten Fall des GM wurde dieser *cutpoint* bei 0,23 gesetzt.

Die Task Force argumentiert, dass bei einem Sample von drei Kontrollfällen pro Problemfall ein *cutpoint* von 0,23 einen Ausgleich zwischen Spezifität und Sensitivität schafft, wohingegen ein höher angesetzter *cutpoint* zwar gesteigerte Spezifität erreichen würde, allerdings zum Preis von verminderter Sensitivität. Niedrigere *cutpoints* hätten den jeweils gegenteiligen Effekt (ebd.: A-11).

⁵¹ „Infant mortality“ wird im Englischen oft sowohl für Kinder- als auch Säuglingssterblichkeit verwendet. Die Task Force definiert aber diese Variable eindeutig als Säuglingssterblichkeit: “Number of deaths of infants under one year of age per 1,000 live birth” (Bates et al. 2003: 34).

Die Vorhersageperformanz von rund 80% (80,3% der Problem- sowie 81,5% der Kontrollfälle) stellt eine signifikante Verbesserung zu den in den ersten drei Phasen erreichten 66% (1994-1998) sowie 72% (1998-2000) dar (Goldstone et al 2005: 35). Die *Task Force* zeigt sich überrascht über dieses Ergebnis, da sie nicht erwartet hatte, dass sich das von ihren Auftraggebern geforderte Modell so simpel in seiner Struktur zeigen würde und nur mit einer Handvoll von erklärenden Variablen auskäme:

“[...] the combination of accuracy, efficiency, and simplicity of this model is not what we expected or aimed at. Rather, we were driven to these results by our data and design. Put another way, the model is simple not because we were unimaginative, did not work long enough, or resisted complications. Quite the reverse: the model is simple because it has resisted years of efforts to make it more complex” (Goldstone et al. 2005: 22).

Tabelle 4: Schlüsselvariablen und Resultate des GM

Variable	größeres Risiko für Staatszerfall	geringeres Risiko für Staatszerfall	Odds Ratio	p-value
Regime Typ	-Weak full democracies	-Strong full democracies	12,8	<0.01
	-Strong partial democracies	-Autocracies with no	1,8	0.25
	-Weak partial democracies	political competition	29,7	<0.01
	-Autocracies with some political competition		8,2	<0.01
Nachbarstaaten mit zivilen oder ethnischen Konflikten	4 oder mehr	0-1	14,3	<0.01
Staatliche Diskriminierung von Minderheiten	Ja	Nein	2,6	<0.01
Säuglingssterblichkeit	höher	geringer	2,3	<0.01
Handelsoffenheit	geringer	höher	1,5	0.05

Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen von Bates et al. 2003 und Goldstone et al. 2005

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, ist Regimetyp im *GM* der einflussreichste Faktor für das relative Risiko, Staatszerfall zu erleiden, mit einer durchschnittlichen Odds Ratio von 13,125 und maximalen Werten bis beinahe 30. Gefolgt in absteigender Relevanz von Nachbarstaaten mit internen Konflikten, staatlicher Diskriminierung von Minderheiten, Säuglingssterblichkeit, sowie Handelsoffenheit.

Aufgrund der überdurchschnittlichen Relevanz, die die erklärende Variable Regimetyp im Modell einnimmt, sowie der sehr komplexen Schemata mit denen Regimetyp im Rahmen des *SFP* gemessen wird, erscheint eine detailliertere Darstellung dieses so dominanten Einzelfaktors angemessen. Für detailliertere Beschreibungen und Definition der vier weiteren Variablen siehe Tabelle 5.

Regimetyyp wird anhand von drei Variablen definiert, basierend auf der Polity IV Skala:

1. Politische Autorität (POLX⁵²)
2. Charakter des politischen Wettbewerbes (POLCOMP)
3. Niveau der Machbeschränkung in Hinblick auf die Herrschaftsexekutive (chief executive) (POLXCONS)

Die Interaktion dieser drei Variablen im Modell (zusammengefasst zu einer einzigen latenten Variable: Regimetyyp) produzierte sechs sich gegenseitig ausschließende Kategorien: *Full democracies*, *Partial democracies* jeweils unterteilt in „strong“ und „weak“ sowie *Autocracies* mit und ohne politischen Wettbewerb⁵³. Die Gliederung erfolgt in Form einer 21 Punkte Skala die von +10 („fully democratic“) bis zu -10 („fully autocratic“) reicht (Bates et al. 2003: 34).

1. *Full democracies* werden auf der 21 Punkte Polity Skala zwischen 8 und 10 verortet. Definiert werden sie über freie und faire Wahlen, einen gut organisierten, geordneten sowie freien politischen Wettbewerb sowie eine effektive Kontrolle der Exekutive mittels einer starken Legislative sowie unabhängiger Judikative.
 - Eine *full democracy* wird als „**strong**“ betrachtet, wenn die Legislative über eine mindestens ebenso effektive Autorität verfügt wie die Exekutive und der politische Wettbewerb sich offen, organisiert und frei von Zwängen zeigt.
 - Eine *full democracy* wird als „**weak**“ betrachtet, wenn eine der unter „strong“ aufgeführten Bedingungen nur teilweise erfüllt ist. Ergo die Kontrolle der Exekutive nicht ausreichend gesichert ist oder „where political competition is factional“ (ebd.: 35).
2. *Partial Democracies* besetzen die Punkte 1-7 auf der Polity Skala. Regime, die als partielle Demokratien eingestuft werden, definieren sich über kompetitive Wahlen (wenn auch nicht unbedingt frei und fair) in Verbindung mit einer dominanten Herrschaftsexekutive oder einem polarisierten oder unterdrückten politischen Wettbewerb.

⁵² Die in Klammern stehenden Buchstabencodes präsentieren die Abkürzungen der Variablen im Datensatz.

⁵³“A regime is considered a strong full democracy if Polity ≥ 8 , POLCOMP ≥ 9 , and POLXCONS = 7; it is considered a weak full democracy if Polity ≥ 8 and either POLCOMP < 9 or POLXCONS < 7 . A regime is considered a strong partial democracy if $1 \leq$ Polity ≤ 7 and either POLCOMP ≥ 9 or POLXCONS = 7; it is considered a weak partial democracy if $1 \leq$ Polity ≤ 7 , POLCOMP < 9 , and POLXCONS < 7 . A regime is considered an autocracy with no political competition if Polity ≤ 0 and POLCOMP ≤ 3 ; it is considered an autocracy with some political competition if Polity ≤ 0 and POLCOMP > 3 ” (Bates et al. 2003 :36).

- Eine *partial democracy* wird von der *Task Force* als „**strong**“ angesehen, wenn die Legislative über eine mindestens ebenso effektive Autorität verfügt wie die Exekutive oder der politische Wettbewerb sich offen, organisiert und frei von Zwängen zeigt.
 - Eine *partial democracy* gilt als „**weak**“, sobald beide der unter „strong“ genannten Bedingungen nicht erfüllt werden. Wenn folglich sowohl die Kontrolle der Exekutive nur eingeschränkt möglich ist und der politische Wettbewerb polarisiert, beschränkt und nicht institutionalisiert verläuft. Als Beispielland könnte man Kolumbien nennen, welches von der *Task Force* dieser Kategorie zugeordnet wird.
3. *Autocracies* decken auf der Polity IV Skala den Bereich von 0 bis –10 ab. Diese Kategorie erfasst traditionelle Monarchien wie etwa in Saudi-Arabien, Einheitsparteienregime wie in China und Kuba, personalistische Diktaturen wie zum Beispiel in Usbekistan sowie eine Reihe von Regimen, die von der *SFTF* als Pseudo-Demokratien betitelt werden. In diesen Fällen werden zwar Wahlen abgehalten, doch ist deren Ausgang entweder schon vorherbestimmt, als Beispiel könnte man Zimbabwe nennen, oder die Wahl hat keine direkte Auswirkung auf die Ausübung der Staatsgewalt, wie etwa im Falle Jordaniens.
- In *autocracies with no competition* übt der jeweilige Führer effektive Kontrolle über den politischen Wettbewerb aus oder unterdrückt diesen von Anfang an erfolgreich. Dies reicht von der absoluten Nichtexistenz unabhängiger politischer Bewegungen (z.B. Nordkorea), über die Zulassung von minoritären Oppositionsgruppen in einem sehr restriktiven Rahmen (z. B. Belarusland) bis zur Zulassung von sogar umfassenden politischen Oppositionsgruppen, allerdings unter Ausschluss der Teilnahme am Wahlprozess (z.b. Zimbabwe).
 - In *autocracies with some political competition* kontrolliert der jeweilige Herrschaftsapparat entweder bewusst oder aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht den politischen Wettbewerb. Der überwiegende Teil dieser Fälle involviert fraktionalisierten Wettbewerb, in welchem relativ stabile und beständige politische Gruppen um Einfluss auf der nationalen Ebene konkurrieren, allerdings meistens organisiert entlang von parochialen oder ethnischen Trennlinien. Die *Task Force* rechnet beispielsweise Angola zu dieser Kategorie.

Exkurs II: Odds Ratio – Allgemeine Erklärung und fiktives Rechenbeispiel

Odds Ratio, zu deutsch „relative Chancen“ ist ein Begriff der deskriptiven Statistik, wobei in der statistischen Terminologie auch in Deutschland der englische Begriff verwendet wird. In der Statistik verwendet man die Odds Ratio, um den Unterschied zweier Odds (z. B. Säuglingssterblichkeit hoch vs. niedrig) zu bewerten und damit Aussagen über die Stärke von Zusammenhängen zu machen. Eine Odds Ratio von genau 1 bedeutet, dass es keinen Unterschied in den Odds gibt, ist die Odds Ratio >1 , sind die Odds der ersten Gruppe größer, ist sie <1 , sind sie kleiner als die der zweiten Gruppe. Die gewonnenen Daten werden zumeist in einer Kreuztabelle dargestellt, die es erleichtert, die Odds Ratio direkt zu errechnen (siehe Ludwig-Mayerfelder 2006).

Die Berechnung der Odds Ratio gestaltet sich wie folgt: Angenommen man möchte den Zusammenhang zwischen verschiedenen berufsqualifizierenden Abschlüssen in der Politikwissenschaft und dem Erlangen von gutbezahlten Jobs untersuchen (Alternativ eben den Zusammenhang zwischen hoher vs. niedriger Säuglingssterblichkeit und Staatszerfall). Zu diesem Zweck untersucht man 10 000 PolitologInnen und stellt fest, ob sie über einen Master Abschluss (MA) oder einen Magisterabschluss verfügen. Aus dieser Untersuchung ergibt sich folgende Kreuztabelle (mit fiktiven Daten):

	Anzahl der Politologen mit Magisterabschluss	Anzahl der Politologen mit MA-Abschluss
Anzahl der Politologen mit gutbezahltem Job	130	70
Anzahl der Politologen ohne gutbezahlten Job	1870	7930

Quelle: eigene Darstellung

Von 200 Personen die einen gut bezahlten Job erlangten, verfügen 130 über einen Magisterabschluss. Daraus ergibt sich die Odds Ratio:

$$Odds\ Ratio = \frac{130 \cdot 7930}{70 \cdot 1870} \approx 7,88$$

D.h., die Chance einen gutbezahlten Job zu erlangen sind für PolitologInnen (in diesem rechenexemplarischen Fall) mit Magisterabschluss fast 8-mal so hoch wie für Absolventen der Politikwissenschaft mit MA-Abschluss (für Formel der Odds Ratio siehe Rothman 2002: 80f.).

Im Kontext des *SFP* dient die Odds Ratio dem Vergleich und der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, in welchem Ausmaß eine Variable Einfluss ausübt auf das relative Risiko von staatlicher Instabilität/ Staatszerfall, alle anderen Bedingungen (Variablen) konstant gehalten. Mit anderen Worten, dies ermöglicht die Schätzung der kausalen Effekte der jeweiligen Variable, *ceteris paribus*:

1. Für kategorische Variablen wie Regimetyyp vergleicht die Odds Ratio das geschätzte Risiko des Eintretens von Staatszerfall in allen Kategorien von Regimetyyp. So zeigt sich beispielsweise, dass im Falle von *weak partial democracies* diese – bei sonst gleichen Bedingungen – einer beinahe 30 mal höheren „Chance“ ausgesetzt sind, Staatszerfall zu erleiden, als ihre stabilsten Kontraparts; *strong full democracies* und *autocracies with no political participation*.
2. Bei der erklärenden Variable „bordering states with major conflict“ wird die Wahrscheinlichkeit von Staatszerfall eines Landes mit vier oder mehr Nachbarstaaten, die sich in einem internen ethnischen oder zivilen Konflikt befinden, verglichen mit einem Land ohne interne konfliktsituationen in angrenzenden Staaten. Hieraus ergibt sich für Staaten mit mindestens vier Nachbarstaaten, in denen interne gewalttätige Konflikte ausgetragen werden, eine Risiko Ratio von 14,3 im Verhältnis zu Staaten mit einem oder ganz ohne diese Art von Konflikten an ihren Grenzen.
3. Im Falle von Indikatorvariablen wie „state led discrimination“ vergleicht die Odds Ratio das Risiko von Staatszerfall in Ländern mit und ohne diese Bedingung. Mit dem Ergebnis, dass Staaten mit konstatierte offizieller staatlicher Diskriminierung von Minderheiten eine 2,6 mal höhere Instabilitäts-/Staatszerfalls- Odds zeigen als Staaten ohne staatlich organisierte Diskriminierung.
4. Die Odds Ratio für „infant mortality“ kontrastiert Länder mit hohen und niedrigen Werten in diesen Bereichen und die respektive Wahrscheinlichkeit von Staatszerfall. Der Vergleich erfolgt zwischen dem 75sten und 25sten Perzentil⁵⁴. Länder im 75ten Perzentil tragen dem *GM* zur Folge ein 2,3 mal so hohes Risiko in Bezug auf Staatszerfall wie Länder im 25ten.
5. Die Odds Ratio für „trade openness“ vergleicht ähnlich wie im Falle der Säuglingssterblichkeit Länder mit hohen und niedrigen Werten. Der Vergleich erfolgt ebenfalls zwischen dem 75sten und 25sten Perzentil. Länder, die in Bezug auf Handelsoffenheit im 25sten Perzentil verortet werden, sind mit einer 1,5fachen Wahrscheinlichkeit anfälliger für Staatszerfall als Länder im 75sten Perzentil.

⁵⁴ Durch Perzentile (lateinisch für Hundertstelwerte), auch Prozenträge genannt, wird die Verteilung in 100 gleichgroße Teile zerlegt. Perzentile fächern die Verteilung also in 1%-Segmente auf. Im Falle des 75ten Perzentils (P75) hieße dies, dass unterhalb dieses Punktes 75% aller Fälle der Verteilung lägen.

Tabelle 5: Definition und Beschreibung der Schlüsselvariablen des GM

Variablen	Kodiert im Datensatz als	Definition und Beschreibung der Variablen	Datenquellen
Regimotyp	POLX; POLCOMP; POLXCONS	Regimotyp wird anhand von drei Variablen definiert basierend auf der Polity IV Skala <ol style="list-style-type: none"> 1. Politische Autorität (POLX) 2. Charakter des politischen Wettbewerbes (POLCOMP) 3. Niveau der Machtbeschränkung in Hinblick auf die Herrschaftsexekutive (chief executive) (POLXCONS) Die Interaktion dieser drei Variablen im Modell produzierte sechs sich gegenseitig ausschließende Kategorien: <i>Full democracies</i> , <i>Partial democracies</i> jeweils unterteilt in „strong“ und „weak“ sowie <i>Autocracies</i> mit und ohne politischen Wettbewerb (Details siehe Kapitel 4.1.5.).	Polity IV
Nachbarstaaten mit zivilen oder ethnischen Konflikten	MACNCIV	Die Anzahl der angrenzenden Länder mit größeren internen Konflikten. Das Model vergleicht Länder mit vier oder mehr solcher Nachbarländer mit Ländern ohne (oder einen) Konflikt in Nachbarstaaten. Interne Konflikte werden als zivil gewertet, wenn es zu konfliktiven Situationen zwischen verschiedenen politischen Gruppen kommt, als ethnisch werden sie eingeordnet „when it pits state agents against a distinct ethnic group“ (Bates et al 2003: 34). Für Konfliktdefinition siehe Fußnote 25.	Monthly Marshall, CIDCM, University of Maryland
Staatliche Diskriminierung von Minderheiten	DISPOTA4	Zeigt an, dass staatliche <i>policies</i> substantiell politische Partizipation oder ökonomische Entfaltungsmöglichkeiten für mindestens eine Minderheitengruppe beschränken im Verhältnis zu anderen Gruppen; wird als Indikator für allgemeine soziale Polarisierung gewertet.	Minorities at Risk Dataset
Säuglingssterblichkeit	CNSIMR	Anzahl der verstorbenen Säuglinge unter einem Jahr pro 1000 Lebendgeburten. Die <i>Task Force</i> sieht in dieser Variable einen sehr sensitiven Indikator für die generelle Lebensqualität der Bevölkerung eines Landes. Die Werte, die die <i>SFTF</i> benutzt, sind Schätzwerte basierend auf statistischen Modellen, interpoliert (aufgrund der oft nur in Zeitspannen von fünf Jahren erhältlichen Daten) sowie adjustiert im Falle von humanitären Katastrophen.	U.S. Bureau of Census, International Programs Center, Population Division
Handelsoffenheit	WDIOPEN PWTOPEN	Import plus Export eines Landes in US\$ dividiert durch das jeweilige BIP. (Die einzige ökonomische Variable, die eng mit Handelsoffenheit korrelierte, war „road density“ – ein klassischer Indikator für das generelle Entwicklungslevel eines Landes –).	World Bank’s World Development Indicators, Penn World Tables 6.1.

Quelle: Eigene Darstellungen nach Daten von Bates et al. 2003 und Goldstone et al. 2005

2. Kritische Analyse

2.1. Kritische Analyse des Problemsatzes: Die abhängige Variable

2.1.1. Definitionsschwächen

“Our first order of business was to define [...] historical instances of “state failure.” We chose to answer the definitional question in a practical way by investigating those forms of instability that, in our view, pose the most serious challenges to U.S. national security and foreign policy. The emphasis in our charter on what policymakers consider “strategic” rather than “tactical” warning also shaped our approach by encouraging us to focus on “big” events rather than day-to-day or even month-to-month fluctuations in political turmoil or uncertainty” (Bates et al. 2003: 8).

Dieser von der *Task Force* getroffene pragmatische Definitionsansatz hat sicherlich im Kontext des Projektes, zumindest im Ansatz seine Richtigkeit. Er erlaubte es, die Fallzahl der state failure Fälle von 18 auf 141 zu erhöhen und ermöglichte so erst eine analytisch-statistisch sinnvolle Auseinandersetzung mit dem Phänomen. Nichtsdestotrotz ergeben sich eine Reihe von schwerwiegenden Problemen aus dieser Definition von Staatszerfall. Probleme, die auch die Frage aufkommen lassen, ob die *Task Force* ihrem Policy-relevanten Anspruch mittels dieser Definition gerecht wird.

Eine der zentralen Schwächen stellt die Heterogenität der Fälle dar, die mittels der *Task Force* Definition durch eine einzige abhängige Variable umfasst werden. Mit der Konsequenz, dass „in all likelihood a different causal structure underlies each component of the constructed concept of “state failure” (King/ Zeng 2001a: 625). Diese von King und Zeng 2001 in der *World Politics* vorgebrachte Kritik bezugnehmend auf die Staatszerfallsdefinition im ersten umfassenden *SFTF* Bericht⁵⁵ aus dem Jahre 1998 ist auch drei Phasen später noch genauso gültig. Im Rahmen ihrer Evaluierung des *GM* schlagen sie, um der Problematik der Heterogenität zu entgehen, eine Aufspaltung der abhängigen Variable in ihre vier Kategorien vor:

[...] the *Task Force*'s definition of state failure is highly heterogeneous, and so progress would likely be made by breaking down this variable into its component parts (King/ Zeng 2001a: 654).

Die Tatsache, dass trotz der offensichtlichen Probleme, die diese weite Staatszerfallsdefinition mit sich bringt, und der relativen Einfachheit, mit der man (zumindest in den Augen des Autors) den diesbezüglichen Verbesserungsvorschlag von King und Zeng anwenden könnte, die *Task Force* auch in dem nun um drei Phasen fortgeschrittenen Projekt noch immer mit der

⁵⁵ Jener *Task Force* Bericht aus dem Jahre 1998 war zu dem Zeitpunkt der Revision durch King und Zeng noch unter Verschluss und wurde nur King persönlich zugestellt, zum Zwecke einer „first independent scholarly evaluation of the methods, analyses and claims of the State Failure Task Force“ (King/ Zeng 2001a: 624).

selben Definition hantiert, führt zu der Frage, ob diese Definition nicht etwa eine Vorgabe der staatlichen Auftraggeber darstellt, von der man nicht abweichen kann.

In diesem Zusammenhang lässt es sich zudem hinterfragen, ob es analytisch sinnvoll ist, Staatszerfall definitiv mit Krieg gleichzusetzen, wie es die *Task Force* de facto tut (siehe I.8.). Bereits im Jahre 2000 kritisierte Peter Wallensteen vom *Peace and Conflict Center* in Uppsala, wenn auch ohne direkte Bezugnahme auf das *SFP*, die oft vorfindbare definitivische Nähe von Krieg und Staatszerfall. Er verweist als Gegenbeispiel auf den Fall Albaniens, in dem es zu einem, seinen Worten nach kompletten Niedergang aller Staatsfunktionen kam, ohne dass dies mit stärkeren gewalttätigen oder gar kriegerischen Auseinandersetzungen einherging (Wallensteen 2000: 5f.).

Ergänzend zu der schon vorgetragenen Kritik ist anzumerken, dass die Auswahl kritischer Fälle aus einem Zeitraum von fast 50 Jahren (1955 bis 2004) fast per definitionem zu einer sehr breiten Streuung der abhängigen Variable führen muss. Die Outcome-Variable Staatszerfall mit ihren vier Subkategorien erscheint, wie bereits dargelegt, als zu grob und erfasst zu unterschiedliche Dimensionen von innerstaatlichen Konflikten, was in Konsequenz die Prognose- und auch Erklärungsfähigkeit des Modells stark limitieren kann.

Des Weiteren lässt sich fragen, ob die abhängige Variable und ihre Subkategorien wie Revolutionskrieg, ethnischer Krieg, feindlicher Regimewechsel und Genozid/Politizid tatsächlich Messeinheiten für Staatszerfall darstellen. Oder ob es sich hierbei nicht eher um Indikatoren für die fatalen Folgen, die Staatszerfall hervorrufen kann, handelt, diesen ergo vielmehr die Funktion von erklärenden Variablen zuzusprechen ist. Es wäre grundsätzlich zu überlegen, ob nicht im Sinne einer besseren analytischen Erfassung des Phänomens, die Definition in Anlehnung an Schneckeners Typologisierung, an den drei zentralen Staatskomponenten Sicherheit, Wohlfahrt und Rechtsstaatlichkeit ansetzen sollte, anstatt ausschließlich die Definition auf gewalttätig geartete Konflikte zu fokussieren.

2.1.2. Ignorierte Pfadabhängigkeit

Da der Datensatz, aus dem die Problem- und Kontrollfälle ausgewählt werden, nur 150 Länder enthält, (Stand 2005) kann es trotz der Einschränkung, dass in der Kontrollgruppe Staatsversagen im Verlauf von zwei Jahren vor sowie vier Jahre nach dem jeweiligen Kontrolljahr nicht auftreten darf, zu Überschneidungen kommen.

Die Problematik der begrenzten Fallauswahl ist beispielsweise gegenwärtig im Falle der Weltregion Amerika. Da die *Task Force* Kontroll- und Problemfälle nach Regionen gruppiert und unter Amerika lediglich Lateinamerika und die Karibik subsumiert, beschränkt sich die Auswahl für die Problem- und Kontrollfälle auf 23 Staaten. Staaten können zu unterschiedlichen Zeitpunkten folglich sowohl in der Problem- als auch in der Kontrollgruppe auftauchen. Im subsaharisch-afrikanischen Kontext zeigt sich diese Problematik ebenfalls. Ein sehr evidentes Beispiel stellt Äquatorial Guinea dar. Das Jahr 1969 wird von der *Task Force* im Falle Äquatorial Guineas als Beginn einer Staatszerfallsepisode ($Y=1$) gewertet. Nur drei Jahre später 1972 befindet sich das Land bereits wieder in der Kontrollgruppe ($Y=0$) (siehe Bates et al. 2003: B-1).

Damit wird davon ausgegangen, dass mögliche Nachwirkungen von Staatsversagen zeitlich eng begrenzt seien, ergo keine Pfadabhängigkeit vorliegt. Es lässt sich in Folge die Frage stellen, ob die beiden Gruppen tatsächlich so trennscharf sind wie von der *SFTF* vorgegeben. Dieses offensichtliche methodische Problem wird in den *Task Force* Berichten in keiner Weise thematisiert.

2.1.3. Länderauswahl und Zuordnung

Bei Durchsicht des Problemsatzes fällt auf, dass von der *SFTF* beispielsweise die Auflösung der UdSSR sowie Jugoslawiens als Staatszerfall gewertet wird, allerdings nicht die Teilung der ČSSR. Dies erscheint vom systematischen Ansatz her hinterfragbar, da in allen drei Fällen die Auflösung des Staates im institutionell vorgegebenen Rahmen erfolgte. Die späteren sehr unterschiedlichen Entwicklungen erfolgten alle nach der Unabhängigkeit der Teilrepubliken respektive Auflösung der jeweiligen Staaten (eine ähnliche Kritik übt auch Spanger, siehe Spanger 2001: 5).

Die Zuordnung einiger Länder zu den von der *SFTF* definierten Weltregionen erscheint in einigen Fällen sehr gewagt und zudem inkonsistent. So wird beispielsweise Kanada Europa zugeteilt da, so die Argumentation der *SFTF*, aufgrund ähnlicher kultureller sowie sozioökonomischer Bedingungen wie in Europa eine Zuordnung Kanadas zu Lateinamerika zu statistischen Verwerfungen führen würde. Dieses Argument ist in Hinsicht auf statistische Verzerrungen teilweise nachvollziehbar, doch müsste die *Task Force* in Konsequenz ihrer eigenen Argumentation dann auch Australien und Neuseeland zu Europa zählen. Beide Länder werden jedoch in der Ostasiengruppe geführt.

Zu statistischen Verwerfungen kann es in diesem Zusammenhang, zudem nur durch die wissenschaftlich nicht begründbare Ausklammerung der USA aus dem gesamten *GM*-Kontext kommen. Eine Maßnahme, die den gesamten wissenschaftlichen Wert des Projektes mindert, sowohl indem mit dem wissenschaftlichen Grundsatz der Unverzerrtheit als auch dem der wissenschaftlichen Unabhängigkeit gebrochen wird (siehe VI. 5. für eine Diskussion um die wissenschaftliche Unabhängigkeit des *SFP*).

2.2. Kritische Analyse des Datensatzes: Die erklärenden Variablen

Dieses Unterkapitel dient der kritischen Hinterfragung der fünf erklärenden Schlüsselvariablen des *GM*. Zu diesem Zweck werden in aufsteigender Relevanz⁵⁶ und geordnet nach latenten sowie manifesten Variablen die unabhängigen Variablen auf ihre Konsistenz mit anderen Forschungsergebnissen sowie auf ihre Stellung im kausalen Gefüge hin überprüft.

2.2.1. Erklärende Variable: Handelsoffenheit

Vergleicht man den *p-value* aller fünf Schlüsselvariablen, sowohl im anfänglichen Einzelvariablen Testlauf per t- und Chi-Quadrat-Test als auch im weiteren multivariaten logistischen Regressionsmodell, fällt auf, dass die Variable Handelsoffenheit in beiden Fällen die weit schlechtesten Signifikanztestergebnisse vorzuweisen hat. So ist Handelsoffenheit im ersten Selektionsprozess die einzige der späteren Schlüsselvariablen, die beim t- und Chi-Quadrat-Test nicht die von der *Task Force* gesetzte Signifikanzschwelle $p < 0,10$ erreicht (siehe Tabelle 3). Wieso die *Task Force* die Variable Handelsoffenheit trotz unzureichendem Ergebnis im Signifikanztest, welcher zudem schon von der *Task Force* gegen statistischen Gebrauch von 0,05 auf 0,10 hochgesetzt wurden war, in das Set der präselektionierten Prioritätsvariablen aufnahm, wird im *SFTF* Bericht nicht begründet.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den *p-value* im logistischen Regressionsmodell (siehe Tabelle 4). Auf dieser Ebene legt die *Task Force*, diesmal statistischen Gepflogenheiten folgend, die Signifikanzschwelle auf $p < 0,01$. In der Endauswertung der Schlüsselvariablen konstatiert der *Task Force* Bericht dann, bezugnehmend auf das erreichte *p-value* im Regressionsmodell: „Significant at the 0,05 level for trade openness; significant at the 0,01 level for others“ (Bates et al. 2003: 31).

⁵⁶ Relevanz bestimmt sich wie auch im *GM* durch die jeweils erreichte Odds Ratio der fünf unabhängigen Variablen.

Zwar erreichte im zweiten Testlauf die Variable Handelsoffenheit im interaktiven logistischen Regressionsmodell mit $p < 0,05$ allem Anschein nach einen weit sensibleren Signifikanzwert als im Einzelvariablen-Test, doch liegt die Signifikanzperformanz weiter unter den restlichen vier Schlüsselvariablen, und bleibt erneut unter der gesetzten Signifikanzschwelle von $p < 0,01$. Die *Task Force* Berichte IV und V nehmen zu diesen Unklarheiten in keiner Weise Stellung, so dass nicht nachvollziehbar ist, wieso die Variable Handelsoffenheit Eingang in das Set der Schlüsselvariablen gefunden hat. Ein Erklärungsansatz lässt sich bei Durchsicht des an sich veralteten ersten *Task Force* Berichts zur Phase II finden. In diesem werden in einer Tabelle die 14 „most frequently occurring variables in models of best accuracy“ aufgelistet.

Tabelle 6: Most Frequently Occuring Variables⁵⁷ in Models of Best Accuracy

Variable Name	Brief Definition	Ranking
UND26Y	Infant mortality	1
PL3DEMOC	Democracy index	0.95082
DURATION	Years since major regime change	0.934426
SIDPOPU	Urban population	0.918033
SIDPOPD	Population density	0.901639
BNKV23	Defense expenditure/total government expenditure	0.88524
BNKV117	Party legitimacy	0.885246
PWTRGDPC	Real GDP per capita	0.885246
SIDLEXPT	Life expectancy	0.885246
PL3AUTO	Autocracy index	0.868852
SIDINFMT	Infant mortality	0.868852
BNKV5	Population density	0.852459
BNKV132	Parliamentary responsibility	0.852459
SIDLABAG	Labor force in agriculture	0.852459

Quelle: Esty et al. 1998: 56

In dieser „Best Of Liste“ sucht man vergebens nach der erklärenden Variable Handelsoffenheit. Nichtsdestotrotz dient bereits im 1998er *GM* (noch mit „neural networking models“ arbeitend) Handelsoffenheit⁵⁸ als eine der Schlüsselvariablen. Im Gegensatz zu den nachfolgenden Berichten wird aber zumindest Bezug genommen auf das Fehlen der Schlüsselvariable Handelsoffenheit in dem Ranking der Variablen, die am stärksten mit der Outcome-Variable Staatszerfall korrelieren:

„Although trade openness does not rank among the 15⁵⁹ most commonly used variables, it is present in two-thirds of the very best solutions generated“ (Esty et al. 1998: 55).

⁵⁷ Die doppelte Nennung von „Infant mortality“ und „Population density“ ergibt sich aus der Kodierung gleicher Variablen aus unterschiedlichen Quellen (siehe Esty et al. 56).

⁵⁸ Die erklärende Variable Handelsoffenheit stellt neben der Variable Säuglingssterblichkeit die einzige Variable dar, die auch im aktuellsten Modell Verwendung findet (vgl. Esty et al. 1998 und Goldstone et al. 2003).

⁵⁹ Tatsächlich sind nur 14 aufgelistet und davon zwei Doppelnennungen (siehe Esty et al. 1998: 56).

Es wäre denkbar, dass dies auch in den späteren Phasen den Grund für die Aufnahme von Handelsoffenheit in das Set der Schlüsselvariablen darstellt. Allerdings bleibt die Frage, wieso dies in den nachfolgenden *Task Force* Berichten nicht offen thematisiert wurden ist.

Davon abgesehen ist die im Phase II Bericht gegebene Begründung wissenschaftlich nicht befriedigend, da sie keine Erklärung bietet für die Differenz zu den anderen Schlüsselvariablen und deren Konsistenz hinsichtlich der geforderten Korrelation; für das 1998er Modell in Bezug auf das Koeffizienten-Ranking und im aktuellen Modell der Phasen IV und V hinsichtlich des *p-value*. Der 1998er *Task Force* Bericht trifft zudem keine Aussage darüber, in welchem Ausmaß andere Variablen in den „very best solutions generated“ auftraten. So dass eine intersubjektive Kontrolle der Endergebnisse der Schlüsselvariablenauswahl nicht möglich ist (zu einer ähnlich gelagerten Kritik hinsichtlich des 1998er Models siehe Daun 2003: 45).

Argumentativ vertritt die *SFTF* die Auffassung, dass Handelsoffenheit zur Stabilisierung von staatlichen Strukturen beiträgt, beziehungsweise im umgekehrten Fall zu deren Destabilisierung, da:

„[...] free trade, if sustained, helps bring together coalitions of elite actors that support the rule of law and stable property relationships, as a condition for building wealth” (Esty et al. 1998: 29).

“in countries where exports are substantial [...] elite interests are more likely to align in favor of social investment, and workers are likely to command better wages—outcomes that are broadly associated with greater political stability” (Goldstone et al. 2000: 10.).

[...]it is certainly true that increasing levels of economic development and engagement in international trade are associated with substantial effects in reducing the risks of violent crises (Goldstone et al. 2005: 30).

Diese Annahmen decken sich nur sehr bedingt mit anderen aktuellen Forschungsergebnissen. So stellen beispielsweise King und Zeng in ihrer Revision des *Task Force* Modells fest, dass „the *Task Force*’s choice of a trade openness variable reflects the optimistic hypothesis that foreign policies designed to open markets might also reduce the incidence of state failure” (King/ Zeng 2001: 653). Im Rahmen ihrer Untersuchung ließen sie die damaligen Schlüsselvariablen durch ein von ihnen entwickeltes alternatives Neutrales Netzwerkmodell laufen. Mit dem Ergebnis, dass „over most of the range there is no relationship between trade openness and state failure“ (King/ Zeng 2001: 45).

Reinhard Heinisch in „The Economic Nature of Basic Human Rights: Economic Explanations of Cross-National Variations“ sowie Emilie Hafner-Burton mit einem ähnlichen Ansatz in

“Right or Robust? The Sensitive Nature of Repression to Globalization“ überprüfen die Bedeutung des Außenhandels für die Lage der Menschenrechte und kommen ebenfalls zu einer dem *SFP* widersprechenden Analyse:

„The most remarkable finding [...] is the effect of the trade variable in relation to security rights performance [...]. The coefficient is statistically significant and *negative*. The negative sign strongly suggests that, *ceteri paribus* non-Western industrialized nations with greater volumes of foreign trade were significantly more likely to violate basic political rights and freedoms“ (Heinisch 1998: 344; Hervorhebungen im Original).

“There is, by contrast, strong evidence to show that export-led economies with a high degree of export flows may be more likely to repress human rights. This finding has critical implications for how we think about the links between trade and human rights“ (Haffner-Burton 2005: 695f.).

Einschränkend muss man natürlich in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Forschungsschwerpunkte und Fragestellungen verweisen. Während Heinisch mit linearen Regressionsanalysen Unterschiede in der Menschenrechtslage und Haffner-Burton die Auswirkung der Globalisierung auf die Menschenrechtsfrage untersuchen und erklären wollen, testet das *SFP* mit logistischen Regressionsanalysen die Wahrscheinlichkeit von Staatsversagen. Auch werden autoritäre Regime im Kontext des *GM* als sehr stabil bewertet, ein Regimetyp der sehr oft Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat. Zudem sind Menschenrechtsverletzungen weit weniger komplex denn Staatsversagen. Doch gehen andererseits die von der *Task Force* genannten vier Kategorien von *state failure* (Revolutionskrieg, ethnischer Krieg, Genozid/ Politizid und feindlicher Regimewechsel) in aller Regel mit massiven Menschenrechtsverletzungen einher. Die konträren Ergebnisse erscheinen auf jeden Fall erklärungsbedürftig.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Schlüsselvariable Handelsoffenheit sich nicht mit anderen Forschungsergebnissen konsistent zeigt und die *Task Force* nicht nachvollziehbar macht, wieso es zur Nutzung dieser Schlüsselvariable im Endmodell kommt. Es liegt folglich die Vermutung nahe, dass es sich unter Umständen bei dieser Variable eher um eine ideologisch denn wissenschaftlich begründbare Entscheidung handelt. Eine Annahme, die, falls sie sich bestätigte, die von der *Task Force* immer wieder betonte wissenschaftliche Unabhängigkeit im Hinblick auf ihre Auftraggeber in Frage stellen würde.

2.2.2. Säuglingssterblichkeit

Säuglingssterblichkeit erfüllt im Gegensatz zur unabhängigen Variable Handelsoffenheit die von der *SFTF* gesetzten Signifikanzschwellen und erweist sich im logistischen Regressionsmodell als bedeutender Faktor, der eine komplexe und interdependente Situation widerspiegelt⁶⁰. In den Worten der *Task Force*:

„We believe that infant mortality rates correlate with vulnerability to instability in part because they track patterns in the political economy and the material well-being of average citizens that are overlooked by more traditional measures, such as per capita income. Among the forces driving infant mortality are the quality of medical and public health systems, levels of maternal and infant nutrition, access to shelter and clean drinking water, levels of education and literacy, and the quality of the natural environment—all of which are strongly correlated with, but not determined by, national wealth” (Bates et al. 2003: 46).

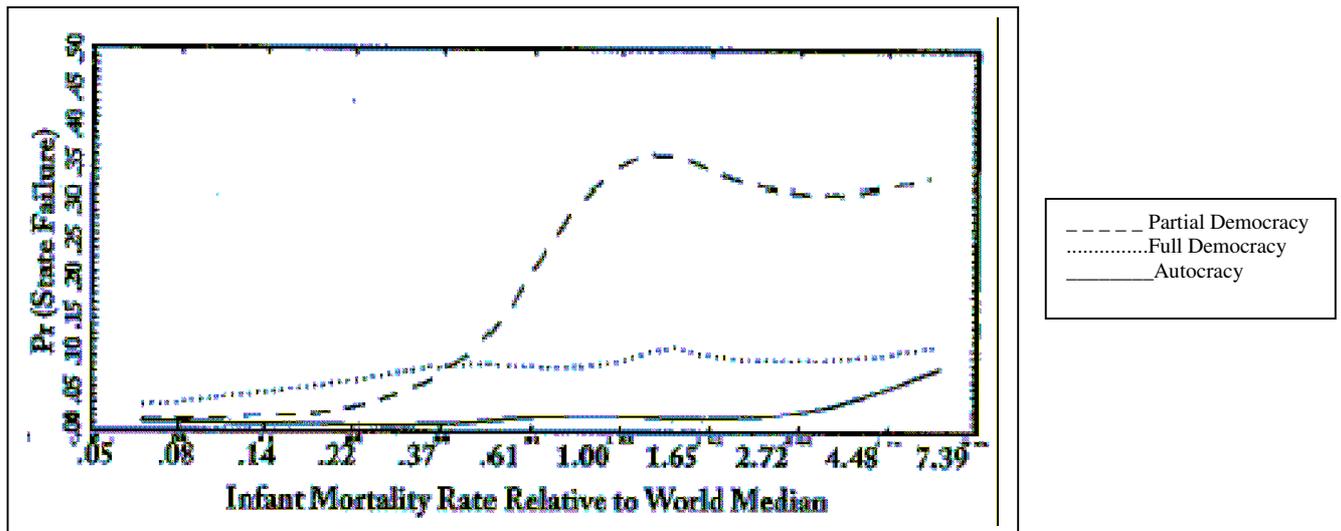
Die erklärende Variable Säuglingssterblichkeit wird folglich von der *Task Force* als allgemeiner Indikator für den Lebensstandard im jeweils untersuchten Land begriffen. Die Bedeutung, die diesem Indikator von der *SFTF* zugeschrieben wird, beruht auf der Annahme, dass eine schlechte (respektive sich verschlechternde) soziale Lage einen direkten Einfluss auf Staatsversagen hat.

In Hinblick auf die Konsistenz mit anderen Forschungsergebnissen trifft man in der Literatur auf eine breite Front von bestätigenden Studien hinsichtlich der Relevanz der Variable Säuglingssterblichkeit als Indikator für das jeweilige Entwicklungsniveau und allgemein die Kompetenz eines Staates im Bereich der Wohlfahrt. Bereits 1993 stufte UNICEF die Säuglingssterblichkeitsrate als besonders aussagekräftigen Entwicklungsindikator ein, der nicht nur über die Lebenschancen von Kindern, sondern auch umfassend hinsichtlich der gesamten sozialen Lage eines Staates wie beispielsweise Gesundheitswesen, Lage der Frauen und Ernährungssituation informiert (siehe UNICEF The Progress of Nations Report: 2002 oder auch Hamm 1999: 30f., Schrodtt 2002: 5f. bzgl. weiterer Studien). King und Zeng kommen in ihrer Revision der erklärenden Variable Säuglingssterblichkeit (im Gegensatz zur Variable Handelsoffenheit) ebenfalls zu bestätigenden Ergebnissen:

“Of all the variables examined [...], only very high levels of infant mortality [...] increase the probability of state failure to any significant level. The infant mortality result especially is fairly striking: only states with governments that are sufficiently competent to keep infant mortality below the global median have comparatively low probabilities of state failure; other countries, even when they are alike in all other measured respects to the G7, have substantial probabilities of failure (as high as 0.25)” (King/ Zeng 2001a: 650f.)

⁶⁰ Die Task Force gibt an, dass ein komplexes Set aus Wohlfahrtsindikatoren (beinhaltend Kalorienverbrauch pro Kopf, medizinisches Personal pro 1000 Einwohner, Sterblichkeitsraten, Gesundheitsausgaben pro Person etc.) „performed very much like the single indicator of infant mortality in our Global Model“ (Bates et al. 2003: 47).

Abb. 3: Säuglingssterblichkeit als Risikofaktor für Staatszerfall



Quelle: King/ Zeng 2001a: 649

Abbildung 3 illustriert die Wirkung, welche die Variable Säuglingssterblichkeit im Rahmen des Neuralen Netzwerkmodells von King und Zeng in Bezug auf das Staatszerfallsrisiko entfaltet. Sobald die Säuglingssterblichkeitsrate auf gleicher Höhe zum Weltmedian oder darüber hinaus verläuft (ab einem Wert 1 oder höher auf der horizontalen Achse) kommt es zur Steigerung des Staatszerfallsrisikos. Doch während im Bereich von Demokratie und Autokratie diese Risikosteigerung in sehr begrenzten Margen verläuft, kommt es im Bereich der partiellen Demokratie zu einer starken Korrelation zwischen der unabhängigen Variable (X-Achse) und der abhängigen Variable (Y-Achse). Säuglingssterblichkeit erweist sich auch in diesem Modell als „good proxy for the competence of the state“ (King/ Zeng 2001a: 652).

Doch gerade wegen der vielen bestätigenden Studien stellt sich die Frage, ob die *Task Force* wirklich über 1000 Variablen hat testen und mehrere Hundert Millionen Dollar für die Datenakquirierung (bzgl. der investierten Summen siehe Goldstone et al. 2005: 11) hat ausgeben müssen, um schlussendlich die Säuglingssterblichkeitsrate als treffgenauen Wohlstandindikator herauszufiltern. Wenn, wie aufgezeigt, bereits Anfang der 1990er Jahre dieser Indikator in einer Reihe von Studien vielversprechend verwendet wurde, und als Surrogatmerkmal zur Ermittlung von Entwicklungsstandards allgemein bekannt war (siehe auch Kapitel III.3. hinsichtlich der Kritik des Data Minings in der Frühwarnforschung).

Überprüft man die von dem *SFP* als unabhängige Variable deklarierte Säuglingssterblichkeitsrate auf ihre Verortung im kausalen Gefüge, so kommen Zweifel auf, ob ihrer kausalen Position.

In gewissem Sinne ist die erklärende Variable Säuglingssterblichkeit eher als indirekter Indikator zu verstehen, dass der Staat bereits im Zerfallsprozess begriffen ist, Säuglingssterblichkeit ergo eine Folge von Staatszerfall darstellt und nicht diesem vorausgeht. Es wären in diesem Zusammenhang theoretisch beide Szenarien denkbar, sowohl Säuglingssterblichkeit als unabhängige wie aber auch abhängige Variable.

Im ersteren Falle könnte Säuglingssterblichkeit (verstanden als Wohlfahrtsindikator) beispielsweise aufgrund einer Naturkatastrophe und die durch sie verursachten Schäden, an deren Bewältigung ein vorher grundsätzlich funktionierender Staat scheitert, ansteigen. Man denke zum Beispiel an „El Niño“, den dadurch provozierten Wirbelsturm Mitch und seine Wirkung auf die staatliche Infrastruktur in Nicaragua oder El Salvador.

Eine andere kausale Kette ergäbe sich, wenn der Staat zum Beispiel aufgrund von mangelnder Ressourcenverteilung, (siehe Kapitel II. 3.3. bzgl. delegitimierenden Elitenverhaltens) unter anderem seine sanitäre und ärztliche Infrastruktur nicht mehr aufrecht erhalten kann und dies in Konsequenz zur Entwicklung einer Epidemie führt. Als aktuelles Beispiel könnte man die Choleraepidemie im Frühjahr 2006 in Angola aufführen, die mehr als 43 000 Krankheitsfälle und mehr als 5000 Todesopfer, unter ihnen vor allem Kleinkinder und Säuglinge, forderte⁶¹ (siehe New York Times 06/16/2006). In diesem Fall wäre Säuglingssterblichkeit als Outcome-Variable einzuordnen, die erst durch Staatsversagen ausgelöst wurde.

Einschränkend könnte man anmerken, dass in diesem beschriebenen Fall einem eher an Rotberg und Schneckener orientierten Staatszerfallkonzept gefolgt wird als der Staatszerfallsdefinition der *Task Force*. Wobei man andererseits die vorgebrachten Beispiele einer Kausalkette auch problemlos auf kriegerisch ausgetragene interne Konflikte übertragen könnte: Ein bereits gescheiterter Staat bringt nicht mehr die nötigen Ressourcen zur Konfliktvermittlung auf, und es kommt in Folge zu einem internen Krieg im Sinne der *Task Force* Definition. Auch in diesem Fall wäre eine gestiegene Säuglingssterblichkeitsrate kein Indikator für Staatszerfall sondern Resultat desselbigen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Untersuchungen der *Task Force* ebenso wie die Überprüfung von Seiten Kings und Zengs (wenn auch bezugnehmend auf ein mittlerweile veraltetes *SFTF* Model) eine ausgeprägte Korrelation zwischen Staatszerfall und Säuglingssterblichkeitsrate belegen. Ob es sich aber tatsächlich, wie von der *Task Force*

⁶¹ 35% aller Choleraopfer waren Kinder unter 5 Jahren und Säuglinge (UNICEF Press Release 12/06/2006: http://www.unicef.org/media/media_pr_infantmortality.html, rev. 2006-11-29).

behauptet, im Falle der Säuglingssterblichkeit um die unabhängige Variable und vice versa beim Staatszerfall um die abhängige handelt, konnte im Zuge dieser Untersuchung nicht zweifelsfrei geklärt werden.

2.2.3. Staatliche Diskriminierung von Minderheiten

Staatliche Diskriminierung von Minderheiten zeigt als Variable im *GM* eine ähnliche Performanz wie Säuglingssterblichkeit. Die Variable kommt in etwa auf die selben Signifikanz- und Odds Ratiowerte ($p < 0,01$ sowie Odds Ratio 2,6; siehe Tabelle 4). Damit ist der statistische Einfluss von Präsenz oder Abwesenheit staatlicher Diskriminierung hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, Staatszerfall zu erleiden, vergleichbar mit der Wirkung der Säuglingssterblichkeitsrate in Ländern im 75ten oder 25ten Perzentil.

Die *Task Force* versteht diese erklärende Variable als Indikator für eine generelle gesellschaftliche Polarisierung:

“[...] we suspect, that official discrimination and communal repression are often emblematic of a kind of social polarization and political malaise that renders states fragile in more fundamental ways” (Bates et al. 2003: 46).

Hinsichtlich der Konsistenz mit anderen Forschungsergebnissen muss man konstatieren, dass bisher kaum Studien existieren, die diesen Zusammenhang detailliert untersucht und analysiert haben. Als eine der wenigen Studien in diesem Kontext wäre das „Minorities at Risk Project“ (MAR) unter Leitung von Robert T. Gurr⁶² anzuführen. Da Robert T. Gurr aber gleichzeitig Mitglied der *SFTF* ist und die *Task Force* zudem ihre Daten hinsichtlich der Variable „state-led discrimination“ ausschließlich von MAR bezieht, lässt sich dieses Projekt nur bedingt als unabhängige bestätigende Studie ins Feld führen.

Dasselbe Problem ergibt sich im Falle des zweiten Forschungsprojektes, welches sich näher mit dem Einfluss von Diskriminierungspraktiken auf interne Konflikte beschäftigt; dem jährlich erscheinenden „Peace and Conflict. A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy“. Es wird herausgegeben von Monty G. Marshall und Robert T. Gurr. Ebenso wie im Falle Gurr's handelt es sich bei Marshall um ein langjähriges *Task Force* Mitglied, zudem dient „Peace and Conflict“ zumindest partiell als Datengrundlage für das *GM* und die Variable „bordering states with civil or ethnic conflicts“.

⁶² Robert T. Gurr gründete 1986 das MAR Projekt und stand diesem bis 2003 vor. Seit 2003 übernahm Jonathan Wilkenfeld die Leitung als Acting Project Director (siehe: <http://www.minoritiesatrisk.com/>, rev. 2006-10-20).

Es bleibt folglich festzuhalten, dass aus Mangel an von der *Task Force* unabhängigen Studien zu diesem Themenkomplex weder der Nachweis noch die in Fragestellung der Konsistenz mit anderen Forschungsergebnissen geleistet werden kann.

Bezugnehmend auf das kausale Gefüge lässt sich konstatieren, dass eine zweifelsfreie Verortung als unabhängige Variable nicht gegeben ist. Ähnlich wie im Falle der Variable Säuglingssterblichkeit sind beide kausale Richtungen denkbar. Das zu Beginn dieses Unterkapitels angeführte Zitat aus dem *Task Force* Bericht gibt selbst direktes Zeugnis von dieser kausalen Ambivalenz. Wenn die *Task Force* die Variable „staatliche Diskriminierung von Minderheiten“ tatsächlich als Indikator für soziale Polarisierung sowie politische Malaise begreift, dann kann dies auch implizieren, dass der Staat sich bereits im Zerfall befindet und im Zuge eingeschränkter Ressourcen sowohl seiner Legitimität als auch seiner Fähigkeit zum gesellschaftlichen Ausgleich verlustig gegangen ist. In diesem Falle wäre „state-led discrimination“ Ausdruck staatlicher Hilflosigkeit vor dem Hintergrund erodierender (staatlicher) Machtstrukturen; ergo Produkt und nicht Ursache von Staatszerfall. Mit Hinblick auf die zweite kausale Option sei auf die bereits in Kapitel II. 3 aufgezeigte Bedeutung der politischen Exklusion gesellschaftlicher Gruppen seitens der herrschenden Elite als Teilursache für Staatszerfall verwiesen.

Eine weitere Problematik ergibt sich aus der ungenügenden definitorischen Tiefe von „state-led discrimination“. Die *Task Force* begrenzt ihre Definition auf einen einzigen Satz, im Gegensatz etwa zu der mehr als zwei Seiten umfassenden Definition von „Regimetyp“:

“State-led discrimination or repression against communal groups indicates that public policies - formal exclusion, recurring repression, or both - substantially restrict political participation or economic opportunities for at least one communal group compared with other groups” (siehe Bates et al. 2003: 34).

Aus dieser Definition wird in keiner Weise deutlich, was die *SFTF* unter “groups” versteht, oder wie sie diese operationalisiert. Wie viel Prozent der Gesamtbevölkerung muss eine „communal“ Gruppe ausmachen, um als diskriminierte Gruppen gelten zu können? Umfasst „communal group“ ethnische, politische, indigene und religiöse Gruppierungen? Fragen, auf welche die *Task Force* Berichte keine Antwort geben. Da die *Task Force* das überwiegende Datenmaterial vom *MAR* Projekt bezieht, ist zu vermuten, dass sie sich auch an deren Definition und Operationalisierung orientiert, nur wird dies im *SFTF* Bericht mit keinem Wort erörtert oder dementsprechend auf das *MAR* Projekt verwiesen. Auch in diesem Fall

beschränkt sich die *SFTF* auf einen einzeiligen Verweis hinsichtlich der verwendeten Datenquelle (siehe Bates et al. 2003: 57).

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Variable „state-led discrimination“ zum einen daran krankt, dass sie nicht zweifelsfrei als unabhängige Variable identifiziert werden kann, zum anderen ist die minimalistische Definition von „staatlich diskriminierten Gruppen“ wissenschaftlich hinterfragbar, welche so in Folge die Gefahr der Beliebigkeit mit sich bringt. Gerade in Hinsicht auf die fehlende wissenschaftliche Untermauerung des Einflusses dieser Variable auf staatliche Destabilität, wäre zumindest eine ausreichende Offenlegung der Operationalisierung sowie Definition besagter Variable wünschenswert und notwendig gewesen. Da dies nicht geschieht, ist die wissenschaftliche Validität der Variable in Frage zu stellen.

2.2.4. Ethnische oder zivile Konflikte in Nachbarstaaten

Diese Variable erreichte mit $p < 0,10$ im univariaten und $p < 0,01$ im multivariaten Modell die jeweils gesetzte Signifikanzschwelle. Sie stellt mit einer Odds Ratio von 14,3 die zweit relevanteste erklärende Variable im *GM*. Ethnische und zivile Konflikte in Nachbarstaaten dienen der *Task Force* nach eigenem Bekunden als Indikator “to assess the effects of “bad neighborhoods” on political instability” (Bates et al. 2003: 34). Es erscheint evident, dass mit Waffen ausgetragene interne Konflikte in Staaten oft destabilisierende Wirkung auf die an sie angrenzenden Länder ausüben:

“Internal wars often produce cross-border flows of refugees, fighters, and weapons that can provide the motive and opportunity for an expansion of the conflict. Failed states also make better sanctuaries for insurgents from next door, increasing the odds that simmering conflicts will escalate to the level of civil war. Conflicts in neighboring states also can indirectly increase the risk of instability by undermining economic development through growth shocks, reduced opportunities for trade, and frightened foreign investors. In some instances, conflicts result from deliberate efforts to destabilize a neighbor; in these situations, states often respond reciprocally, producing a tit-for-tat spiral that widens and sustains the circle of instability” (Bates et al. 2003: 5f).

Ähnlich wie im Falle der Säuglingssterblichkeitsrate lässt sich fragen, ob es tatsächlich einer neunjährigen⁶³ intensiven Forschung und Modellierung bedurft hätte, um interne gewalttätige Konflikte in Nachbarstaaten als Destabilisierungsfaktor herauszufiltern. So gilt dieser Faktor zum Beispiel seit Jahrzehnten in der Friedens- und Konfliktforschung als etablierter Allgemeinplatz für Ausbruch und Eskalation von Bürgerkriegen (siehe beispielsweise):

⁶³ Die erklärende Variable Konflikte in Nachbarstaaten wurde erst im 2003er Modell als Schlüsselvariable isoliert.

- Weiner, Myron 1996: *Bad Neighbors, Bad Neighborhoods: An Inquiry into the Causes of Refugee Flows*.
- Marshall, Monty G. 1999: *Third World War: System, Process, and Conflict Dynamics*.
- Marshall, Monty G./ Gurr, Robert T. 2005: *Peace and Conflict 2005*.
- Center for Systematic Peace 2006: *Conflict Trends 2005*.
- International Peace Research Oslo 2006: *The Origin of Conflict Clusters: Contagion or Bad Neighborhoods?*

Die Richtung der Kausalität scheint in diesem Fall eindeutig. Interne Konflikte im Land Y, X, Q und Z führen zu massiven Flüchtlingsströmen in den Staat P, damit verbunden zeigen sich ethnische Konflikte sowie ein verstärkter Schwarzmarkt, bedingt durch den wirtschaftlichen Schock, der die Steuereinnahmen des Staates P vermindert, ergänzt um leicht verfügbare Kleinfeuerwaffen aufgrund der genannten Konflikte in den angrenzenden Nachbarstaaten, welche zum Anstieg der Schwermriminalität und Verlust des Gewaltmonopols führen. Die Anzahl der ausländischen Direktinvestitionen sinkt rapide. Die Summe dieser Ereignisse führt zur Destabilisierung des betroffenen Staates P und schließlich zu Staatszerfall. „Bordering states with major civil or ethnic conflict“ ist mit hoher Wahrscheinlichkeit als unabhängige Variable zu identifizieren. Es erscheint schwierig, diese Kausalkette vice versa zu konstruieren.

Kritisch zu hinterfragen wäre hingegen die Konzeption der Variable und die damit einhergehende eingeschränkte Policy-Relevanz. Die *Task Force* erfasst mit dieser Variable nur Länder ab „four or more bordering states with major civil or ethnic conflict“ (Goldstone et al. 2005: 35) Ein Blick auf die Weltkarte genügt, um zu ersehen, dass mittels dieser Einschränkung ganze Kontinente nur sehr ungenügend erfasst werden. Legt man die von der *Task Force* definierten Weltregionen zu Grunde (siehe Kapitel 4.1.2.), so gibt es beispielsweise in der Weltregion Lateinamerika und Karibik von 23 Ländern⁶⁴ nur vier Länder die überhaupt über vier Nachbarländer verfügen: Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Bolivien. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Ostasien, wo China und Laos die einzigen beiden Länder von insgesamt 20 darstellen, welche dieses Kriterium erfüllen. In Subsahara Afrika, der Schwerpunktregion der Staatszerfallsforschung und die Region, in der sich mehr als 34% aller aufgetretenen Fälle von Staatszerfall Zeitspanne von 1955-2004 ereignet haben, werden Länder wie Somalia, Eritrea, Sierra Leone oder Guinea Bissau aufgrund dieser Variablenkonzeption nicht erfasst. Alles Länder, die über einen Zeitraum von mindestens einer Dekade per *Task Force* Definition als *state failure* eingestuft werden oder wurden (siehe

⁶⁴ Es werden im Sinne der Task Force Eingrenzung nur Länder gezählt mit mehr als 500 000 Einwohnern.

Bates et al. 2003: 18ff.). Lediglich die Weltregionen Naher Osten/Südasiens sowie Europa und die ehemalige UdSSR verfügen über eine größere Anzahl von Ländern mit vier und mehr Nachbarstaaten.

Damit ist aber zunächst einmal nur ein rein geografisch limitierender Faktor angesprochen. Wenn man nun zusätzlich in Betracht zieht, dass diese Variable nur Anwendung finden kann, wenn sich von den vier oder mehr Nachbarländern zum gleichen Zeitpunkt mindestens vier in interne ethnische oder zivile Konflikte verwickelt sehen, dann stellt sich tatsächlich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Variable. Dieser Einwand wiegt umso schwerer, als dass es sich bei jener um die neben Regimetypp zweiteinflussreichste erklärende Variable im *GM* handelt.

Zur Relativierung dieser Kritik könnte man einwenden, dass zumindest in den Regionen und Ländern mit stärkerem strategischem Interesse für die USA zumindest die Basis von vier oder mehr Nachbarländern gegeben ist. Als Beispiel seien die beiden bedeutendsten südamerikanischen Staaten Argentinien und Brasilien genannt, im subsaharischen Raum die Gegend um die Großen Seen sowie im Nahen Osten Länder wie Afghanistan, Irak sowie Iran, in Ostasien China und in Südasiens Indien.

Die *Task Force* lässt die hohe Odds Ratio der Variable für sich sprechen und geht nicht weiter auf die an sich offensichtliche Problematik ein. Es lässt sich daher nicht ganz der Verdacht vermeiden, dass die *Task Force* frustriert durch die ungenügende Vorhersageperformanz der vorhergehenden Modelle (1994-2002) und dem damit einhergehenden Druck ihrer Auftraggeber, sich zu einer Art manipulativen Kunstgriff gezwungen sah, welcher die Vorhersagekapazität beträchtlich erhöhte. Denn die Anwendung dieser Variable in einem logistischen Regressionsmodell verspricht beinahe per definitionem eine hohe Odds Ratio. Ein Land, das von vier Staaten umgeben ist, welche allesamt von ethnischen oder zivilen Konflikten erschüttert werden, wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls in eine Welle der Gewalt schlitern. Mittelfristig endet diese Entwicklung mit ebenso hoher Eventualität in einer der Staatszerfallsdefinitionen der *Task Force*. Dass diese Variable im logistischen Regressionsmodell eine hohe Korrelation mit Staatszerfall zeigt, ist von Anfang an zu erwarten. Eine Erhöhung der Vorhersagegenauigkeit ergibt sich in Konsequenz ebenso. Vor allem wenn man bedenkt, dass das Modell und die ihm zugeschriebene Vorhersagekraft sich auf *in-sample*-Tests beschränkt, das heißt die Gültigkeit des Modells und seiner Schlüsselvariablen begrenzt sich auf die Verifizierung der historischen Stichproben der Problem- und Kontrollsätze (zur Kritik an dem reinen *in-sample*-Verfahren siehe Kapitel

IV.2.3.). Dies führt weiter zu der Frage, ob die Variable oder besser gesagt deren Konzeptualisierung tatsächlich wie von der *Task Force* behauptet, rein quantitativ-rechnerisch ihren Weg in das Endmodell fand. Jener Verdacht kann sowohl im Falle dieser Variable wie auch im Falle der erklärenden Variable Handelsoffenheit nicht völlig ad absurdum geführt werden. Die mangelnde Klarheit und fehlende methodologische Reflexion in den *Task Force* Berichten tut in diesem Zusammenhang ihr übriges, um solche Verdachtsmomente zu nähren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Variable „four bordering states with major civil or ethnic conflict“ als Messvariable für „bad neighborhood“ laut den Ergebnissen des *GM* einen relevanten Faktor in der Vorhersage und auch Erklärung von Staatszerfall darstellt. Bestätigt wird dies aus Erfahrungen der Friedens- und Konfliktforschung. Die Überprüfung der kausalen Verortung bestätigte die Position als unabhängige Variable. Kritisch hingegen ist die Konzeptualisierung der Variable zu betrachten, die den Verdacht aufkommen lässt, dass diese eher als Selbstzweck zur Verbesserung der Vorhersagekapazität des Modells dient, ohne Rücksicht auf eine spätere sinnvolle Anwendung in *out of sample*- Situationen. Zudem stellt jene Variable die Sinnhaftigkeit des Modells auch in soweit in Frage, als dass man sich ernsthaft mit der Frage konfrontiert sieht, wieso man überhaupt ein komplexes Frühwarnmodell Modell braucht, wenn man ausschließlich auf Basis dieser einen Variable ohne jeglichen Rechenprozess einen Staat als gefährdet einstufen könnte, sobald vier an ihn angrenzende Länder sich in internen, gewaltsam ausgetragenen Konflikten befinden.

2.2.5. Regimotyp

Die *Task Force* konstatiert in ihrer Einschätzung hinsichtlich der Relevanz der einzelnen Schlüsselvariablen, „that regime type is overwhelmingly the dominant factor behind revolutions, ethnic wars, and adverse regime changes“ (Goldstone et al. 2005: 2).

Diese Aussage sollte man insoweit relativieren, als dass sich diese auf eine Kategorialvariable bezieht, welche in ihrer Gesamtausprägung sechs verschiedene, sich gegenseitig ausschließende Kategorien umfasst, die sehr unterschiedliche Odds Ratio im *GM* erzeugen. Von diesen sechs Kategorien heben sich aufgrund ihrer hohen Odds Ratio drei besonders hervor: Zum einen *autocracies with some political competition* mit einer Odds Ratio von 8,2, *weak full democracies* mit einer Odds Ratio von 12,8 sowie *weak partial democracies* mit der bei weitem höchsten Odds Ratio von beinahe 30 (siehe Tabelle 4). Alle drei aufgezählten Kategorien verbindet ein Element, welches von der *Task Force* mit „inconsistency breeds instability“ resümiert wird. Sowohl Autokratien mit einem gewissen Maß an politischem

Wettbewerb, als auch schwache (Voll-) Demokratien und schwache partielle Demokratien repräsentieren Regime, „that blend open and closed patterns“ und sind dadurch weit anfälliger für politische Instabilität, denn Regime „that show similar patterns across all dimensions of political authority“ (Bates et al. 2003: 43).

Die Hypothese, dass inkonsistente Regimeformen, demokratische und autoritäre Muster verbindend, sich als sehr krisenanfällig zeigen, wird von einer Vielzahl an Studien bestätigt. Zur Benennung dieses Phänomens wird oft auch der Terminus „anocracies“ verwendet.

Exemplarisch verwiesen sei auf eine Reihe wegweisender Studien in diesem Themenkomplex:

- Sartori, Giovanni 1976: *Parties and Party Systems*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Powell, Bingham G. 1982: *Contemporary Democracies: Participation, Stability, and Violence*, Cambridge: Harvard University Press.
- Muller Edward N./ Weede Erich 1990: *Cross-National Variation in Political Violence: A Rational Action Approach*, in: *Journal of Conflict Resolution*: Vol 34, Nr. 4, S. 624–51.
- Mansfield, Edward/ Snyder, Jack 1995: *Democratization and the Danger of War*, in: *International Security*: Vol. 20, Nr. 1, S. 5–38.
- Hegre, Håvard et al. 2001: *Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Change, and Civil War, 1816-1992*, in: *American Political Science Review*: Vol. 95, Nr. 1, S. 33–48.
- Fearon, James D./ Laitin, David D. 2003: *Ethnicity, Insurgency, and Civil War*, in: *American Political Science Review*: Vol 97, Nr. 1, S. 75–90.

Kings und Zengs Ergebnisse im Zuge ihrer statistischen Überprüfung des Phase II Modells bestätigen ebenfalls das hohe state failure Risiko für partielle Demokratien im Verhältnis zu Demokratien und Autokratien; gut ersichtlich anhand des Kurvenverlaufs in Abbildung 4. Besagte Untersuchung von King und Zeng beschränkt sich allerdings auf ein Modell, welches zum damaligen Zeitpunkt nur mit einer 3er Kategorie arbeitete, bestehend aus Demokratie, partieller Demokratie und Autokratie. Diese Studie kann man deswegen lediglich für den spezifischen Fall der partiellen Demokratie als Bestätigung für die *Task Force* Ergebnisse anführen.

Hinsichtlich der Position der Kategorialvariable Regimetyp in der kausalen Struktur des *GM* ergibt sich erneut die Frage, ob nicht die Variable in ihrer kategorialen Ausprägung als schwache partielle Demokratie oder Autokratie mit einem gewissen Maß an politischem Wettbewerb nicht eher als Indikator dafür steht, dass der Staat sich bereits im Zerfallsprozess befindet.

Der *SFTF* Definition folgend, wird eine partielle Demokratie als schwach betrachtet “if checks on executive authority are [...] weak AND political competition is factional, restricted, uninstitutionalized, or repressed” (Bates et al 2003: 36; Hervorhebung im Original). Im Falle der Autokratie mit einem gewissen Maß an politischen Wettbewerb, „the executive does not control political competition, either by choice or by incapacity“ (ebd.). Im ersten Fall ist der Staat nicht in der Lage, den politischen Wettbewerb in institutionalisierten Bahnen zu lenken und ist deswegen versucht, diesen zu begrenzen oder ganz zu unterdrücken. Ein deutliches Zeichen für das Verlustiggehen von staatlicher Autorität und Macht. Dasselbe Argument lässt sich auf den zweiten Fall anwenden. Wenn die Herrschaftsgewalt trotz eines autoritären Anspruchs nicht mehr in der Lage ist, politischen Wettbewerb zu unterbinden, dann ist auch dies als Hinweis auf erodierende Machstrukturen zu verstehen; d.h. in beiden Szenarien erscheint Regimetyp dem Staatszerfall eher nach- denn vorgelagert.

Zusammenfassend lässt sich die Konsistenz mit anderen Forschungsergebnissen auf breiter Basis bestätigen, doch bleibt die genaue Verortung der Variable Regimetyp, zumindest hinsichtlich der drei benannten Subkategorien, im kausalen Gefüge ein ungeklärter Punkt. Angesichts der Zentralität dieser Variable für das *GM* könnte dies fatale Konsequenzen für die Policy-Relevanz und die kausalen Schlüsse, die aus dem Modell gezogen werden implizieren.

2.3. Kritische Analyse der kausalen Schlüsse und Effekte

Das *GM* positioniert Variablen, schätzt sowie quantifiziert kausale Effekte und mittels des Anspruchs auf Prognose geht es sogar über die reine Formulierung von kausalen Hypothesen hinaus, im Sinne von King et al.: „[...] any claim to accurate forecast is also implicitly a claim about causal structure“ (King/ Zeng 2001: 634).

Da es sich bei drei Fünfteln aller aufgeführten Variablen um sogenannte Indikatorvariablen handelt, welchen folglich keine direkte kausale Wirkung zugesprochen werden kann, ergibt sich ein Problem des fehlenden kausalen Zusammenhangs. Säuglingssterblichkeit wird als Wohlfahrtsindikator verwendet, ethnische und zivile Konflikte in Nachbarstaaten als Messeinheit für den Einfluss von „Bad Neighborhood“ und staatliche Diskriminierung von Minderheiten als Anzeiger für soziale Polarisierung.

Die *Task Force* formuliert explizit, dass es ihr Ziel sei „to assess and explain the vulnerability of states around the world to political instability“ (Bates et al. 2003: vii). Doch “causal assessment requires inference” (Collier et al. 2005: 42).

Es sind die Schlüsselvariablen des *GM*, die der *Task Force* zur kausalen Schließung dienen. Doch kann man kausale Schlüsse ziehen basierend auf Variablen, die lediglich als Stellvertreterindikatoren für ganze Cluster von weiteren Variablen agieren?

Bereits 2002 polemisierte Schrodts, wenn auch eher bezugnehmend auf die allgemeine Performanz der Frühwarnforschung, denn mit expliziter Referenz auf das *GM*:

„For example, if a model indicates that infant mortality is a strong correlate of state stability, but in fact infant mortality is simply a surrogate indicator for a cluster of other variables that are the “true” causes, then efforts to reduce infant mortality, however meritorious in their own right, will have only limited effects on state stability. This confusing of correlation and causality is probably one of the main reasons that forecasting has gotten such a bad name” (Schrodts 2002: 3).

Diese Kritik trifft nur bedingt das *GM*, denn die *SFTF* ist sich sehr wohl bewusst, dass sie mit Indikatoren arbeitet, und dass eine Policy-Maßnahme mit der Zielvorgabe Säuglingssterblichkeit zu senken, keinen direkten Einfluss auf *state failure* haben würde. Der *Task Force* eine Verwechslung von Kausalität und Korrelation zu unterstellen wäre ignorant und anmaßend. Nichtsdestotrotz bleibt die Frage, wie man kausale Effekte schätzbar und quantifizierbar macht, wenn die Basis für diese Schätzung zu einem überwiegenden Teil auf Indikatorvariablen beruht; ergo eine direkte kausale Beweisführung eigentlich nicht möglich ist. Die Klassiker der sozialwissenschaftlichen Methodenliteratur wie King et al. oder auch Brady und Collier gehen auf diese Problematik nicht ein. Ebenso wenig wird dies von King und Zeng oder auch Daun in ihrer Revision des *GM* thematisiert, da im 1998er Modell nur eine einzige „proxy variable“ (Säuglingssterblichkeit) verwendet wird und nicht drei von fünf wie im aktuellen Modell.

2.4. Kritische Analyse der datenanalytischen Methoden

Anspruch und Aufgabe der *Task Force* ist es, „to develop statistical models that can accurately assess vulnerability to instability two years hence and can identify key risk factors of interest to policymakers” (Bates et al. 2003: vii). Doch der von der *SFTF* in ihren Berichten erzeugte Eindruck, dass es sich bei dem *GM* um ein rein statistisches Modell handelt, täuscht. Schon die Erstellung des Grundstocks von mehr als 1000 erklärenden Kandidatenvariablen erfolgte in einem rein qualitativen Schritt, in Form der in Kapitel IV 1.3. beschriebenen Experten-Panels. Hier wäre zunächst in einer methodologischen Kritik einzuwenden, dass diese Panels zwar Erwähnung in den *Task Force* Berichten finden, doch nicht dargelegt wird, auf welcher Basis die Auswahl der Kandidatenvariablen erfolgte, ergo ob theoriegeleitet oder nicht. Danach erfolgte die erste de facto quantitative Präselektion mittels t-Test und Chi-Quadrat-

Test Verfahren und anschließend die Anwendung des logistischen Regressionsmodells in dessen Verlauf “[...] we have tested literally hundreds of independent variables and [...] their interactions and rates of change” (Goldstone et al. 2005: 6).

Nähme man die *Task Force* beim Worte, hieße das, dass sie einige hundert Variablen auf ihre Signifikanz und zudem auf ihre Interaktion getestet hat. Dies erscheint jedoch sehr unwahrscheinlich. Wenn die *Task Force* tatsächlich einige hundert Variablen mit rein statistischen Mitteln auf ihre Interaktion hin untersuchen würde, bedeutete dies, dass sie vermutlich erst in einigen hundert Jahren zu einem Ergebnis fände. King und Zeng wiesen bereits für das 1998er Modell nach, in welchem zu diesem Zeitpunkt je 31 erklärende Variablensets in multivariaten Regressions- und Neuralen Netzwerkmodellen auf ihre Interaktion getestet wurden, dass

„[...] the number of combinations of explanatory variables that could have been tested in this way is over 773 million (if each combination took 10 seconds to run and evaluate, it would take 245 years to complete them all)” (King/ Zeng 2001a: 626).

In Anbetracht dessen liegt die Vermutung nahe, dass auch in diesem vorgeblich rein quantitativen Prozess das qualitative Wissen der *Task Force* Mitglieder Einfluss auf den Selektionsprozess der Kandidatenvariablen nahm. Diese Vermutung wird zudem verstärkt durch die in Kapitel IV 2.2.1. aufgezeigten Unstimmigkeiten, die den Verdacht aufkommen ließen, dass einige Variablen (z.B. Handelsoffenheit) eher aus ideologischen Motiven denn aufgrund der tatsächlichen Rechenergebnisse Eingang in das Endmodell fanden.

Hierbei ist wohlgermerkt nicht der Einsatz von qualitativen Mitteln an sich zu kritisieren, sondern vielmehr deren mangelnde intersubjektive Überprüfbarkeit aufgrund der fehlenden oder zumindest nur unzureichend offengelegten theoretischen Konzeptionen der *Task Force*. Es ist so nicht allumfassend möglich, die Schlussfolgerungen der *SFTF* aus der Datenanalyse, weder empirisch noch theoretisch nachzuvollziehen, geschweige denn zu überprüfen. Diese nicht gegebene intersubjektive Überprüfbarkeit stellt somit grundsätzlich das Forschungs- und Modelldesign der *Task Force* in Frage.

2.5. Kritische Analyse der Vorhersage- und Erklärungsperformanz des GM

Das *SFP* war in der Lage die Prognostizierbarkeit ihrer Modelle im Laufe des mittlerweile zwölf Jahre währenden Forschungsprozesses von einer Vorhersagegenauigkeit, die nicht so weit von der 50/50 Wahrscheinlichkeit eines Münzwurfes entfernt lag (67%), auf „over 80% accuracy in the historical data across several random samples“ zu steigern (Goldstone et al. 2005: 2).

Abgesehen davon, dass für „effective policy response“ nach eigenen Aussagen der *Task Force* eine mehr als 90%ige Vorhersagegenauigkeit verlangt ist (siehe Esty et al. 1998: 29), setzt die Kritik in dem im obigen Zitat wie eine Nebensächlichkeitsangabe erwähnten Aspekt an, dass die gesamte Prognosegenauigkeit auf *in-sample*-Tests des historischen Datenmaterials der *SFTF* beruht. Auch in diesem Fall zeigt der erste umfassende *Task Force* Bericht aus dem Jahre 1998 ein höheres Maß an Reflexion als die im Verlauf von elf Jahren nachfolgenden drei weiteren *Task Force* Berichte (vgl. Kapitel IV 2.2.1). Im Phase II Bericht wird zumindest einschränkend angemerkt, dass die “models are based on historical analysis. It remains to be [sic!] demonstrated that they will be equally accurate in identifying prospective cases of state failure” (Esty et al. 1998: 29). In den weiteren Berichten wird dazu in keiner Weise Stellung bezogen.

Damit einher geht jedoch ein zentrales methodologisches Problem. Wenn die gesamten Modelltestreihen, wie im Falle der *Task Force* auf einem einzigen historischen Datensatz beruhen, dann wächst damit die Gefahr der Idiosynkrasie. Mit ausschließlich auf *in-sample*-Test beruhenden Vorhersageversuchen gestaltet es sich schwierig, korrekt zu erfassen, ob das Modell tatsächlich die kausale Struktur, die Staatszerfall zu Grunde liegt, aufdeckt oder lediglich die spezifischen Merkmale der aus dem Datensatz entnommenen Stichproben. Die Treffgenauigkeit des GM von etwas mehr als 80% beschränkt sich folglich auf die Problem- und Kontrollsätze, die bereits zur Generierung des Modells verwendet wurden. Dies impliziert, dass das Modell mit Daten arbeitet, die es bereits aus den Modelltestreihen kennt. Bestätigt wird diese Annahme durch Aussagen der *Task Force*:

“We generally include **all** available “problems” (onsets of instability) in each of the three samples used to explore the historical data” (Bates et al. 2003: A-11, eigene Hervorhebung).

Wenn die *Task Force* aber alle verfügbaren Daten bereits in den Stichproben verwendet, dann bleiben keine Daten übrig für *out-of-sample*-Test, also für Daten, die das Modell noch nicht zuvor “gesehen” hat. Es ist so nicht völlig auszuschließen, dass die Eigenschaften der ausgewählten Fälle gewisse Spezifika widerspiegeln, die nicht der eigentlichen

Grundgesamtheit entsprechen. Die Konsequenzen in diesem Fall für das *GM* wären fatal. Denn auf Basis des aufgrund dieser Spezifika verzerrten Datensatzes würde auf ein Modell geschlossen, das in Folge auf einer ebenso verzerrten Grundlage aufbauen würde. Jenes Modell würde dann durch die selben verzerrten Fälle des Datensatzes wieder überprüft werden. Dies macht es beinahe unmöglich zu bestimmen, ob das Modell eine „wahre“ kausale Struktur aufdeckt oder sich auf die idiosynkratischen Besonderheiten des Datensatzes beschränkt. Doch wie bereits King und Zeng betonten:

„[...] any claim to accurate forecasts is also implicitly a claim about causal structure“ (King/ Zeng 2001: 634).

Generell resümierend und beziehend auf die Aussage von King und Zeng kann man urteilen, dass allein aufgrund der fehlenden *out-of-sample* Tests der Nachweis über die Gültigkeit der kausalen Strukturen nicht zu erbringen ist, und damit auch die Genauigkeit der Prognose als limitiert einzuschätzen ist.

Der Beitrag des Modells zur Erklärung des Phänomens Staatszerfall beschränkt sich auf induktiv abgeleitete Kausalhypothesen, die allem Anschein nach in keinen theoretischen Kontext gesetzt wurden. Nach Volker Dreier ist jedoch die Festlegung einer Kausalbeziehung theoretisch zu begründen, und kann nicht allein auf Grund eines hohen Wertes in der statistischen Assoziation geschlussfolgert werden (Dreier 2006: 81). Im Zuge der Kausalhypothesen des *GM* wurde aber genau dies getan. Die hohe statistische Korrelation, das heißt die von den Schlüsselvariablen erzeugte Odds Ratio ließ man für sich sprechen, ohne eine Kausalität theoretisch zu untermauern. In Konsequenz beruhen diese Hypothesen zumindest teilweise auf nicht nachvollziehbaren Annahmen (siehe etwa die erklärende Variable Handelsoffenheit), erscheinen in einem selbstevidenten Licht (siehe vier oder mehr Nachbarstaaten mit internen Konflikten) oder verfügen als Indikatorvariable (siehe Säuglingssterblichkeit) über keine direkte kausale Erklärungskraft. Ebenso wie im Bereich der Vorhersage kommt man auch in Bezug auf die Erklärungsperformanz des *GM* zu dem Urteil, dass es seinen eigenen Ansprüchen nur unzureichend gerecht wird.

V. Anwendung des Global Model auf Kolumbien und Angola

Im vorliegenden Kapitel sollen die mittels des *GM* gezogenen kausalen Schlüsse, aus ihrem bisher rein theoretischen Rahmen gelöst und anhand zweier konkreter Fallbeispiele überprüft werden. Dafür wird nach einem historischen Abriss über die Entwicklung des Kriegsgeschehens in beiden Ländern zunächst die Outcome-Variable, wie sie in den Datensätzen der *Task Force* für Kolumbien und Angola erfasst wird, dargelegt und analysiert. In einem weiteren Schritt sind dann die fünf Schlüsselvariablen in ihrer konkreten länderspezifischen Ausprägung aus dem *Task Force* Datensatz zu isolierten und auf ihre Erklärungskraft hinsichtlich der Outcome-Variable Staatszerfall (Revolutionskrieg) zu untersuchen.

1. Historischer Abriss der Kriegsgenese und Akteure in Kolumbien und Angola

1.1 Kolumbien

Kolumbien gilt einerseits als formal älteste und stabilste Demokratie Lateinamerikas, andererseits befindet sich Kolumbien seit gut 100 Jahren in einem beinahe permanenten Zustand des Low-Intensity-Bürgerkrieges (vgl. Azzelini 2002: 115, Kurtenbach/ Gratius 2003: 53ff.). Die historischen Wurzeln hierfür verortet die Fachliteratur überwiegend im oligarchisch geprägtem Zweiparteiensystem (dem sogenannten „bipartidismo“) Kolumbiens, welches in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts entstand und sich aus Konservativen und Liberalen zusammensetzt. Machtkämpfe zwischen beiden Blöcken wurden zumeist auf kriegerischem Wege ausgetragen, die jeweils unterlegene Seite aber in der Regel in das herrschende System kooptiert. Diese Bürgerkriege erstreckten sich fast nie auf das gesamte kolumbianische Territorium und hatten ihren Fokus zumeist im schlecht erschlossenen ruralen Raum des Südostens. Die größte Explosion an Gewalttätigkeit im 20. Jahrhundert erlebte Kolumbien im Zuge des blutig ausgetragene Konfliktes zwischen den Vertretern des bipolaren kolumbianischen Parteiensystems in Folge des tödlichen Attentates auf den liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán im April 1948 in Bogotá. Anhänger Gaitáns reagierten auf seine Ermordung mit einem zunächst auf Bogota beschränkten Aufstand, der unter dem Namen „Bogotazo“ in die geschichtlichen Analen Kolumbiens einging. Jener Aufstand hatte zwar seinen Ausgang in der Hauptstadt doch verlagerte er sich bald in die ländlichen Provinzen. Von 1948 bis 1960 bekämpften sich vor allem konservative

und liberale Gruppierungen in Guerillamanier in einem blutigen Bürgerkrieg, bekannt geworden unter der Bezeichnung „La violencia“⁶⁵, welcher bis zu seinem Ende mehr als 300 000 Tote fordern sollte. Neben den liberalen und konservativen Gruppierungen, etablierten sich zum ersten Mal aber auch kommunistisch geprägte Guerillagruppierungen. Erst einem Bündnis zwischen liberalen und konservativen Führungskräften gelang die Beendigung des Bürgerkrieges. Zu diesem Zwecke begründeten sie einen Elitenpakt, welcher die gesamten Regierungsfunktionen de facto zwischen beiden politischen Kräften langfristig aufteilte und den Präsidentenposten in einem Vierjahreszyklus zwischen Liberalen und Konservativen rotieren ließ. Die *Frente Nacional*, so die offizielle Bezeichnung des Elitenpaktes, hatte offiziell bis 1976 Bestand, allerdings verorten viele Autoren das tatsächliche Ende des exklusiven Zweiparteiensystems zumeist erst mit der Verfassungsreform von 1991.

Die *Violencia* und der aus ihr resultierende Elitenpakt stellen auch die Geburtsstunde der beiden zentralen Guerillagruppierungen Kolumbiens dar, welche bis heute das Bild des Bürgerkrieges in Kolumbien prägen; die FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo) sowie die ELN (Ejército de Liberación Nacional)⁶⁶. Zwar gelang der *Frente Nacional* die Integration der liberalen Guerilla nach bewährtem Musters, doch verweigerten sich die kommunistischen Guerillagruppierungen diesen Kooptationsversuchen, denn die paritätische Machtaufteilung zwischen Liberalen und Konservativen schloss hermetisch jegliche politische Beteiligung außerhalb dieser Konstellation aus.

Um ihr Herrschaftsmonopol wiederherzustellen, versuchte die in der *Frente Nacional* zusammengeschlossene kolumbianische Oligarchie, die Selbstverwaltungsgebiete, die die kommunistischen Guerillagruppen im Verlauf der *Violencia* in den von ihnen kontrollierten Gebieten errichtet hatten, militärisch zu zerstören. Ein Großteil der Bauernschaft, die in den selbstverwalteten Zonen keinen Schutz mehr finden konnten, flüchteten aus den Kampfgebieten. Aus dieser Flüchtlingsbewegung heraus entstand die Anfangs in Tradition bäuerlicher Selbstverteidigung im Jahre 1964 gegründete FARC-EP, die sich selbst als

⁶⁵ Als zentrales Werk zur *Violencia* sei verwiesen auf Gonzalo Sánchez und Donny Meerteens Monographie: „Bandits, Peasants and Politics. The Case of “La Violencia” in Colombia“.

⁶⁶ Neben FARC und ELN existierten im Laufe der 1960er, 1970er und 1980er Jahre noch drei weitere Guerillagruppen: Der Quintín Lame, das M-19 sowie die EPL (Ejército Popular de Liberación). Die bekannteste unter ihnen war die 1974 gegründete, an den Tupamaros orientierte Stadtguerilla M-19, welche allerdings 1990 auf ein Friedensangebot der kolumbianischen Regierung einging, und mittlerweile in das politische System kooptiert wurde. Auch die maoistische ELN und der Quintín Lame (eine rein auf Selbstverteidigung ausgelegte indigene Guerilla) legten Anfang der 1990er Jahre die Waffen zum großen Teil nieder. Zudem erreichten sie nie die politisch-militärische Bedeutung wie FARC und ELN (siehe etwa Wickham-Crowley 1993: 22ff).

marxistisch-leninistisch definiert. Die FARC repräsentieren die einzige Guerillagruppierung in Lateinamerika, welche über einen genuin bäuerlichen Entstehungskontext und ebenso geprägte Führungskader verfügen (siehe hierzu das Standardwerk zur lateinamerikanischen Guerilla von Wickham-Crowley 1993: 24ff.). Zwei Jahre zuvor, 1962 kam es zur Gründung der ELN auf der Basis von 20 Gründungsmitgliedern. Inspiriert von der kubanischen Revolution und der Befreiungstheologie, lag ihr Aktionsraum ebenfalls in den peripheren ruralen Zonen Kolumbiens, die Mitglieder selbst rekrutierten sich allerdings beinahe ausschließlich aus dem universitären Milieu. Beide Gruppierungen operierten in den ersten drei Jahrzehnten wie bereits angesprochen in den geographischen Randgebieten Kolumbiens. Abgesehen von einigen kleineren Scharmützeln mit Armeepatrouillen, die zudem oft zu ihren Ungunsten ausfielen, stellten sie keine immanente Gefahr für die urbanen Zentren in denen rund 80% der Kolumbianer leben sowie die dort ansässige politischen Elite dar. Anders als im angolanischen Fall zeigte sich die finanzielle und militärische Unterstützung von Seiten Kubas und der Sowjetunion als sehr beschränkt.

Ab Gründung der ELN und FARC lässt sich die Entwicklung des Revolutionskrieges grob in zwei Phasen⁶⁷ einteilen. In einer ersten Phase, die sich von 1962 bis 1984 datieren lässt, zeigt sich das Operationsgebiet sowie die Truppenstärke als sehr limitiert. Man schätzt die FARC in diesem Zeitraum auf 400-600 sowie die ELN auf maximal 100-200 KämpferInnen (siehe etwa Gutiérrez 2003: 7f.). Der Revolutionskrieg tritt in seine zweite, eskalierende Phase, als im Frühjahr 1982 die FARC als stärkste Guerillagruppierung auf ihrem VII. Nationalkongress einen strategischen Achtjahresplan entwickelt, der die Ausweitung der Kampfhandlungen mit dem Ziel der definitiven Machtergreifung zum Objektiv hat. Den Schlüssel zur Machtübernahme sieht die FARC in der verstärkten Akquirierung von militärischen Potenzial mittels des zuvor aus ihrer marxistischen Perspektive scharf verurteilten Drogenanbau und –verkaufs⁶⁸ (siehe etwa Labrousse 1999: 323f.). Innerhalb eines Jahrzehnts vervierzigfacht sich die Truppenstärke der FARC von 400 bis 600 im Verlauf der 1980er Jahre auf mehr denn 20.000 Guerilleros (mit einem Frauenanteil von 30%⁶⁹) Ende der 1990er Jahre. Verfügte die

⁶⁷ Diese Phaseneinteilung erfolgt eigenständig durch den Autor und reflektiert keine wissenschaftlich etablierte Einteilung.

⁶⁸ Wobei die FARC sich von Beginn an kaum dem direkten Anbau oder Verkauf gewidmet hat, sondern vielmehr diese Bereiche mit 10-20% besteuert. Des weiteren taxiert die FARC in den von ihnen kontrollierten Zonen den Zugang zum Rohstoffmarkt, die Erlaubnis des Betriebs von Laboratorien, Nutzung von Flugzeugen und Landepisten (siehe etwa Labrousse 1991: 311, Thoumi 2003: 104f., Nieto 2001: 22).

⁶⁹ The United Nations Development Fund for Women spricht sogar für das Jahr 2004 von 45% Frauenanteil in der kämpfenden (!) Truppe (siehe <http://www.womenwarpeace.org/colombia/colombia.htm>, rev. 2006-19-29).

FARC 1984 über 27 „frentes“⁷⁰, so steigerte sich dies auf 60 Mitte der 1990er Jahre und erreichte seinen anhaltenden Zenit mit zirka 80 „frentes“ ab dem Jahre 2000 (siehe etwa Guáqueta 2003: 77f.). Die ELN erlebt im gleichen Zeitraum eine ähnliche Steigerung in relativen Zahlen von 100 auf zirka 6000 KämpferInnen. Allerdings erleidet sie Anfang der 2000er Jahre schwere Verluste und wird mittlerweile auf nur noch 2000 GuerillakämpferInnen geschätzt (Gutiérrez 2003: 7f., Bliesemann de Guevara 2002: 62f.).

Hinter dieser enormen Steigerung an Kampfkraft stehen/standen zwei zentrale Aspekte. Zum einen sind sicherlich die gestiegenen Einnahmen der Guerilla zu nennen, welche im Falle der FARC hauptsächlich auf der Drogentaxierung und im Falle der ELN auf der Schutzgelderpressung⁷¹ beruhen. Nach einer Studie des kolumbianischen Nationalen Planungsamtes (Departamento Nacional de Planeación - DNP) werden allein die Einnahmen der Guerilla im Zeitraum von 1991-1996 auf 3,6 Mrd. US\$, geschätzt. Dies entspräche rund 5% des BIP im selben Zeitraum. Die Einnahmen gliedern sich der selben Quelle zu Folge in 45% Drogengelder, 27% Schutzgelderpressung sowie 22% aus Entführungen auf (zitiert nach Nieto 2001: 19, ähnliche Zahlen nennt auch Guáqueta 2003: 81f.). Die aktuellste verfügbare Einkommensschätzung, welche sich auf das Jahr 2002 bezieht, estimiert für die FARC rund 400 Mio. US\$ sowie 35 Mio. US\$ für die ELN. Aufgefächert wird die Einkommensverteilung der Guerilla für dieses Jahr wie folgt: 44,4% Taxierung des Drogenhandels- und -anbaus, 27,4% Erpressung, Raub, 21,9% Entführungen, 6,3% Investitionen sowie Regierungsgelder aus von der Guerilla kontrollierten Gemeinderegierungen (Thoumi 2003: 105f., ähnliche Zahlen nennt Council on Foreign Relations 2005: <http://www.cfr.org/publication/9272/#4>, rev. 2006-06-23).

Zum anderen konnte die Steigerung des militärischen Potenzials, vor allem hinsichtlich der Truppenstärke aber auch nur deswegen so schnell realisiert werden, da sich die kolumbianischen Streitkräfte Ende der 1980er Jahre in einer Art des doppelten Krieges verwickelt sahen. Auf der einen Seite der Drogenkrieg, initiiert vom Calí und Medellín Kartell, welcher in dieser Phase den kolumbianischen Staat weit mehr herausforderte, denn

⁷⁰ „Frente“ entspricht einer Kampfeinheit von rund 200 KämpferInnen. Die interne Organisation der FARC gliedert sich nach rebelleneigenen Angaben allgemein wie folgt: Escuadra (Basiseinheit aus 12 Kämpfern), Guerrilla (= 2 Escuadras/24 Pers.), Compañía (= 2 Guerrillas/48 Pers.), Columna (= 2 oder mehr Compañías); Frente (mehr als zwei Columnas), Bloque (= 5 oder mehr Frentes). Der Bloque koordiniert und eint die Aktivitäten der Frentes in einer spezifischen geographischen Zone; die Generalstäbe der Bloques werden durch den zentralen Generalstab ernannt welcher das höchste Entscheidungsgremium der FARC repräsentiert (nach Bliesemann de Guevara 2002: 63).

⁷¹ Allein im Jahre 2000 sprengte die ELN 98mal die zwei zentralen Erdölpipelines Kolumbiens und konnte in Folge über 140 Mio. US\$ an Schutzgeldern von westlichen Erdölkonzernen einfordern (siehe Ross 2003: 62).

die Guerillagruppierungen und eine große Anzahl an Kampftruppen band. Auf der anderen Seite die gestiegene militärische Aktivität der Guerillagruppierungen, die, angesichts des im Drogenkrieg versinkenden Staates, sich zum ersten Mal in der Geschichte zu einer Dachorganisation, der *Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar* zusammenfanden (siehe Pizarro 2001: 19, Bliesemann de Guevara 2002: 53).

Das kolumbianische Militär verfügte zu diesem Zeitpunkt zudem über eine im lateinamerikanischen Vergleich geringe Mannstärke. So zählten Kolumbiens Streitkräfte 1982 insgesamt 83.802 Mann, was einer Rate von drei Soldaten pro 1000 Einwohner entspricht, im Verhältnis zu 4,8 im damaligen lateinamerikanischen Durchschnitt. Dieser Wert wurde im Laufe der 1990er Jahre auf 4,1 angehoben (152.000 Soldaten), allerdings lag er auch in den 1990er Jahren immer noch unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von dann 4,6⁷² (Ladrón de Guevara et al. 2000: 4f.), ebenso wie das Verteidigungsbudget von durchschnittlich 3,7% des BIP⁷³. Dies erstaunt um so mehr, als dass nach dem Ende des Kalten Krieges kein anderes lateinamerikanisches Land sich auch nur annähernd mit einer ebenso starken Guerilla konfrontiert sah wie Kolumbien. Wenn man zudem von diesen 150.000 Soldaten noch die 17.000 Mitglieder zählende Luftwaffe sowie die 11.000 Mann starken Seestreitkräfte abzieht, und bedenkt, dass das Einberufungsgesetz Abiturienten⁷⁴ von Kampfeinsätzen ausschließt und diese nur mit militärisch-administrativen Aufgaben betraut werden können, was eine enorme Militärbürokratie zur Folge hat, dann begrenzen sich die direkt für Kampfeinsätze verfügbaren Soldaten auf rund 30.000 bis 40.000 (siehe Isacson 2000: 76f., Ladrón de Guevara 2000: 3, Marcella/ Schulz 1999: 29f., Blumenberg 2002: 7).

Von diesen Kampftruppen sind wiederum ein beträchtlicher Teil örtlich gebunden, da sie zur Sicherung von sensiblen infrastrukturellen Punkten, wie etwa Öltraffinerien und Pipelines abgestellt werden. Dem entgegen steht die von den US-amerikanischen Militärexperten Gabriel Marcella und Donald Schulz vom *Strategic Studies Institute* des *U.S. Army War College* für Aufstandbekämpfung entwickelte Faustregel, nach der “a successful counter-insurgency requires a ratio of 10 soldiers to 1 guerrilla“ (Marcella/ Schulz 1999: 30). Angesichts dieser Zahlen, sowie eingedenk der geografischen Ausmaße Kolumbiens, welches

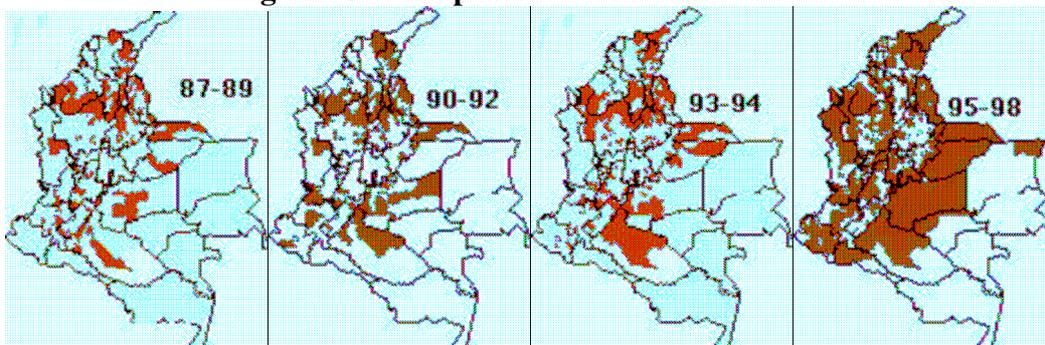
⁷² Beispielsweise verfügte El Salvador im gleichen Zeitraum über ein 60 000 Mann starkes Herr, bei 1/50 der Ländfläche Kolumbiens sowie 6 Mio. versus 40 Mio. Einwohnern (Marcella/ Schulz 1999: 28, ergänzt um CIA Factbook).

⁷³ Ergänzend müsste jedoch nachgetragen werden, dass Kolumbien im Rahmen des Plan Colombia seit 2000 bis 2006 3,8 Mrd. US\$ zur militärischen Aufrüstung und Drogenbekämpfung zur Verfügung gestellt bekam. Mehr als die gesamten Hilfsleistungen für den Rest des Subkontinents zusammengenommen (siehe Isacson 2006: 1).

⁷⁴ Abiturienten stellten bis Ende der 1990er Jahre zirka 40 000 Mann in den kolumbianischen Streitkräften (siehe etwa Guáqueta 2003: 77 oder Isacson 2000: 3).

mit mehr 1.138.910 km² etwa so groß ist wie Deutschland, Frankreich und Italien zusammengenommen, und der Tatsache, dass die FARC und ELN mittlerweile in mehr als der Hälfte⁷⁵ der 1000 Gemeinden Kolumbiens präsent sind, erklärt sich die anhaltende militärische Pattsituation, welche auch langfristig kaum lösbar scheint. Die Präsenz der Guerilla in zirka 600 Gemeinden ist zwar nicht gleichbedeutend mit einem totalen Rückzug des Staates aus diesen Gebieten, doch heißt dies zumindest, dass das Gewaltmonopol wenn auch nicht definitiv gebrochen, so doch in mehr als der Hälfte des Landes permanent umkämpft ist.

Abb. 4. Ausweitung der Guerillapräsenz⁷⁶ von 1987-1998



Quelle: Rubio 1999: 8

Auf den Karten des kolumbianische Konfliktforschers Mauricio Rubio (Abb. 5), welche allerdings nur bis 1998 geführt wurden, ist die räumliche Ausbreitung und indirekt auch die wirtschaftlich-ideologische Entwicklung der Guerilla gut nachvollziehbar. Ausgehend von ihrem historischen Entstehungsraum im kleinbäuerlich geprägten nördlich-andinen Hochland weitete sie sich im Verlauf eines Jahrzehnts auf drei zentrale strategische Regionen aus. Die territoriale Ausbreitung erfolgt allem Anschein nach der Finanzierungsstrategie der Guerilla.

1. Die Grenzregionen zu Venezuela um Guajira sowie grundsätzlich die an den Atlantik sowie Pazifik angrenzenden Regionen, welche als zentrale Schmuggelrouten für ganz Südamerika gelten, aufgrund des nur Kolumbien eigenen Vorteils, an zwei Ozeane anzugrenzen; Objektiv: Kontrolle und Nutzung von Schmuggelrouten.

⁷⁵ Schätzungen sprechen von ungefähr 600 Gemeinden. Im Falle der FARC geht man von einer militärischen Präsenz in rund 450 Gemeinden aus, ergänzt um 150 im Falle der ELN (siehe Bliesemann de Guevara 2002: 63f.).

⁷⁶ Guerillapräsenz wird auf den Karten vermerkt, sobald jährlich mindestens zwei militärische Handlungen von Seiten der Guerilla registriert werden. Als militärische Aktionen gelten Kampfhandlungen, Massaker, und Entführungen.

2. Die wichtigsten kolumbianischen Erdölgebiete im Nordosten sowie Westen; Objektiv: Schutzgelderpressung und Entführungen im Kontext der dort ansässigen multinationalen Erdölunternehmen.
3. Die größte Zunahme an Guerillaaktivität ist in den südwestlichen Departements zu verzeichnen, welche als zentrale Kokaanbauflächen gelten; Objektiv: Taxierung des Drogenanbaus- und -verkaufs.

Während die unter eins und drei genannten Regionen der FARC zugeordnet werden können, ist die ELN vor allem in den Erdölgebieten präsent.

Die Strategie der territorialen und militärischen Expansion schien sich für die Guerilla, namentlich die FARC auszuzahlen. Ihrem Ziel, die Kontrolle über ein großflächiges Gebiet unter vollständiger Verdrängung staatlicher Akteure zu erlangen, kam die FARC 1999 am nächsten, als die kolumbianische Regierung unter Andrés Pastrana eine größere Waffenstillstandsinitiative auf die gouvernementale Agenda brachte. In den in diesem Kontext stattfindenden Friedensverhandlungen gelang es der FARC, die Regierung zu weitgehenden Konzessionen zu bewegen; so auch der Einrichtung einer autonomen Zone. In dieser 42 000 km² (was ziemlich genau dem Umfang der Schweiz entspricht) umfassenden Zone im Distrikt Caquetá verfügte die FARC nach dem offiziellen Abzug von Armee und anderen staatlichen Institutionen, über uneingeschränkte Kontrolle. In Konsequenz wurde in diesem Zusammenhang oft von einem „Staat im Staate“ gesprochen (siehe etwa Leongómez 2001: 28, Daun 2002: 79).

Wenn man sich allerdings die Besiedlungsdichte anschaut und die Zone in Bezug auf die Gesamtgröße Kolumbiens betrachtet, ergibt sich ein weniger spektakuläres Bild. Diese autonome Zone entsprach nur ungefähr 3,66% des kolumbianischen Territoriums. In diesem Territorium gibt es fünf Gemeinden mit zirka 100 000 dort lebenden Personen, was etwa 0,26% der kolumbianischen Gesamtbevölkerung entspricht. Ergo scheint es, Bezug nehmend auf diese Zahlen etwas vermessen, wie teilweise in der politikwissenschaftlichen Literatur geschehen, von einem „Staat im Staate“ zu sprechen. Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen im Jahre 2002 wurde der Status der entmilitarisierten, autonomen Entspannungszone wieder aufgehoben, und staatliches Militär in Bewegung gesetzt. Allerdings bleibt diese Region nach wie vor faktisch von der FARC kontrolliert.

Seit Ende der 1980er Jahre gesellte sich zu den zwei Polen Guerilla versus Staat noch ein dritter, ebenfalls nicht staatlicher Pol, die sogenannten „Paramilitärs“. Im Zuge der ersten Expansionsbestrebungen ab Mitte der 1980er Jahre erreichte die Guerilla die Viehzüchtergegenden Magdalena Medio, Uraba und Córdoba. Als Antwort auf diese Expansion und die mit ihr einhergehenden Erpressungen und Entführungen stellten die dort ansässigen Latifundistas mit Unterstützung des Militärs eigene Selbstverteidigungsverbände⁷⁷ auf. Etwa zur gleichen Zeit nutzten Teile der Drogenmafia den Exodus der von der Guerilla bedrohten Grundeigentümer, um großflächig Ländereien in diesen Gegenden zu erwerben. Als Reaktion auf Entführungen von Familienmitgliedern der Drogenhändler durch die Guerilla wurden Todesschwadronen organisiert, in denen auch Offiziere des Heeres vertreten waren. Die schon bestehenden Selbstverteidigungsgruppen wurden zunehmend abhängiger von Geldern der Drogenmafia (siehe Blumenberg 2002: 6f.).

1997 organisierten sich die meist autonom und nicht zentral gelenkten „Selbstverteidigungsverbände“ in dem als Dachverband agierenden AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) unter der Leitung von Carlos Castaño. Schätzungen hinsichtlich der Stärke der Paramilitärs schwanken zwischen 10.000 und 20.000 Mann (siehe beispielsweise McDermott 2002 oder UNHCR/ACNUR 2006). Finanziert wird der Paramilitarismus zum großen Teil (zu 80%) aus dem Drogenhandel. Ähnlich wie die FARC eher aus der Taxierung denn der direkten Involvierung in den Drogenanbau und -handel: “We finance ourselves with what the coca growers produce, I have to recognize this. I charge them a 60 percent tax on what they earn.” So der AUC Führer Carlos Castaño in einem Interview mit der kolumbianischen Wochenzeitschrift *Cambio* im November 1999 (zitiert nach Isacson 2000: 3). Die Paramilitärs agieren schwerpunktmäßig in den Gebieten, in denen auch die Guerilla tätig ist. Ihr Kampf richtet sich jedoch meist nicht gegen die Guerilla selbst, sondern zielt mit Massakern und selektiven Mordaktionen, Entführungen und Erpressungen gegen deren angenommene Sympathisanten-, Informanten- und Unterstützerkreise in der Zivilbevölkerung. Etwa 75 bis 80% der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien werden den Paramilitärs zugeschrieben (siehe Human Rights Watch Report 2005). Ihre Kampfform hat weniger eine Dezimierung der Guerilla zur Folge, als vielmehr die Vertreibung aus den lukrativen Regionen des Kokaanbaus sowie des Erdölsektors.

⁷⁷ Es erscheint als Ironie der kolumbianischen Geschichte dass die FARC, einst aus der Tradition der bäuerlichen Selbstverteidigung gegen die Willkür der Liberalen und Konservativen Guerillas gegründet, nun, wenn auch sozial und historisch grundsätzlich anders motiviert, die Gründung von ebenfalls im ruralen Raum agierenden Selbstverteidigungsverbänden provozierte.

Anfänglich aktiv vom Staat unterstützt wurden die Paramilitärs 1990 auf Druck der USA und Menschenrechtsorganisationen offiziell für illegal erklärt. De facto besteht verschiedenen Analysen zu Folge die Kooperation zwischen Militär und Paramilitärs aber weiterhin fort (siehe etwa Isacson 2000: 3, Sanín/ Barón 2005: 8f.). Hinter der staatlichen Tolerierung⁷⁸ von paramilitärischen Einheiten zur Bekämpfung der Guerilla steht ein Teufelskreis, welcher mittel- bis langfristig den Staat noch weiter schwächen wird. Aufgrund der bereits existierenden Schwäche des Staates sieht dieser sich gezwungen, einen Teil seiner Macht auf parastaatliche Gruppen zu delegieren, und wird im Zuge dieser Delegation noch weiter geschwächt. Kurzfristig kann dies wohl eine effektive Maßnahme darstellen, langfristig aber wirkt es verheerend: Ein Unsicherheitsfaktor wird durch einen anderen ausgetauscht und der Staat untergräbt in direkter Konsequenz sein eigenes Gewaltmonopol⁷⁹.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass, wenn man die von der *Task Force* definierten Elemente des Revolutionskrieges (Anzahl der Kämpfer, Opfer sowie von Kämpfen betroffenes Gebiet) als Basis für die Einordnung Kolumbiens als *state failure* nimmt, lässt sich wie detailliert in diesem Abschnitt dargelegt, Kolumbien als Staatszerfall werten. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung käme man, wenn man die Staatszerfallskonzepte im Sinne von Rotberg und Schneckener anwände, die ihren Fokus auf Sicherheit (neben Wohlfahrt und Rechstaatlichkeit) und damit dem Gewaltmonopol des Staates haben.

1.2. Angola

Grob lässt sich die geschichtliche Entwicklung des angolanischen Krieges in drei Phasen einteilen, die geradezu exemplarisch für die kriegerische Entwicklung Subsahara Afrikas, wenn nicht gar für die gesamte sogenannte Dritte Welt stehen könnten (siehe Paes 2001: 40ff.). Die erste Phase war geprägt vom antikolonialen Befreiungskampf gegen das portugiesische Kolonialregime unter António de Oliveira de Salazar und später Marcello Caetano.⁸⁰ Jene erste Phase begann 1961 und fand ihr Ende mit der Unabhängigkeit Angolas 1975. Im Zuge des Befreiungskampfes bildeten sich drei dominierende Strömungen heraus, von denen zwei bis 2002 das Bild des Bürgerkrieges bestimmten:

⁷⁸ Carlos Castaño, Gründer und Führer der AUC bis 2004, wird mit einem Bonmot zitiert, dass er sich wie eine geheime Geliebte (des Staates) fühle, die man benötige, aufsuche, aber immer leugne (zitiert nach Blumenberg 2002: 6).

⁷⁹ Es drängt sich ein Vergleich mit Italien der 1980er Jahre auf, als man in Sizilien die Camorra selbst als offiziellen Ordnungshüter von Staatswegen einsetzte (siehe Krauthausen 1997: 313).

⁸⁰ Nach dem Rücktritt Salazars 1968 wird das portugiesische Regime bis zur sogenannten Nelkenrevolution 1974 von Caetano geführt.

1. Die bereits 1956 in der Hauptstadt Luanda gegründete MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola), eine sich marxistisch definierende Befreiungsorganisation, die ihren Rückhalt vor allem in der urban geprägten Mestizenbevölkerung der Mbundu (25% der Gesamtbevölkerung) fand und von Kuba sowie im eingeschränkteren Rahmen von der UdSSR logistisch und militärisch unterstützt wurde.
2. Daneben existierte die FNLA (Frente Nacional de Libertação de Angola), welche sich hauptsächlich auf die Bakongo Stämme im Norden des Landes stützte, die zirka 15% Bevölkerungsanteil darstellen. Diese Gruppierung hatte ihr Hauptquartier in Léopold Ville (heute Kinshasa) und war grundsätzlich antikommunistisch orientiert, was ihr in Folge die Unterstützung (seit Anfang der 1960er Jahre) der USA und Südafrikas einbrachte. Trotz der explizit antikommunistischen Ausrichtung, wurde die FNLA auch massiv durch China unterstützt.
3. Als dritte zentrale Kraft etablierte sich die von Jonas Savimbi 1966 nach Lossagung von der FNLA, in welcher er Teil der militärischen Führungsebene war, gegründete UNITA (União Nacional para a Independencia Total de Angola). Jene dritte Strömung stützte sich mehrheitlich auf die Bevölkerungsgruppe der Ovimbundo, welche ihr Siedlungsgebiet hauptsächlich im Zentrum sowie im Süden des Landes haben. Die Ovimbundo repräsentieren zirka 40% der Gesamtbevölkerung. Ursprünglich maoistisch und explizit antiamerikanisch orientiert, wurde sie in den Anfangsjahren vor allem durch China unterstützt (Cornwell 2000: 44ff., Stuvøy 2001: 42f., Paes 2001: 40f., Guimarães 1998: 154ff.).

Mit Gründung der UNITA 1966 operierten in der ersten Phase drei miteinander verfeindete Befreiungsbewegungen in Angola. Die Konfliktlinien in dieser ersten Phase verliefen folglich nicht nur zwischen den angolanischen Befreiungsbewegungen und der portugiesischen Kolonialmacht, sondern wie bereits angesprochen auch auf ideologischen sowie ethnischen Trennlinien innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung: Die urbanen und lusophonen Anhänger der marxistisch geprägten MPLA, mehrheitlich der Ethnie der Mbundu zugehörig, kämpften gegen die antikommunistisch ausgerichtete FNLA sowie die maoistischen UNITA, welche beide ihre Anhänger- und Unterstützerschaft vor allem in den ruralen Zonen Angolas fanden und sich zum überwiegenden Teil aus der Ethnie der Bakongos (FNLA) respektive der Ovimbundu (UNITA) rekrutierten⁸¹.

⁸¹ Zur Bedeutung von Ethnizität im angolanischen Kriegsgeschehen siehe: Heywood Linda 1998: Toward an understanding of modern political ideology in Africa. The case of the Ovimbundu of Angola, in: Journal of Modern African Studies, Vol. 36, Nr. 1, S. 139-167; sowie Malaquias, Assis 2000: Ethnicity and Conflict in

Das Kriegsgeschehen tritt in seine zweite Phase, als im Zuge der Nelkenrevolution in Portugal das Caetano Regime gestürzt wird und die portugiesischen Kolonien mit Ausnahme von Macau in die Unabhängigkeit entlassen werden, so auch Angola. Trotz eines zwischen den drei Unabhängigkeitsbewegungen und Portugal in Alvor am 15. Januar 1975 unterzeichneten Abkommens, welches den Abzug der Portugiesen, die Bildung einer Allparteienregierung sowie eine gemeinsamen Armee vorsah, entflammen kurz darauf heftige Gefechte zwischen der MPLA und FNLA um die Hauptstadt Luanda, denen sich wenig später auch die UNITA anschloss. Massiv unterstützt durch zairische Truppenverbände marschiert die FNLA vom Norden auf die Hauptstadt Luanda. Vom Süden greift die UNITA, die sich 1975 offiziell vom Maoismus losgesagt hatte und ein Zweckbündnis mit der FNLA eingegangen war, unterstützt mit 10.000 Soldaten der südafrikanischen Armee (South African Defense Force - SDAF), die MPLA an.

Die zairische Armee und die FNLA stehen schon in der Peripherie Luandas, als Kuba im September 1975 ein groß angelegtes Landungsunternehmen unter der Bezeichnung „Operación Carlotta“ initiiert und mehr als 20.000 kubanische Soldaten per Luftbrücke anlandet. Den kubanischen Soldaten gelingt es, den Vormarsch der FNLA und UNITA zum Stoppen zu bringen, was im weiteren Verlauf zur Zerschlagung der FNLA und dem Rückzug der UNITA-Rebellen, den südafrikanischen und zairischen Truppen im Januar 1976 führt (Domniguez 1981: 152f., Gunn 1992: 42-43, Paes 2001:42ff.). Diese zweite Phase des Konfliktes ist wesentlich dadurch geprägt, dass die beiden, nach Zerschlagung der FNLA, dominierenden Parteien jeweils massiv von Kuba (MPLA) respektive Südafrika (UNITA) unterstützt werden. Kuba hat von 1975 bis 1990 zwischen 20. 000 bis 50.000 Soldaten⁸² fest in Angola stationiert. Die südafrikanische Armee operiert mit mehr als 10.000 Soldaten in Angola. Man kann diese zweite Phase als eine Art des Stellvertreterkrieges innerhalb eines Stellvertreterkrieges bezeichnen, da sowohl Kuba als auch Südafrika jeweils mit Billigung und Unterstützung der beiden Supermächte, UdSSR und USA agierten (siehe hierzu auch Paes 2001: 42 sowie Jung 2002: 79f.). Jene Phase fand ihr Ende erst mit dem „Stalingrad Südafrikas“, der vernichtenden Niederlage der SDAF in Calenque und dem daraus resultierenden Rückzug der kubanischen sowie südafrikanischen Truppen infolge des New

Angola: Propects for reconciliation, in: Cilliers, Jakkie/ Dietrich, Christian (ed.): Angola's War Economy – The Role of Oil and Diamonds, S. 95-114 oder auch Stuvøy, Kirsti 2002: War Economy and Social Order of Insurgencies: An Analysis of the Internal Structure of UNITA's War Economy, Arbeitspapier Nr. 3/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung: Universität Hamburg, S. 43ff.

⁸² Als Treppenwitz der Realpolitik sei noch erwähnt, dass im Verlauf der zweiten Phase kubanischen Elitesoldaten die Aufgabe zufiel, de facto als Sicherheitsdienst für die westlichen, darunter viele US-Erdölkonzerne (etwa Chevron) zu agieren, indem sie die Ölförderungsanlagen jener Konzerne vor Angriffen der durch Südafrika und die USA unterstützten UNITA schützten (siehe Paes 2001: 47, Lock 2002: 63).

York Accords von 1988 und der Auflösung der bipolaren Weltordnung 1989/90 (Brittain1998: 36ff.).

Das Ende des „proxy war“ auf angolanischen Territorium bedeutete jedoch nicht das Ende aller Kampfhandlungen. MPLA und UNITA befanden sich nach Rückzug der südafrikanischen und kubanischen Streitkräften in einer militärischen Pattsituation, die beide Seite zu ihren Gunsten wenden wollten. Durch den Wegfall der Unterstützungsleistungen mit dem Ende der Blockkonfrontation sahen sich beide Kriegsparteien allerdings gezwungen, neue Wege des Geld- und Ressourcenerwerbs zu erschließen. Auf Seiten der UNITA führte die Suche nach neuen Einkommensquelle zu einer Intensivierung der Diamantenförderung. Die angolanischen Diamanten gehören mit einem Durchschnittspreis von 250 US\$ pro Karat⁸³ zu den hochwertigsten weltweit, und die Diamantenabbaugebiete liegen zum überwiegenden Teil im südlichen Stammland der UNITA. Sie sind zudem mit einfachsten Mitteln im Tagebau förderbar und leicht zu transportieren. Die Einnahmen der UNITA mittels Diamantenverkauf betragen nach Schätzungen allein von 1992-2000 mindestens vier Mrd. US\$ (Jung 2002: 80, Le Billon 2001: 69). Hauptabnehmer der UNITA Diamanten war der südafrikanische *De Beers* Konzern welcher mehr als 65% des weltweiten Diamantenhandels und -verkaufs⁸⁴ kontrolliert.

Für die regierende MLPA war (und ist) Erdöl, was der UNITA die Diamanten waren. Die MPLA intensivierte als Antwort auf die wegfallende Patronage des Ostblocks und Kubas den Handel mit internationalen Ölgesellschaften wie Chevron Texaco oder British Petroleum. Waren in den 1980er Jahren die Erlöse aus der Erdölförderung für rund 60% der gesamten Exporterlöse verantwortlich, so stieg diese Zahl auf über 90% im Verlauf der 1990 Jahre. Die staatlichen Jahreseinnahmen aus dem Ölgeschäft bewegen sich seit Mitte der 1990er Jahre zwischen vier bis sieben Mrd. US\$, und repräsentieren damit mehr als 80% der gesamten staatlichen Einnahmen Angolas (siehe Le Billon 2001: 61f.). Die existenzielle Abhängigkeit der angolanischen Regierung von der Erdölförderung sowie ihre Nichtmitgliedschaft in der OPEC macht sie zu einem attraktiven Handelspartner. Allein US-amerikanische Konzerne investierten von 1995-2001 über zehn Mrd. US\$ in die angolanische Ölindustrie. Zirka 15% des US-Ölbedarfs werden mittlerweile durch Angola gedeckt. Diese 15% machen aus Angola einen weit wichtigeren Handelspartner in Bezug auf Öl als beispielsweise Kuwait mit rund

⁸³ Ein Karat entspricht 0,2 Gramm.

⁸⁴ Als Anekdote zur Unterstreichung der rein symbolischen Konstruktion des Diamanten als wertvoll und selten sei darauf hingewiesen, dass De Beers Diamanten im Wert von zwei Mrd. US\$ zurück hält, um so den Wert und Mythos des „Seltene“ künstlich hoch zu halten (siehe etwa Jung 2002: 78).

sechs Prozent. Jene 15% entsprechen rund 80% des gesamten Ölexportes Angolas. Dies führte auch dazu, dass die US-Regierung unter Clinton Mitte der 1990er Jahre offiziell die Seite wechselte, und seitdem die einst bekämpfte MLPA unterstützen. In Konsequenz ließen sie die UNITA fallen, die sie bis dato durchschnittlich mit mehr als 60 Mio. US\$ jährlich unterstützt hatten (siehe New York Times 14/01/2001: 6). Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft erlaubten es der MPLA von 1993 bis 1999 für über fünf Mrd. US\$ Waffen zu importieren und in Folge sowohl in Hinsicht auf Mannstärke wie Bewaffnung eine der schlagkräftigsten Armeen Subsahara Afrikas aufzubauen (Le Billon 2001: 64). Der Anteil des Verteidigungsbudgets am Gesamtbudget beträgt seit 1991 zwischen 30 bis 40% und hat sich auch nach Kriegsende 2002 nicht verringert (Medico International e.V. 2005: 16). Daneben ermöglichen die hohen Erdöleinnahmen, ähnlich wie im kolumbianischen Fall die Drogengelder, eine Loslösung von der Notwendigkeit eines populären *support*; dass heisst die Machtbasis der MPLA-Regierung basiert auf einem klientelistischen Elitenetzwerk, welches dank der Ölrente nicht darauf angewiesen ist, breite gesellschaftliche Unterstützung zu suchen. Die im Kontext der Bürgerkriegsökonomie durch Diamanten- respektive Ölförderung erworbenen Gelder ermöglichten eine Fortsetzung der Kriegshandlungen auch ohne Zufluss von Patronagerenten wie zu Zeiten des Stellvertreterkrieges. Zumindest im Falle der UNITA lagen diese Einnahmen⁸⁵ bis 1999 weit über den militärischen und finanziellen Unterstützungsleistungen Südafrikas und der USA zu Zeiten des Kalten Krieges (siehe hierzu etwa Plath 2003: 44f. oder Human Rights Watch 1999: 133f.).

Mit den Bicesse Accords von 1991, die von der internationalen Staatengemeinschaft überwachte Wahlen⁸⁶ vorsahen, kam es zu einer kurzfristigen Ruhephase. Nach dem Wahlsieg der MPLA im September 1992, welcher ihr die offizielle internationale Anerkennung als legitime Regierung Angolas einbrachte, griff die UNITA jedoch wieder zu den Waffen und eroberte in den ersten Kriegsmonaten mehr als 60% des angolanischen Territoriums. Die nun eingetretene dritte Phase des Bürgerkrieges, auch „Guerra de Cidades“ genannt, war die opferreichste der drei Phasen. Von den insgesamt 500.000 Toten in Folge des mehr als 40 Jahre währenden Krieges, sind mehr als zwei Drittel ab 1992 zu verzeichnen. Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1993 kamen über 200.000 Menschen in Folge

⁸⁵ Schätzungen zufolge betragen die Einnahmen der UNITA durch Diamantenverkäufe im Verlauf der 1990er Jahre zwischen 300 bis 400 Mio. US\$ jährlich. Im Zeitraum von 1995-1997 tendieren die Schätzungen sogar gegen 600 Mio. US\$ per annum (siehe Dietrich 2000: 148f., Human Rights Watch 1999: 133). Die erfolgten finanziellen und militärischen Transferleistungen Südafrikas und der USA bis 1990 werden auf durchschnittlich 250 Mio. US\$ jährlich geschätzt (siehe etwa Plath 2003: 44f. und New York Times 14/01/2001: 6).

⁸⁶ Die Wahlen überwachende UN-Mission lief unter dem Missionsnamen UNAVEM (United Nations Angola Verification Mission). Drei Jahre später folgte UNAVEM II.

der Kämpfe ums Leben (Le Billon 2001: 59, Jung 2002: 79). Unter Vermittlung der UN wurde am 31. Oktober 1994 ein weiteres Friedensabkommen geschlossen; das sogenannte *Lusaka Protocol*. Es beinhaltet eine UN-überwachte, flächendeckende Demobilisierung sowie die Integration eines Teils der UNITA Truppen in die reguläre angolansische Armee. Die UNAVEM II erreichte einen relativen Frieden von 1995-bis 1997, den beide Kriegsparteien allerdings zu einer massiven Wiederaufrüstung nutzten.

Mit dem Sturz von Joseph-Desiré Mobutu in Zaire (heutige Demokratische Republik Kongo) im Mai 1997 verlor die UNITA einen ihrer wichtigsten Unterstützer im postbipolaren Zeitalter und ein elementares Rückzugsgebiet sowie ihre zentrale Diamantenschmuggelroute. Ermutigt durch die Schwächung der UNITA startete die MPLA ab 1998 eine groß angelegte Offensive, unterstützt durch die südafrikanische PMC (Private Military Company) *Executive Outcome*, welche zuvor jahrelang im Dienste der UNITA operiert hatte (Plath 2003: 44f., Jung 2002: 88). Die neu entfachte Offensive, welche sich ausschließlich auf wirtschaftlich interessante Regionen um das Cuango Tal⁸⁷ und UNITA Basen in Andulo und Bailundo konzentrierte (siehe etwa Stuvøy 2002: 76f.) symbolisierte zugleich das definitive Ende des Friedensprozesses sowie das Scheitern von UNAVEM II. Bedingt durch die erfolgreiche Offensive sowie eine ebenfalls seit 1998 effektiv gewordene Zertifizierungspflicht von Diamanten halbierte sich der bürgerkriegswirtschaftliche Umsatz der UNITA und führte in einen langsamen Niedergang der UNITA. In Folge des Todes von Savimbi 2002 kam es zu einer erneuten Waffenruhe und darauf folgenden Kooptation der UNITA Führungsschicht in die MLPA Elite, was in Konsequenz einer de facto Auflösung der UNITA entsprach. Seit März 2002 gilt Angola als befriedet.

2. Die Outcome-Variable im Datensatz der *Task Force*

2.2. Der Fall Kolumbien

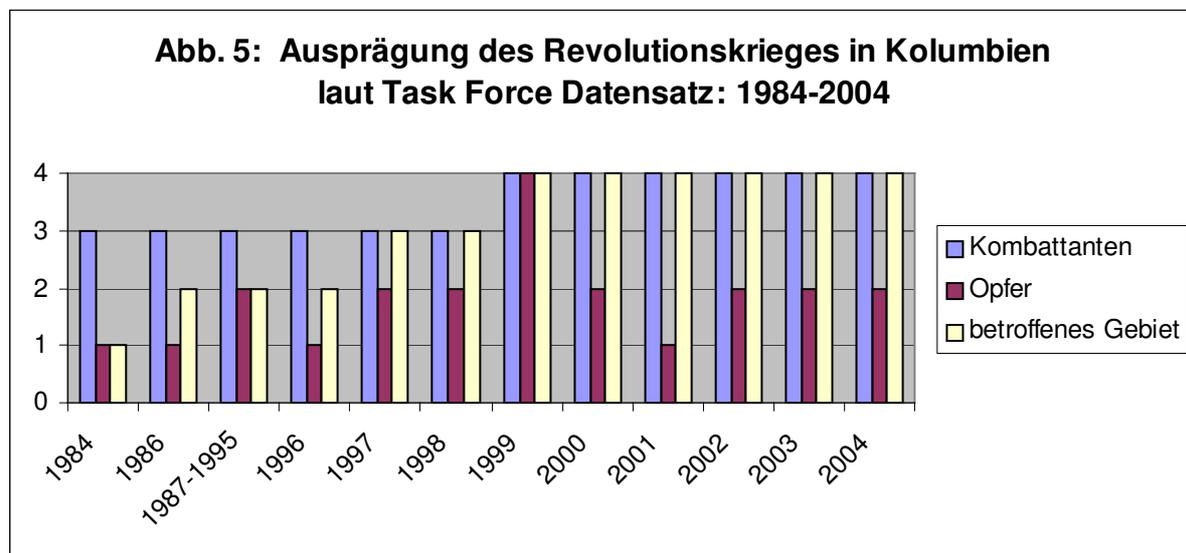
Bezug nehmend auf die bereits in Abschnitt I.8. detailliert dargelegten Definitionen und Operationalisierungen von Staatszerfall in seiner kategorialen Ausprägung des Revolutionskrieges, überschreitet Kolumbien laut *Task Force* Datensatz zweimal die gesetzte Intensitäts- (1000 Opfer im Gesamtverlauf) und Mobilisierungsschwelle (Mobilisierung von 1000 Aktivisten/ Kombattanten), die zur Einstufung als Staatszerfall führt.

⁸⁷ Das Cuango Tal beherbergt die lukrativsten Diamantenminen Angolas.

Als erste Episode von Staatszerfall wertet die *Task Force* den historisch unter dem Terminus „La Violencia“⁸⁸ bekannt gewordenen Bürgerkrieg von 1948 bis 1960. Eine zweite Episode von Staatszerfall misst die *Task Force* von 1984 bis heute. Im Zuge dieser Magisterarbeit wird sich die Analyse auf jene zweite Periode beschränken. Die *Task Force* begrenzt ihre Beschreibung der zweiten Staatszerfallsepisode Kolumbiens auf zwei Sätze:

"Variety of left-wing groups battle government forces. Right-wing death squads institute reign of terror against leftist and Communist political parties and their supporters" (Revolutionary War Problem Set 2005: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/pitfpset.htm>, rev. 06-15-2006).

In der folgenden Graphik wird, basierend auf den Kodierungen (4er Skala) und Daten der *Task Force*, die Entwicklung des Revolutionskrieges seit 1984 nachgezeichnet (zu den Details der Kodierungen siehe I. 8.).



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des *Revolutionary War Problem Set 2005*

Von 1984 bis 1998 verbleibt die Zahl der Kombattanten zumindest entsprechend der *Task Force* Kodierung auf einem konstanten Niveau von „3“, um ab dem Jahre 1999 permanent den von der *SFTF* definierten Höchstwert „4“ einzunehmen. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich für die Kategorie der von den Kämpfen betroffenen Gebiete feststellen. Waren zu Beginn der Staatszerfallsepisode lediglich ein Zehntel Kolumbiens von dem Revolutionskrieg betroffen, so weitete sich dies im Verlauf der 1990er Jahre aus, um dann ebenfalls ab 1999 den maximalen Höchstwert „4“ zu erreichen. Seit 1999 wurden demnach mehr als die Hälfte des Landes direkt und indirekt⁸⁹ durch den Revolutionskrieg in Mitleidenschaft gezogen. Etwas anders zeigt sich die Entwicklung hinsichtlich der Opferzahlen. Hier lässt sich ein

⁸⁸ Siehe V. 1.1. für mehr Details zu „La Violencia“.

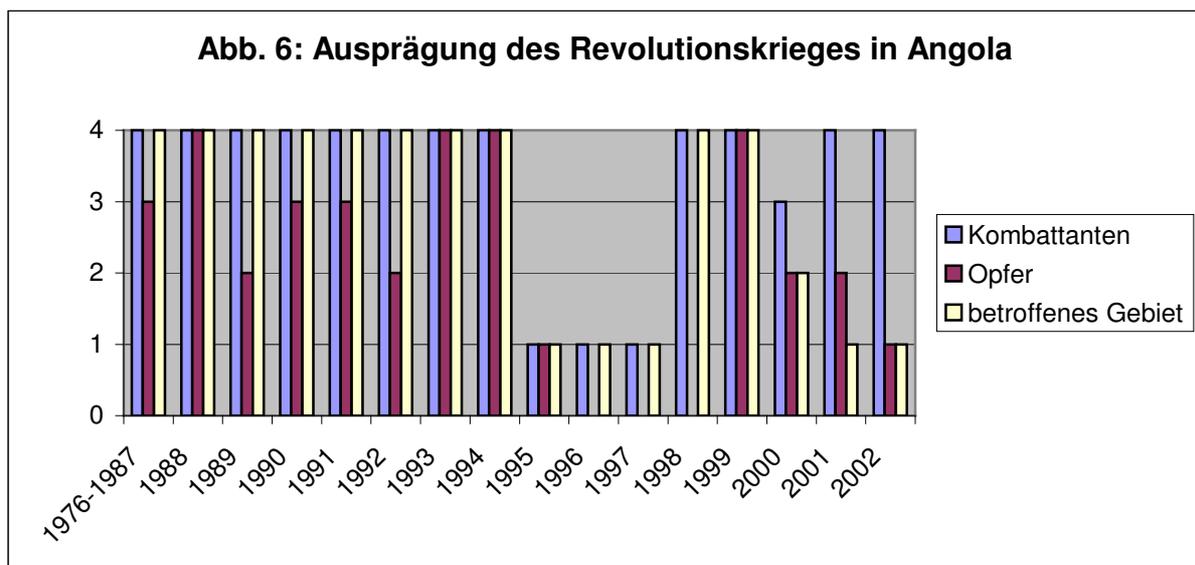
⁸⁹ siehe Fußnote 21 zur Definition von direkt und indirekt betroffenem Territorium.

wellenartiger Verlauf feststellen, welcher von einem Wellenkamm auf Stufe „2“ dominiert wird, immer wieder abfällt auf „1“ und seinen höchsten Wellenausschlag mit mehr als zehntausend Toten⁹⁰ 1999 zu verzeichnen hat.

2.3. Der Fall Angola

Im Falle Angolas misst die *Task Force* erstmalig für das Jahr 1976 den Beginn einer Staatszerfallsepisode, welche bis 2002 anhielt. Charakterisiert wird diese von der *SFTF* wie folgt:

“Civil war between Mbundu-dominated central government and UNITA, based on Ovimbundu people of S. Angola; peace plans and elections fail to stop renewed war in 1992 and 1998. The death of UNITA's leader, Jonas Savimbi, in February 2002 was followed quickly by a cessation of fighting in March and the signing of an agreement. In August 2002 recommitting the parties to the 1994 Lusaka Protocol” (*Revolutionary War Problem Set 2005*).



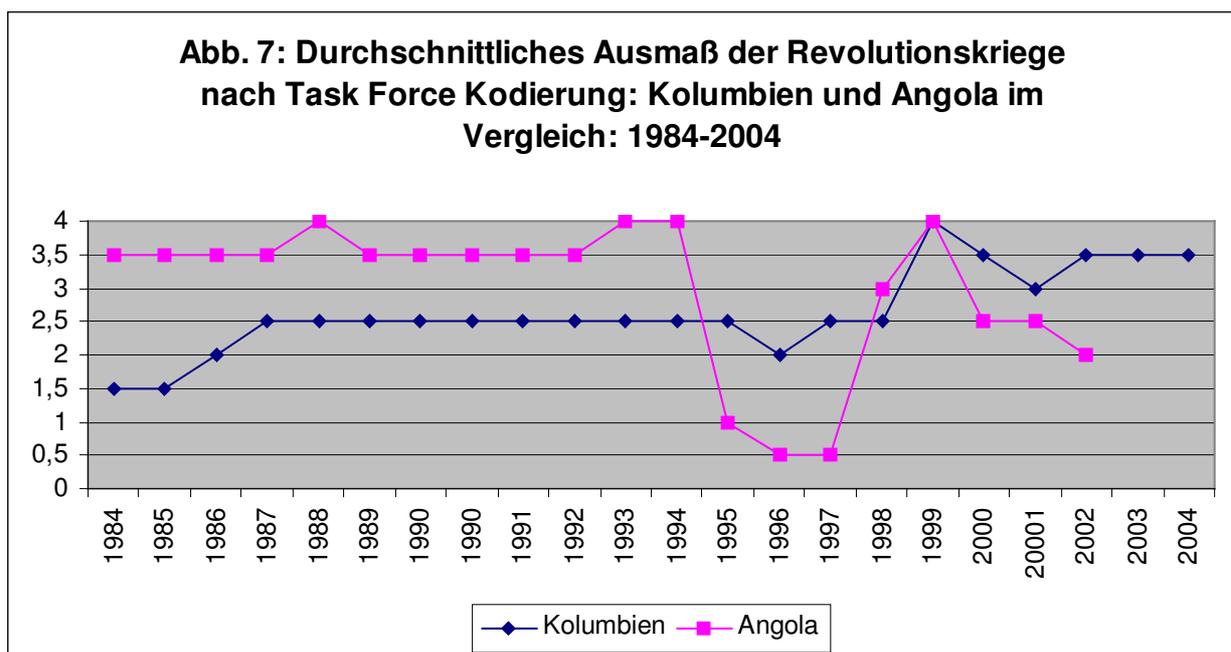
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des *Revolutionary War Problem Set 2005*

Mit Beginn der gemessenen Staatszerfallsepisode verbleiben die Werte für Anzahl der Kombatanten sowie des von Kämpfen betroffenen Gebietes für beinahe zwei Dekaden (1976-1994) auf dem höchsten Niveau von „4“.

⁹⁰ Hinsichtlich der Opferanzahl in Kolumbien sei auf einen Artikel im *Journal of Peace Research* verwiesen: *The Severity of the Colombian Conflict: Cross Country Datasets Versus New Micro-Data*. Dieser im Februar 2006 von Jorge A. Restrepo et al. veröffentlichte Artikel weist detailliert nach, dass die Computer kodierte Opferzahlen für Kolumbien der meisten Friedens- und Konfliktstudien wie Uppsala, CoW und eben auch *Peace and Conflict 2005*, welche der *Task Force* als Datenquelle für den kolumbianischen Fall dient, weit geringere Opferzahlen erfassen, als dies im Fall von handkodierte Studien der Fall ist. Erklärt wird dies damit, dass die Software zur Computer kodierte Erfassung nur englischsprachige Quellen verwertet und zudem nur direkt aus Kämpfen resultierende Opfer zählt. Dies bedeutet, dass die im kolumbianischen Kontext oft verübten Massaker an Zivilisten nicht gewertet werden, weil diesen kein eigentliches Kampfgeschehen zu Grunde liegt (siehe Restrepo 2006).

Die Opferanzahl ist mehr Schwankungen unterlegen. Von 1976 bis 1987 nimmt sie konstant den Wert „3“ ein, um 1988 zu den beiden anderen Variablen auf den Höchstwert „4“ aufzuschließen. Während die übrigen Variablen den Höchstwert beibehalten, reduziert sich die Opferanzahl für einen Zeitraum von vier Jahren. In den darauffolgenden zwei Jahren (1993-1994) erreichen wieder alle drei Variablen Höchstwerte. Von diesem Höchstwert fallen 1995 innerhalb eines Jahres alle drei Variablen auf den Wert „1“. Auf diesem Wert verbleiben die Variablen 1996 und 1997, die Variable Opfer wird sogar gar nicht mehr erfasst. 1998 kommt es zu dem Paradox, dass Kombattanten und betroffenes Gebiet erneut Höchstwerte erreichen, wohingegen die Anzahl der Opfer bei „0“ verbleibt. In weiterer Folge kommt es wieder zum Anstieg der Opferzahlen, gleichzeitig kommt es zu einer Verringerung der von den Kämpfen betroffenen Gebiete. Lediglich die Anzahl der Kombattanten verbleibt bis zum Ende der Staatszerfallsepisode im Jahre 2002 auf dem Wert „4“.

2.4. Die Outcome-Variable im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des *Revolutionary War Problem Set 2005*

Vergleicht man beide Staatszerfallepisoden in ihrer von der *Task Force* gemessenen Kodierung, wird die unterschiedliche Natur der Revolutionskriege in beiden Staaten zumindest graphisch augenscheinlich: Kolumbien verläuft als klassischer Guerillakrieg, und dementsprechend weist der Graph auch ein gewisses Maß an Konstanz hinsichtlich der drei Variablen auf, zudem werden nur selten Maximalwerte erreicht. Im Falle Angolas hingegen liegt der Graph, als Ausdruck eines zum großen Teil konventionell geführten Krieges über

einen Zeitraum von zehn Jahren um durchschnittlich 1,5 Skalierungspunkte (bei einer Gesamtskala von „4“) über den von Kolumbien erreichten Werten und verläuft dazu weit bruchhafter. Interessant ist der in beiden Fällen für das Jahre 1999 zu konstatierende Zenit, bei dem alle Variablen den Höchstwert einnehmen. Zu diesem Zeitpunkt war auch die UNITA in Angola, aufgrund eingeschränkter Ressourcen, zum klassischen Guerillakampf zurückgekehrt. Nach 1999 bahnt sich die militärische Niederlage der UNITA an, nachvollziehbar am rapide abfallenden Graph (bis zum Waffenstillstand 2002), während im kolumbianischen Fall der Graph zwar ebenfalls leicht abfällt, sich aber auf einem hohem Niveau von „3,5“ stabilisiert.

2.5. Schwächen in der Erfassung der Outcome-Variable

2.5.1. Allgemeine Schwächen

Bedingt durch den Charakter als Makrostudie zeigen sich bei Analyse der Messungen und Kodierungen, dass die *Task Force* Intervallabstände wählte, die unter analytischen Gesichtspunkten als nur bedingt sinnvoll betrachtet werden müssen. Die vom Autor gewählte graphische Umsetzung macht dies besonders deutlich. Hinter einem gleichmäßig steigender Graph, beispielsweise im Falle der Opferanzahl, stehen mitnichten ebenso gleichmäßig steigende Werte. Während etwa der Wert „0“ auf der 4er Skala ein Intervall von 100 Opfern umfasst, steigt dieses Intervallvolumen auf 900 in der nächsten Stufe. Im Falle des darauf folgenden Skalierungswertes „2“ erstreckt sich die Intervallbreite bereits auf 4000. Ähnlich stellt sich die Situation bei Kombattanten und betroffenem Gebiet dar (siehe I.8.).

Neben den uneinheitlichen Skalierungswerten ergibt sich ein analytisch weit gravierenderes Problem aus der Tatsache, dass in der *Task Force* Skala je nach Variable und Skalierungsstufe ein einziger Wert Zahlenbereiche umfasst, die bis um das Fünffache variieren können. So repräsentiert etwa im Falle der Kombattanten ein Wert von „3“ eine Bandbreite zwischen 5000 und 15.000 Kämpfern. Dies kann im Extremfall eine Verdreifachung der Kämpferzahl bei einem konstant bleibenden Wert in der Skala bedeuten.

2.5.1. Fallspezifische Schwächen: Kolumbien

Besonders offensichtlich wird dieses analytische Defizit im Falle Kolumbiens. Während der Graph im Falle Kolumbiens von 1984 bis 1998 auf einem konstanten Niveau von „3“ verbleibt (siehe Abb. 5), steht in Realität genau dieser Zeitraum für die stärkste militärische Wachstums- und Expansionsphase der Guerilla (siehe Abb. 4). Diese wuchs von zirka 700 Kämpfern (600 FARC und 100 ELN) Mitte der 1980er Jahre auf insgesamt weit über 25.000

Kämpfer (20.000 FARC sowie 6.000 ELN) Ende der 1990er Jahre (siehe V.1.1.). Daraus folgt, dass zumindest mittels der gewählten Skalierung die *Task Force* in keiner Weise in der Lage ist, die substanziellste Entwicklung im kolumbianischen Revolutionskrieg zu erfassen und aufzuzeigen.

Einmal davon abgesehen, dass wie dargelegt der für die Jahre 1984 bis 1998 konstant bleibende Skalierungswert nicht adäquat die tatsächliche Entwicklung auf Kombattantenebene wiedergeben kann, stellt sich zudem die Frage wieso in den Datensätzen der *Task Force* dieser Wert für Kolumbien in dem besagten Zeitraum bei „3“ verbleibt. Der Wert „3“ repräsentiert einen Umfang von 5.000 bis 15.000 KämpferInnen. Allerdings schätzt die Fachliteratur für Mitte bis Ende der 1980er Jahre einhellig die Gesamttruppenstärke der kolumbianischen Guerilla auf maximal 1.000 bis 3.000 Guerilleros. Aber keine einzige der konsultierten Quellen sprach von mehr als 3.000 Guerilleros bis Ende der 1980er Jahre. Zwar gibt die *Task Force* detailliert ihre Datenquellen für die fünf Schlüsselvariablen an, allerdings wird in keiner Weise bezeugt, auf welchen Quellen die Berechnungen für die Outcome-Variable Revolutionskrieg beruhen. Somit es ist nicht nachvollziehbar auf welchen Grundlagen die Messungen für die drei Variablen Opfer, Kombattanten sowie betroffenes Gebiet beruhen.

2.5.2. Fallspezifische Schwächen: Angola

Eine ähnlich gelagerte Kritik, wenn auch mit weniger drastischen analytischen Implikationen wie im Falle Kolumbiens, lässt sich ebenfalls für die Erfassung des angolanischen Krieges formulieren. So ist es etwa mittels der gewählte Skalierung nicht möglich, den enormen qualitativen Sprung hinsichtlich der Entwicklung der Opferzahlen zwischen den Jahren 1976-1990 versus 1993-1994 zu erfassen. Wie bereits in V.1.2. dargelegt, verursachte der angolanische Revolutionskrieg zirka 500.000 Todesopfer. Davon konzentrieren sich zwei Drittel aller Kriegstoten allein auf die Jahre 1993-1994. Innerhalb von nur zwei Jahren verdreifachte sich die Anzahl der Toten, die zuvor in einer Zeitspanne von mehr als 16 Jahren, im Kontext eines konventionell geführten, vier Parteien involvierenden Krieges⁹¹ zu verzeichnen waren. Betrachtet man jedoch den Graphen, so spiegelt dieser diese Konzentration nicht wieder, sondern zeigt für die Jahre 1976-1988 sowie 1992-1993 einen sehr ähnlichen Wert an.

⁹¹ So standen sich beispielsweise während der Schlacht von Calenque im Frühjahr 1988, bekannt geworden auch unter der Bezeichnung „Das Stalingrad Südafrikas“ 600 Panzer und mehr als 350 Kampfflugzeuge, mehrheitlich von kubanischem versus südafrikanischem Personal bedient, gegenüber. Es handelte sich um die größte Panzer- und Luftschlacht nach dem zweiten Weltkrieg auf afrikanischem Boden (siehe etwa Stultz 1992: 92f., Rothschild 1992: 182f.).

Im Kontext der erwähnten konventionellen Kriegsführung mit starkem militärischen Engagement von Drittparteien, schließt sich eine weitere Kritik an. Es ist, zumindest in den Augen des Autors, von essentieller Wichtigkeit in der Analyse von Kriegsgeschehen und damit auch der Policy-Relevanz zu unterscheiden, ob ein Krieg, wie im Falle Kolumbiens beinahe ausschließlich aus internen Ressourcen und kämpfenden Truppen geführt wird, oder ob wie im Falle Angolas zumindest bis zum Jahre 1990 mehr als 60.000 Mann fremder Interventionstruppen, ausgerüstet mit modernstem Kriegsmaterial, einen hochkonventionellen Krieg führen (siehe Fußnote 89). Es stellen sich in diesem Zusammenhang zwei Fragen. Erstens, ob die Definition von Revolutionskrieg, zumindest im angolanischen Kontext der Jahre 1976-1990 der kriegerischen Realität gerecht wird, sowie zweitens die Frage nach der fehlenden Skalierung und Kodierung von Faktoren zur Erfassung von externer Intervention. Die ausschließliche Begrenzung, sowohl definitorisch wie hinsichtlich der Kodierungen, auf interne Konflikte unter Ignorierung von externen Einflussnahmen, erscheint auch für die Zwecke der *Task Force* nicht sinnvoll. Gerade im Falle des angolanischen Konfliktes wird augenscheinlich, dass die von der *SFTF* gewählte Definition eines Revolutionskrieges, welche keinen Platz lässt für externe Intervention (siehe I.8. für die Definition von Revolutionskrieg) und Einflussnahme, der realen Situation und dem Anspruch der Erklärbarkeit nicht gerecht wird. Zu dieser evident erscheinenden Problematik nimmt die *Task Force* jedoch in keinem ihrer Berichte Stellung.

Man kann gegen diese Kritik einwenden, dass es sich hierbei um eine Makrostudie handelt, welche per definitionem Konflikte nicht in ihren ganzen genuinen Spezifikation erfassen kann. Dies ist auch nicht Sinn und Zweck dieser Art von Studien. Doch handelt es sich bei den bis jetzt aufgezeigten Schwächen nicht so sehr um fallspezifische sondern vielmehr um grundsätzliche Defizite: Sowohl hinsichtlich der Intervallgrenzen lässt sich fragen, wie sinnvoll Intervalle sind, die in einem einzigen Wert (so etwa „2“ in der 4er Skala für Kombattanten) bis um das fünffache variieren, als auch bezüglich des Fehlens jeglicher Kodierung für extern erfolgte Einflussnahme auf das Kriegsgeschehen in einem Land.

3. Vorhersageperformanz des *Global Model* im Falle Kolumbiens und Angolas

3.1. Kolumbien

Entsprechend dem von der *Task Force* verwendeten *case control design* wird der Problemfall 1984 ($Y=1$) mit den drei zufällig ausgewählten Kontrollfällen ($Y=0$) 1966, 1972 und 1978⁹² in ein Sample gefasst und zur Prüfung am historischen Materials in das *GM* eingespeist. Das Modell berechnete in Folge für vier Fälle (Jahre) die Wahrscheinlichkeit von Staatszerfall in Kolumbien. Wie bereits in Exkurs I (siehe S. 37) dargelegt, identifiziert das logistische Regressionsmodell Staatszerfall, sobald der Wahrscheinlichkeitswert den vorab definierten *cutpoint* von 0,23 überschreitet. Der jeweils erreichte Wahrscheinlichkeitswert wird von der *Task Force* als „Global Model Score“ bezeichnet (Bates et al. 2003: B-7). Als Basis für die Berechnungen dienen die jeweiligen Variablenwerte zwei Jahre zuvor, also die Jahre 1964, 1970, 1976 sowie 1982.

Entgegen der für das Gesamtmodell geltenden Vorhersageperformanz von zirka 80%, werden vom *GM* im Falle Kolumbiens nur 50% der Fälle korrekt klassifiziert: Das *GM* berechnet für das Jahr 1984 korrekt $Y=1$ mit einem sogenannten „global model score“ von 0,5818, den *cutpoint* von $<0,23$ um mehr als das Doppelte überschreitend. Für das Jahr 1972 wird mit einem „Global Model Score“ von 0,1481 ebenso richtig $Y=0$ bestimmt. Der Kontrollfall 1978 wird mit einem „Global Model Score“ von 0,5421 jedoch fälschlicher Weise als $Y=1$ identifiziert. Ähnlich zeigt sich die Fehlklassifizierung für den Kontrollfall 1966. Zwar wird der *cutpoint* mit 0,2647, im Gegensatz zu 1978, nur leicht überschritten, nichtdestotrotz folgt dieser Überschreitung die inkorrekte Zuordnung zu $Y=1$ (siehe ebd.: Table B-4, Global Model Classification Results).

Mit der 50/50 Vorhersagegenauigkeit für den Fall Kolumbien leistet das Modell keine bessere Vorhersageperformanz, als sie ein beliebiger Analyst mit dem Werfen einer Münze erreichen könnte. Dieses Defizit auf prognostischem Niveau könnte als Indiz zu verstehen sein, dass sich auch die Erklärungsperformanz im Falle Kolumbiens als unzureichend herausstellt. Zur Klärung dieser Frage sei auf das Unterkapitel V.4. verwiesen.

⁹² Die Kontrollfälle beziehen sich auf die Phase IV-V des Task Force Projektes. In den früheren Modellen wurden jeweils andere Kontrolljahre ausgewählt.

3.2. Angola

Die *Task Force* mißt ein Jahr nach Beginn der Unabhängigkeit Angolas im Jahre 1975 Staatszerfall und diese Staatszerfallsepisode dauert bis 2002 an. Aufgrund diesem, zumindest laut *Task Force* Definition, langwährenden Status als *state failure* ist es der *Task Force* methodologisch nicht möglich, dem Problemfall 1976 ($Y=1$) drei Kontrollfälle gegenüberzustellen (zu den Ausschlusskriterien für Kontrollfälle siehe IV.1.4.). Zwar kann so festgestellt werden, dass für 1976 mit einem „Global Model Score“ von 0,2434 Staatszerfall richtig klassifiziert wird (ebd. B-10), doch stehen im Falle Angolas keine weiteren Kontrollfälle zur Verfügung, die valide Aufschluss geben könnten über die Vorhersageperformanz des *GM* im angolanischen Fall.

Es stellt sich allerdings grundsätzlich die Frage, wie methodisch fundiert die Berechnungen im Falle Angolas erfolgten. Da das *GM* den Anspruch hat, zwei Jahre vor dem eigentlichen Staatszerfall diesen vorhersagen zu können, werden zur Berechnung des Problemfalles 1976 die jeweiligen Variablenwerte des vorvorjährigen Jahres (1974) verwendet. 1974 war Angola allerdings noch relativ fest in portugiesischer Hand. Kann man tatsächlich den Staatszerfall eines souveränen Staates voraussagen, basierend auf Daten aus einer Zeit, als dieser Staat sich noch im Kolonialstatus befand? Die *Task Force* Berichte problematisieren diesen Aspekt in keiner Weise. Nach Dafürhalten des Autors ist diese Herangehensweise wissenschaftsmethodisch jedoch zumindest hinterfragbar und stellt somit zwar nicht die Vorhersageperformanz für das Jahr 1976 per se in Frage, jedoch die datenmethodologische Herangehensweise.

4. Die erklärenden Variablen im Test

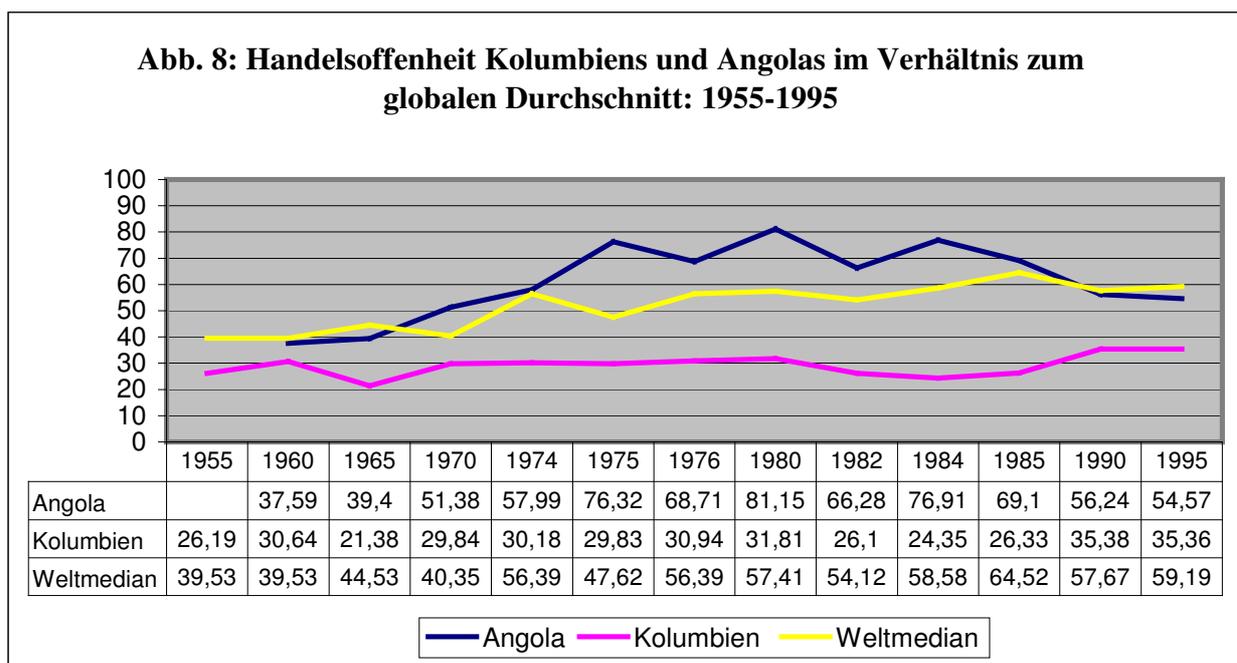
Zielsetzung dieses Kapitels ist es, die zuvor aus dem *Task Force* Datensatz isolierten fünf Schlüsselvariablen auf ihre Erklärungskraft hinsichtlich der Staatszerfallsprozesse in Kolumbien und Angola zu untersuchen. Zu diesem Zweck werden die jeweiligen Werte, die für die erklärenden Variablen im Falle Kolumbien und Angolas von der *Task Force* ermittelt wurden, graphisch dargestellt und miteinander in Verhältnis gesetzt. Zur besseren Einordbarkeit werden diese länderspezifische Daten, soweit möglich, in Vergleich gesetzt mit dem jeweiligen Weltmedian der betreffenden Variable. Der Weltmedian ist allerdings nur im Falle von Handelsoffenheit und Säuglingssterblichkeit verfügbar. Im Falle des Regimetyps wird auf die globale Häufigkeit des jeweiligen Regimetypus als Bezugsgröße zurückgegriffen. Für die beiden übrigen Variablen „Staatliche Diskriminierung von Minderheiten“ sowie

„Nachbarstaaten mit ethnischen oder zivilen Konflikten“ sind keine diesbezüglichen globalen Durchschnittswerte verfügbar, sie erscheinen in diesem Variablenkontext aber auch als nicht sinnvoll.

Die Datensätze variieren (siehe auch Fußnote 6 in I.2.) in ihrer Verfügbarkeit hinsichtlich der erfassten Zeitspanne. Zwar gibt die *Task Force* an, dass die Daten kontinuierlich aktualisiert werden, doch begrenzt sich ein Großteil der vorhandenen Datensammlung bezüglich der Schlüsselvariablen auf die Zeitspanne von 1955 bis 1999. Zudem liegen viele Daten, gerade aus Ländern im subsaharischen Raum, erst ab 1960 systematisch vor. Da die für diese Arbeit relevanten Staatszerfallsepisoden allerdings in den 1970er und 1980er Jahren zu verorten sind, ein Zeitraum der lückenlos abgedeckt ist vom *SFTF* Datenset, ist eine kritische Analyse des Erklärungspotenzials der Schlüsselvariablen von der teilweise eingeschränkten Verfügbarkeit der Daten nach 1995 nicht betroffen.

4.1. Die erklärende Variable Handelsoffenheit

Bereits in IV. 2.2.1. wurden eklatante Schwächen und Unklarheiten hinsichtlich der unabhängigen Variable Handelsoffenheit und ihre methodologisch nicht nachvollziehbare Aufnahme in das Set der Schlüsselvariablen aufgezeigt. In Konsequenz, muss man bereits vor der erfolgenden Anwendung, die Erklärungskraft selbiger Variable grundsätzlich und damit auch im jeweiligen länderspezifischen Fall in Frage stellen.



Quelle: Eigener Entwurf nach Daten aus: *SFTF-Dataset: Frequently Tested Variables – SPSS*

4.1.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien

Auch wenn aufgrund der in IV.2.2.1 sowie V.4.1. dargelegten generellen methodischen Probleme im Zusammenhang mit der unabhängigen Variable Handelsoffenheit, deren Erklärungskraft prinzipiell in Zweifel zu ziehen ist, muss für den kolumbianischen Fall konstatiert werden, dass zumindest tendenziell Handelsoffenheit als erklärende Variable in Frage kommt:

1. Zum einen weist Kolumbien ein konstantes Maß an Handelsoffenheit auf, welches ebenso beständig weit unter dem Weltmedian verbleibt. Damit befindet sich Kolumbien im 25ten Perzentil, welches nach *SFTF* Berechnungen ceteris paribus die Wahrscheinlichkeit von Staatszerfall um das 1,5fache erhöht (siehe IV.1.5.).
2. Zum anderen fällt (wenn auch nicht substantiell) die Rate der kolumbianischen Handelsoffenheit genau zwei Jahre vor dem korrekt berechneten Beginn der Staatszerfallsepisode im Jahre 1984; von 31,81 1980 auf 26,1 1982.

Es läßt sich festhalten, dass der kolumbianische Fall in Bezug auf Handelsoffenheit beide Bedingungen der *Task Force* erfüllt: Das Land befindet sich im 25ten Perzentil und zwei Jahre vor Staatszerfall ist eine verstärkte Beschränkung der Handelsoffenheit zu verzeichnen. Folglich kann der Variable Handelsoffenheit, zumindest im Sinne der *Task Force* und eingedenk des limitierenden Faktors durch die generelle methodologische Problematik, Erklärungspotenzial für den kolumbianischen Fall zugesprochen werden.

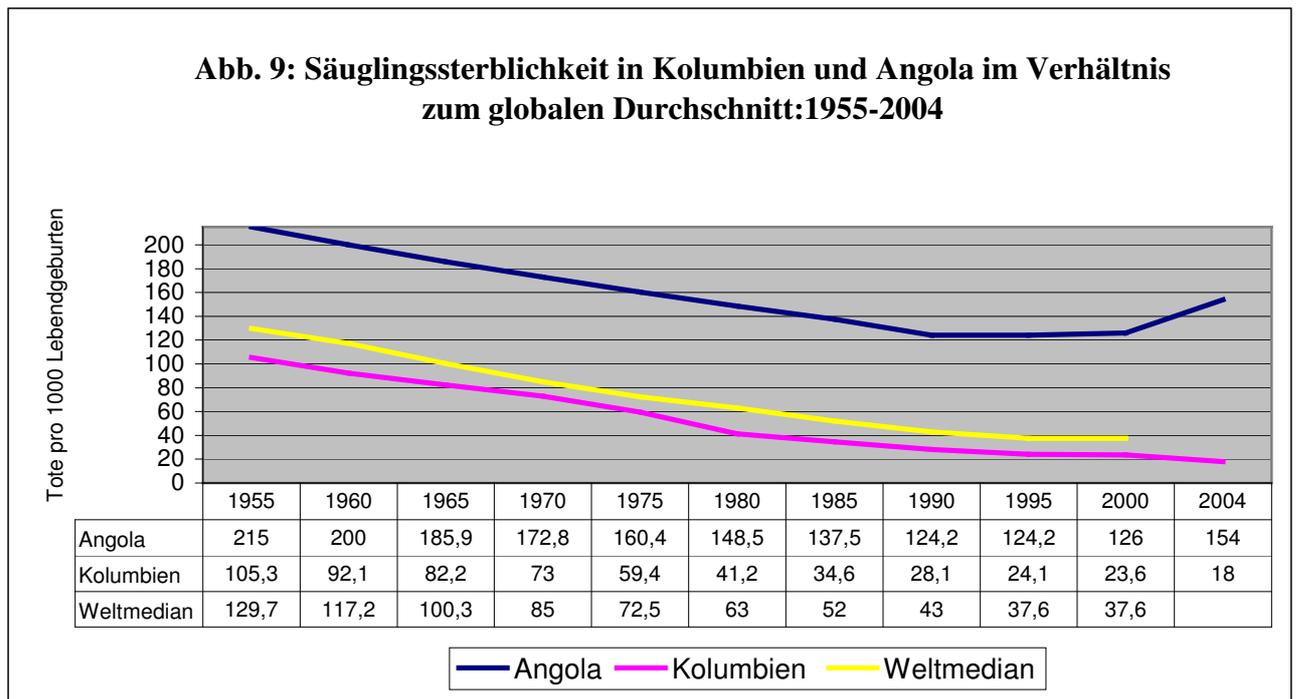
4.1.2. Erklärungskraft für den Fall Angola

Angola zeigt sich beinahe als genauer Gegenpart zum kolumbianischen Fall: Das Maß an Handelsoffenheit unterliegt weit mehr Schwankungen und verläuft über weite Strecken oberhalb des Weltmedians, ergo außerhalb des 25ten Perzentils. Zudem befindet sich, und dies in substantieller Weise, der Graph der Handelsoffenheit ab Beginn des Jahres 1974, also exakt zwei Jahre vor dem gemessenen Beginn des Staatszerfalls in Angola, in permanent steigender Tendenz. Liegt er 1970 noch bei 51,38, so steigt dieser in den folgenden Jahren stetig bis auf 76,32 im Jahre 1975.

In Anbetracht der dargelegten Punkte scheidet Handelsoffenheit als erklärende Variable für den Fall Angola definitiv aus. Es befindet sich zum einen nicht im 25ten Perzentil und noch schwerwiegender, in den Jahren vor dem Staatszerfall ist, laut dem *Task Force* Datensatz, ein Anstieg an Handelsoffenheit zu verzeichnen.

4.2. Die erklärende Variable Säuglingssterblichkeit

Abb. 9: Säuglingssterblichkeit in Kolumbien und Angola im Verhältnis zum globalen Durchschnitt:1955-2004



Quelle: Eigener Entwurf nach Daten aus: *SFTF-Dataset: Frequently Tested Variables - SPSS*, sowie ergänzt für das Jahr 2004 um Zahlen der UNICEF 2006

4.2.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien

Betrachtet man die Entwicklung der Säuglingssterblichkeitsrate für den Fall Kolumbien sind zwei Aspekte augenscheinlich, die zugleich die Erklärungskraft dieser Variable hinsichtlich des seit 1984 gemessenen Staatszerfallsprozesses, zumindest bezugnehmend auf den kolumbianischen Fall, in Frage stellen:

1. Zum einen verbleibt die Säuglingssterblichkeitsrate konstant und dies zudem mit signifikanter Differenz unter dem Weltmedian. Selbst im regionalen Kontext liegt Kolumbien weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnittswert. So beträgt etwa Mitte der 1980er Jahre die durchschnittliche Säuglingssterblichkeitsrate für Lateinamerika 59 per 1000 Lebendgeburt und Mitte der 1990er Jahre 35 per 1000 Lebendgeburt, versus 34,6 respektive 24,1 im kolumbianischen Fall (siehe etwa Pan American Health Organization 2006: 6f.).
2. Zum anderen weitet sich der Abstand zum globalen Median ab Beginn der 1980er Jahre, also genau mit Beginn der gemessenen Staatszerfallsepisode und dies trotz eines stetig fallenden Weltmedians. Beträgt die Differenz 1975 13,1, so erhöht sich diese im Jahre 1980 auf 22,8. Im Jahre 1985, also ein Jahr nach Beginn der gemessenen Staatszerfallsepisode differenziert der Wert um 17,4. Die Kurve der

kolumbianischen Säuglingssterblichkeitsrate verläuft folglich umgekehrt proportional zu den seit 1984 ansteigenden Staatszerfallswerten (siehe Abb. 5).

Zusammenfassend läßt sich für die unabhängige Variable Säuglingssterblichkeit im Falle Kolumbiens feststellen, dass aufgrund der genannten Argumente dieser Variable keine Erklärungskraft hinsichtlich des Staatszerfalls zugesprochen werden kann. Mit anderen Worten Säuglingssterblichkeit fällt als erklärenden Variable, zumindest im spezifischen Fall Kolumbiens, aus.

4.2.2. Erklärungskraft für den Fall Angola

Auf den ersten Blick scheint sich im Falle Angolas Säuglingssterblichkeit als erklärende Variable für Staatszerfall zu bewähren. Die Säuglingssterblichkeitsrate liegt weit über dem Median, Angola befindet sich also im 75 Perzentil, welches nach Task Force Berechnung die Wahrscheinlichkeit, Staatszerfall zu erleiden, um das 2,3fache erhöht. Betrachtet man sich jedoch detaillierter die Entwicklung der Säuglingssterblichkeitsrate in Angola, so zeigt sich das genau umgekehrte Phänomen zum kolumbianischen Fall:

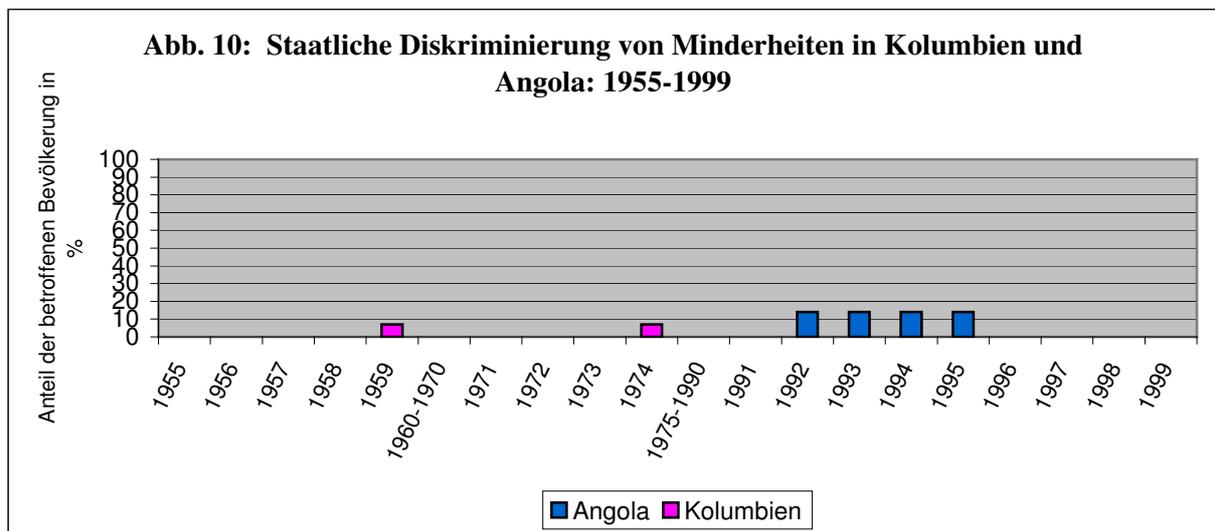
Ab dem Moment, in welchem die *Task Force* das Ende der Staatszerfallsepisode für den Problemfall Angola konstatiert, im Jahre 2003, kommt es zu einem enormen Anstieg der Säuglingssterblichkeit, mit der Konsequenz, dass Angola für das Jahre 2004 laut UNICEF Angaben, die zweit höchste Säuglingssterblichkeitsrate weltweit zu verzeichnen hat. Angola gilt als das einzige Land weltweit, welches im 21. Jahrhundert unter das Niveau von 1980 fiel. Bezugnehmend auf die in Abbildung 9 wiedergegebenen Zahlenwerte ist darauf hinzuweisen, dass die Zahlen zur Säuglingssterblichkeit für das Jahr 2004 nicht dem *Task Force* Datensatz entstammen, sondern von der *UNICEF* entnommen sind, da die Hauptdatenquelle der *Task Force*, das *US Bureau of Census*, diesbezügliche Daten nur bis 2002 zur Verfügung stellt.

Jedoch ergibt ein Abgleich der *Task Force* Zahlen mit den Werten der UNICEF ein hohes Maß an Übereinstimmung. Im Falle Kolumbiens sind die Daten beinahe deckungsgleich, im angolanischen Fall gibt die *UNICEF* zwar grundsätzlich höhere Werte für die Säuglingssterblichkeitsrate an, in der zum Ausdruck gebrachten Tendenz sind sie jedoch ebenfalls kongruent (siehe UNICEF 2006). Zudem wird das Phänomen der angestiegenen Säuglingssterblichkeitsrate in Angola gegenüber dem allgemeinen globalen Trend durch vielerlei Quellen bestätigt (siehe etwa UNIFEM 2004, World Health Organization 2006). Zwar verbietet sich aus methodologischen Gründen ein simpler Umkehrschluss nach dem

Motto: *Task Force* misst Ende der Staatszerfallsepisode doch Säuglingssterblichkeit steigt, folglich negiert sich die Variable Säuglingssterblichkeit als Erklärung für Staatszerfall in Angola. Nichtsdestotrotz läßt diese Tatsache die Erklärungskraft der Variable für Staatszerfall, zumindest im konkreten Fall Angolas, als ebenso fraglich erscheinen wie im kolumbianischen Fall.

Ferner gibt dieses Ergebnis weiter Raum für die bereits zuvor ausgesprochene Vermutung, dass Staatszerfall in seiner Operationalisierung im Sinne Rotbergs und Schneckeners (siehe Kapitel II) das Phänomen besser umfasst, als die rein auf gewalttätig ausgetragene Konflikte fokussierte Staatszerfallsdefinition der *Task Force*. In weiterer Konsequenz ließe sich, aufbauend auf dem Staatszerfallverständnis Schneckeners, (Defizite im Bereich von Wohlfahrt, Rechstaatlichkeit und Gewaltmonopol) die Frage stellen, ob in diesem Sinne nicht nachwievor Staatszerfall in Angola herrscht, wenn man ganz dem *Task Force* Ansatz folgend, Säuglingssterblichkeit als allgemeinen Wohlstandsindikator versteht. In diesem Kontext erscheint das enorme Ausmaß der Säuglingssterblichkeit zudem als eine Konsequenz des noch andauerenden Staatszerfalls in Angola; Säuglingssterblichkeit wäre folglich als abhängige Variable zu verstehen.

4.3. Die erklärende Variable staatliche Diskriminierung von Minderheiten



Quelle: Eigener Entwurf nach Daten aus: *SFTF-Dataset: Frequently Tested Variables – SPSS*

4.3.1. Die Erklärungskraft für den Fall Kolumbien

In den Datensätzen der *Task Force* werden im Falle Kolumbiens lediglich für zwei Jahre, 1959 sowie 1974, Diskriminierungen von Minderheiten verzeichnet, welche sieben Prozent der Gesamtbevölkerung erfassen. Allerdings geben weder die *Task Force* Datensätze noch Berichte Auskunft darüber, welche Bevölkerungsgruppen oder Ethnien von dieser staatlichen Diskriminierung im jeweils genannten Zeitraum betroffen sind. Ebenso verzichtet die *SFTF* auf eine, wie sonst im Falle der anderen Variablen geschehen, Operationalisierung und Spezifikation, ab welchem Ausmaß an staatlicher Diskriminierung von einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Staatszerfall im definitorischen Sinne der *Task Force* gesprochen werden kann.

Von diesen methodischen Schwächen abgesehen, läßt sich grundsätzlich feststellen, dass staatliche Diskriminierung von Minderheiten als erklärende Variable für Staatszerfall in Kolumbien nicht in Frage kommt, da sowohl zwei Jahre vor dem gemessenen Problemfall ($Y=1$) im Jahre 1984, als auch für den gesamten Verlauf der bisher erfaßten Staatszerfallsepisode, die *Task Force* keine staatliche Diskriminierung verzeichnet (1975 – 1999: $Dispo4=0$).

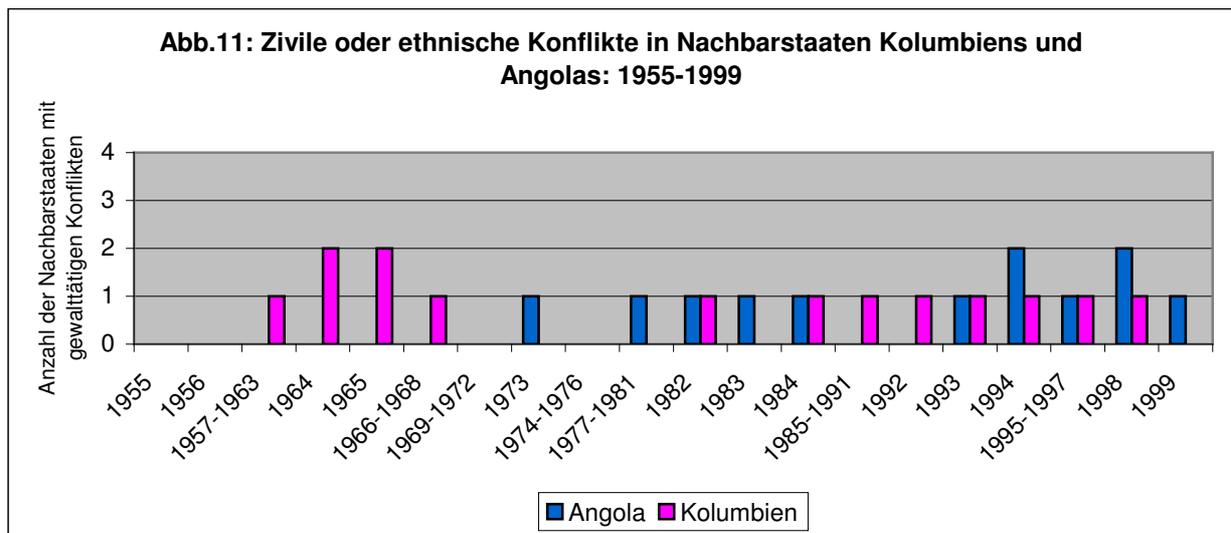
4.3.2. Erklärungskraft für den Fall Angola

Für den angolanischen Fall läßt sich ähnliches konstatieren. Wie im Falle Kolumbiens kann staatliche Diskriminierung von Minderheiten als erklärende Variable ausgeschlossen werden, da mit Ausnahme der Jahre 1992 bis 1995 in den Datensätzen der *Task Force* diesbezüglich nichts vorzufinden ist ($Dispo4=0$). Weder zwei Jahre vor Beginn des gemessenen Staatszerfalls noch im weiteren Verlauf der 1970er, 1980er und 1990er Jahre, abgesehen von der schon benannten Zeitspanne, stellt die *Task Force* staatliche Diskriminierungspraktiken fest. Allerdings verwundert dieser Befund, da sich Angola beispielsweise 1974 noch unter portugiesischer Kolonialherrschaft befand, und sich das portugiesische Regime durch eine manifeste Diskriminierungspraxis auszeichnete (siehe etwa Guimarães 1998: 8ff., Brittain 1998: 3f.).

Der einzige von der *Task Force* vermerkte Moment von staatlicher Diskriminierung begrenzt sich auf den Zeitraum von 1992 bis 1995, jene Zeitspanne, in welcher die blutigste Phase des angolanischen Bürgerkrieges ihren Lauf nahm (siehe V.1.2.). Den Datensätzen zu Folge erstreckten sich die Diskriminierungspraktiken auf 14% der Bevölkerung. Da der Bürgerkrieg zu diesem Zeitpunkt ausschließlich zwischen der als offizieller staatlicher Vertreter

agierenden und von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannten MPLA versus der diesen Status in Frage stellenden UNITA ausgetragen wurde, stellt sich die Frage, auf welche Bevölkerungsgruppe sich die Diskriminierung bezog. Denn die UNITA hatte ihren Rückhalt, wie in V.1.2. dargelegt, in der größten angolanischen Bevölkerungsgruppe, der Ovimbundo, welche zirka 40% der Gesamtbevölkerung stellen. Weder *Task Force* Bericht noch Datensätze konkretisieren die genannten Prozentzahlen.

4.4. Die erklärende Variable zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten



Quelle: Eigener Entwurf nach Daten aus: *SFTF-Dataset: Frequently Tested Variables - SPSS*

4.4.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien

Laut *Task Force* Berechnungen stellte diese Variable mit einer Odds Ratio von 14,3 die zweitstärkste erklärende Variable des *GM*. Werden in mindestens vier Nachbarstaaten gewalttätige Konflikte ausgetragen, so steigt die Wahrscheinlichkeit Staatszerfall zu erleiden um das 14,3fache. Zumindest rein geografisch erfüllt Kolumbien die Grundvoraussetzung für dieses Kriterium; es verfügt über Außengrenzen mit fünf souveränen Staaten. Allerdings war Kolumbien laut *Task Force* Datensatz nie mit mehr als zwei Nachbarländern konfrontiert, in denen gewalttätige zivile oder ethnische Konflikte ausgetragen wurden. Im Verlauf des aktuellen Konfliktes, ab Beginn der Staatszerfallsepisode im Jahre 1984 gerechnet, herrschte zudem nur in einem von fünf Nachbarländern ein ziviler Konflikt vor. Wie aus Abbildung 11 ersichtlich, befand sich von 1969 bis 1981 kein einziges Nachbarland in einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt. Zwei Jahre vor Beginn der gemessenen Staatszerfallsepisode ist zwar nach mehr als einem Jahrzehnt ein internen Konflikt in einem Nachbarstaat zu verzeichnen, doch kommt dieser im darauf folgenden Jahr schon wieder zum Erliegen.

Da die *Task Force* erst ab vier gleichzeitig stattfindenden internen Konflikten in angrenzenden Staaten von einem erhöhten Staatszerfallsrisiko spricht, scheidet im Falle Kolumbiens auch diese unabhängige Variable als erklärende Variable aus. Zum einen befindet sich im fraglichen Zeitraum nur maximal ein Nachbarstaat in gewalttätig ausgetragener konfliktiver Situation und des Weiteren tritt genau in dem Jahr (1999), in welchem Kolumbien die intensivsten Kampfhandlungen im Verlauf des gesamten bisherigen Revolutionskrieges zu verzeichnen hat, (siehe Abb. 5 und V.2.2) kein einziger ziviler Konflikt in Nachbarstaaten auf. In anderen Worten heißt dies, dass in dem Moment in welchem Kolumbien zum ersten und einzigen Mal in allen drei Kategorien von Staatszerfall im Sinne eines Revolutionskrieges (Anzahl der Kämpfer, Opfer und betroffenes Gebiet) die maximalen Höchstwerte erreicht, zeigen sich ebenfalls zum ersten Mal nach 15 Jahren alle angrenzenden Länder konfliktfrei.

4.4.2. Erklärungskraft für den Fall Angola

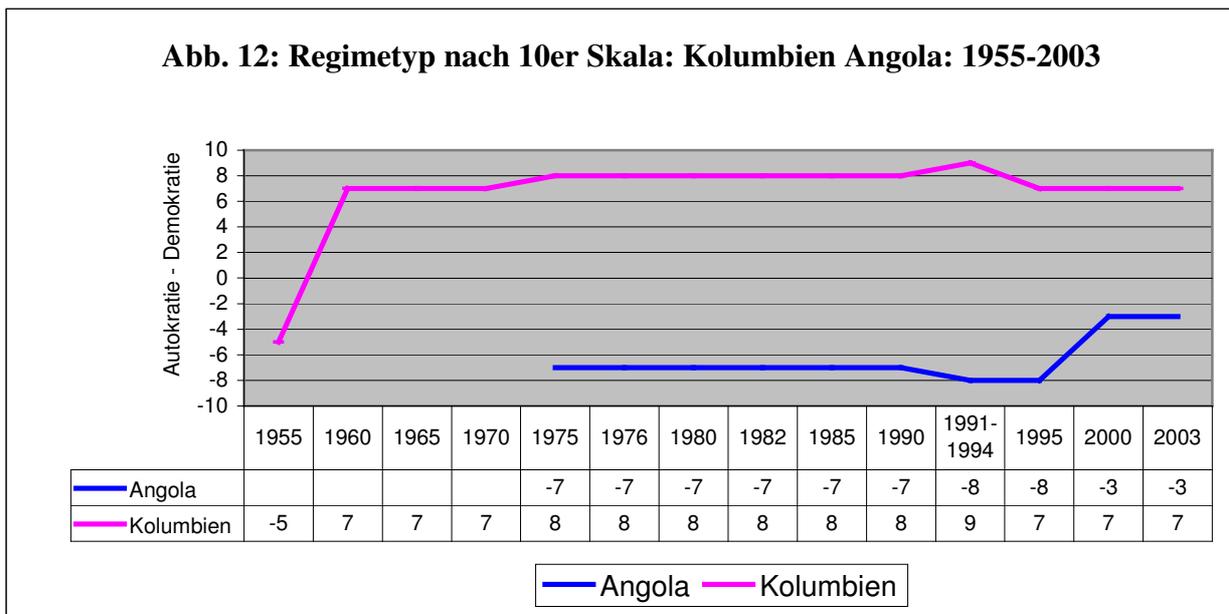
Bedingt durch die Tatsache, dass die *Task Force* nur Staaten in ihren Datensatz aufnimmt, die über juristische Staatlichkeit verfügen, und im subsaharischen Raum der Dekolonisierungs- und Staatswerdungsprozess (zumindest de jure) erst mit Ende der 1960er Jahre einsetzte, Staaten in Folge erst in der postkolonialen Phase über Souveränität verfügten, liegt im Falle Angolas Datenmaterial zu dieser Variable erst ab dem Jahr 1973 vor.

Zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten als erklärende Variable im angolanischen Kontext des Staatszerfalls lassen sich, zumindest dem *Task Force* Datensatz folgend ausschließen, da sowohl zwei Jahre vor der konstatierten Staatszerfallsepisode (1974), als auch zu Beginn dieser Episode im Jahre 1976 kein einziges der vier Nachbarländer gewalttätig geführte Konflikte austrug. Zudem befinden sich, ganz wie im kolumbianischen Fall, über die Gesamtphase des angolanischen Krieges nie mehr als maximal zwei Nachbarländern in zivil oder ethnisch gearteten Konflikten. Grundsätzlich zumindest erfüllt Angola ebenso wie Kolumbien die implizite Basis für die Anwendung dieser Variable; Angola grenzt an genau vier unabhängige Staaten.

Für ein wenn auch eingeschränktes Erklärungspotenzial der Variable spricht die Tatsache, dass die im Zuge der nach dem kurzen Friedensprozess von 1991-1992 wieder aufgenommen Kämpfe, welche innerhalb von zwei Jahren mehr als zwei Drittel der insgesamt 500.000 Bürgerkriegstoten zum Opfer fielen, (siehe V.1.2.) begleitet sind von einem Anstieg der Konflikte in den Nachbarstaaten. Da diese Konflikte dem Wiederausbruch der

Kriegshandlungen in Angola allerdings nach- und nicht vorgelagert sind, kann man maximal Angola selbst als destabilisierenden Faktor werten, nicht aber die Nachbarstaaten. Alles in allem bleibt der Befund bestehen, dass diese Variable weder für Kolumbien noch für Angola Erklärungskraft besitzt.

4.5. Die erklärende Variable Regimotyp



Quelle: Eigener Entwurf nach Daten aus: *SFTF-Dataset: Frequently Tested Variables - SPSS*, ergänzt für die Jahre 2000 und 2003 um *Polity IV Country Reports 2004*

Regimotyp “is by far the most influential risk factor”, schreibt die *Task Force* im *Executive Summary* zu ihrem Phase IV Report (Bates et al. 2003: vii). Allerdings muss diese Aussage insoweit relativiert werden, als dass sich von insgesamt sechs Regimekategorien lediglich drei (siehe hierzu IV.1.5.) aufgrund ihrer hohen Odds Ratio besonders hervorheben. Mit ansteigender Wahrscheinlichkeit für Staatszerfall sind dies zum einen *autocracies with some political competition* (Polity Skala 0 bis -10) mit einer Odds Ratio von 8,2, *weak full democracies* (Polity Skala 9-8) mit einer Odds Ratio von 12,8 sowie *weak partial democracies* (Polity Skala 1-7) mit der bei weitem höchsten Odds Ratio von beinahe 30 (siehe Tabelle 4).

4.5.1. Erklärungskraft für den Fall Kolumbien

Betrachtet man in Abbildung 12 den Verlauf der Regimeentwicklung, so ist augenfällig, dass sich Kolumbien von einer Autokratie Mitte der 1950er Jahre über eine schwache partielle Demokratie im Verlauf der 1960er, ab Mitte der 1970er Jahre zu einer scheinbar gefestigten

full democracy mit Werten zwischen „8“ und „9“ entwickelt, um dann Mitte der 1990er Jahre wieder auf den Status einer schwachen partiellen Demokratie zurückzufallen.

Diese Entwicklung impliziert zwei gegensätzliche Interpretationen hinsichtlich der Erklärungskraft der unabhängigen Variable Regimetyt: Einerseits könnte man argumentieren, dass sich Regimetyt nicht als erklärende Variable für den Fall Kolumbien eignet, da Kolumbien beinahe für ein gesamtes Jahrzehnt bis zur Staatszerfallsepisode 1984 konstant auf dem Wert „8“ verbleibt, welcher für *full democracy* und ein Grundmass an Stabilität stehen kann⁹³. Zusätzlich erhöht sich der Demokratiewert in Folge auf „9“ (1991-1994), den zweithöchsten Wert in der Polityskala für Demokratien. Da dieser Wert zudem genau mit Beginn der Expansionsphase des Revolutionskrieges erreicht wird, lässt dies in Konsequenz die Erklärungskraft der Variable für den Fall Kolumbien als fraglich erscheinen.

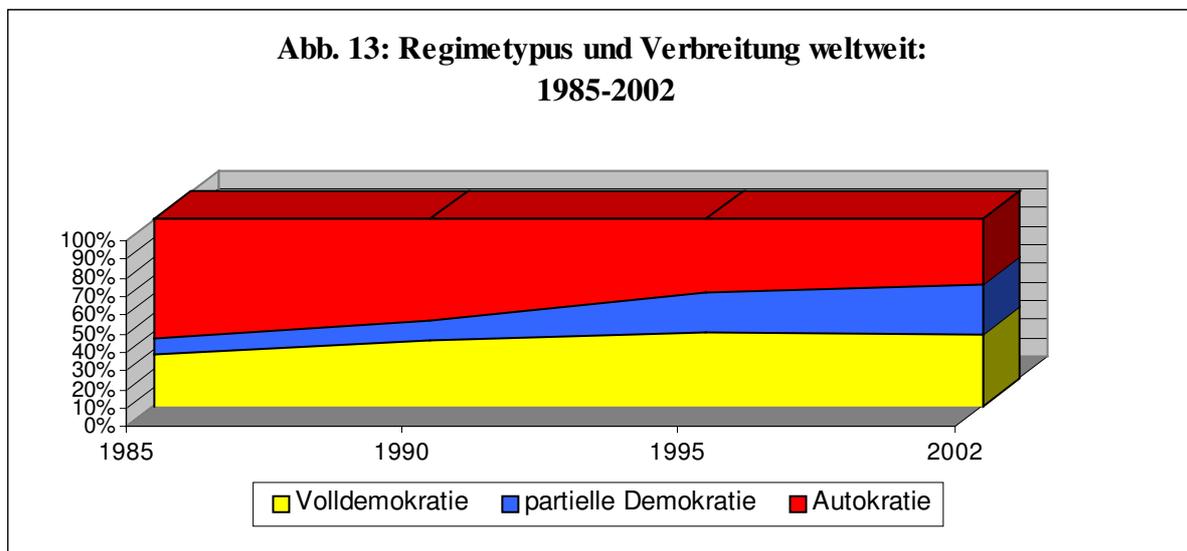
Andererseits reflektiert diese Entwicklung von partieller Demokratie hin zur Volldemokratie und der dann wieder erfolgte Rückfall eine fehlende demokratische Konsolidierung, welche der *Task Force* zu Folge („inconsistency breeds instability“) ein zentrales Element in der Anfälligkeit für Staatszerfall darstellt (Bates et al. 2003: 43). Zusätzlich könnte man als Argument für die Erklärungskraft der Variable ins Feld führen, dass ab 1995, dem Jahr in welchem Kolumbien von einer *full democracy* auf eine *partial democracy* herabgestuft wird, der Revolutionskrieg hinsichtlich seiner Ausbreitung einen ersten Zenit erreichte (siehe Abb. 4) und die FARC erste große militärische Erfolge gegen das kolumbianischen Militär zu verzeichnen hatte. Gegen diese Argumentation kann wiederum eingewendet werden, dass, da beide Prozesse zeitlich parallel verliefen, die Verschlechterung der Demokratiewerte von *full democracy* zu *partial democracy* nur bedingt als Erklärung (Ursache) für die Intensivierung des Revolutionskrieges dienen kann.

Eine abschließende Beurteilung der Erklärungskraft der unabhängigen Variable Regimetyt für den Fall Kolumbien kann, vor allem aufgrund der in Fußnote 93 angeführten interpretatorischen Ambivalenzen, nicht vorgenommen werden.

⁹³ Einer eindeutigen Interpretation dieser Werte steht die Tatsache im Wege, dass die Zahlen „8-9“ zwar eine *full democracy* repräsentieren, dieser Wert jedoch sowohl schwache als auch starke Volldemokratien umfasst (siehe Bates et al. 2003: 37f.). Dies erschwert eine genaue Zuordnung zur jeweiligen Subkategorie und hat ernsthafte Implikationen für die Interpretation, da die selbe Zuordnung auf der Polity Skala entweder eine relative Garantie für Stabilität oder aber die um das 12,8fach erhöhte Wahrscheinlichkeit, Staatszerfall zu erleiden, bedeuten kann. So wird etwa Frankreich für das Jahr 2002 mit einem Demokratie Score von „9“ als *weak full democracy* gewertet, Jamaika erzielt zwar ebenso einen Polity IV Score von „9“, wird jedoch von der Task Force als *strong full democracy* eingeordnet (siehe Bates et al. 2003: 38-39). Die offensichtliche Hinterfragbarkeit dieser qualitativen Zuordnung hinsichtlich Frankreichs und Jamaikas kann und wird im Rahmen dieser Arbeit nicht thematisiert werden.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass partielle Demokratie als die statistisch betrachtet bedeutsamste Variable für die Wahrscheinlichkeit von politischer Instabilität sowie Staatszerfall zumindest nicht als Erklärung für den Beginn der kolumbianischen Staatszerfallsepisode dienen kann, da zu diesem Zeitpunkt Kolumbien als *full democracy* gewertet wird.

Die Variable partielle Demokratie erscheint aber zumindest über Erklärungspotenzial für den Fortgang und die Intensivierung des Staatszerfallprozesses zu verfügen. In diesem Zusammenhang bekommt sie zudem mehr statistisches Gewicht durch die Tatsache, dass sie im Verhältnis zu den beiden anderen Hauptkategorien relativ seltener auftritt (siehe Abbildung 13):



Quelle: Eigener Entwurf und Zählung auf Basis der Daten von: *SFTF-Dataset: Frequently Tested Variables - SPSS*

4.5.2. Erklärungskraft für den Fall Angola

Wie aus Abbildung 12 ersichtlich, erfolgte im Falle Angolas eine Erfassung des Regimetypus durch den *Polity-Index* erst mit der Unabhängigkeit 1975. Daraus folgt, dass die nach *Task Force* Konzeption mit zweijähriger Antizipation erfolgende Prognose von Staatszerfall, aufgrund des fehlenden Wertes für das Jahr 1974 nicht auf den statistisch relevantesten Modellfaktor Regimetypus zurückgreifen kann. Eine Evaluierung des Erklärungspotenzials der unabhängigen Variable Regimetypus im Falle Angolas ist folglich, zumindest in Bezug auf den Beginn der Staatszerfallsepisoden im Jahre 1976, nicht zu leisten.

Für den weiteren Verlauf der Staatszerfallsepisode verfügt die Variable Regimetypus über keine Erklärungskraft, da sich die Autokratiewerte von 1975-1995 in den Bereichen von „-7“ bis

„-8“ bewegen. Jene Werte stehen für *autocracy with no political competition* und dieser Typus wird zusammen mit *strong full democracy* von der *Task Force* als die stabilste Regimeform betrachtet:

„Our research consistently identifies *strong full democracies* and *autocracies with no political competition* as the most stable arrangements. In our global model, these two regime types, which represent the end points on our continuum from least to most democratic, were found to have essentially the same low odds of political instability” (Bates et al. 2003: 42, Hervorhebungen im Original).

Als einen weiteren Aspekt der gegen die Erklärungskraft von Regimetyp im angolanischen Fall spricht, könnte man anführen, dass der Wechsel von Autokratie ohne politischen Wettbewerb zu mit einer Odds Ratio von 8,2 als weit instabiler eingeschätzten Autokratie mit politischem Wettbewerb (von „-8“ zu „-3“), in dem Moment erfolgte, in welchem die Guerillaaktivitäten der UNITA immer mehr an Dynamik verloren, und in Folge die MPLA, also die offizielle Staatsgewalt, größtenteils die Kontrolle über weite Teile Angolas reetablieren konnte. Der Definitionslinie der *Task Force* folgend hieße dies, dass erst mit Abklingen des Revolutionskrieges, im *SFTF* Verständnis des Staatszerfalls, der Wechsel zu einem für politische Instabilität anfälligen Regimetyp stattfand.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass aus der nicht gegebenen Regimezuordnung für das Jahr 1974 zum einen die Unmöglichkeit einer Qualifizierung der Erklärungskraft selbiger Variable für den Beginn der Staatszerfallsepisode in Angola folgt, und zum anderen, aufgrund der Zentralität dieser Variable, eine generelle Infragestellung des gesamten Erklärungspotenzials des *GM* für den angolanischen Fall.

VI. So what? Fazit und Ausblick

Zielsetzung dieser Masterarbeit war es, das *Global Model*, nach der erstmalig im Mai 2006 erfolgten umfassenden Veröffentlichung von Datensätzen und Forschungsergebnissen, einer kritischen Analyse zu unterziehen. Gerechtfertigt wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Modell über die direkte Policy-Relevanz, die das *GM* als Auftragsarbeit von US-Regierung sowie CIA entfalten kann.

Unter „kritischer Analyse“ verstand sich im Rahmen dieser Arbeit zum einen die bewusste Untersuchung des *GM* auf methodologische, theoretische und analytische Schwächen im Bereich der Makroebene des Modells. Dies beinhaltete eine detaillierte Exploration der vorgenommenen Definitionen, der Datenauswahl sowie Modellbildung. In diesem analytischen Schritt lag der Fokus auf der abhängigen Variable. In einem zweiten Schritt wurden zum anderen die durch das *GM* selektierten fünf unabhängigen Schlüsselvariablen auf ihre Konsistenz mit anderen Forschungsergebnissen, ihre statistische Signifikanz und ihre Verortung im kausalen Gefüge geprüft. Im Anschluss daran erfolgte eine Evaluierung der von der *Task Force* gezogenen kausalen Schlüsse sowie der generellen Vorhersage- und Erklärungsperformanz des Modells. Um das Vorhersage- und Erklärungspotenzial des Modells im konkreten Einzelfall zu testen, wurden anschließend die fünf unabhängigen Schlüsselvariablen auf zwei Fallbeispiele, Kolumbien und Angola, angewandt.

Aufgabe dieses Endkapitels ist es, die im Zuge der Analyse aufgedeckten methodologischen, theoretischen und systemischen Schwächen zusammenzufassen sowie einer allgemeinen Bewertung zu unterziehen. Hierzu werden zunächst die im Kontext der Makroebene eruierten Schwächen der Outcome-Variable vorgestellt und bewertet, daran anschließend die der erklärenden Variablen. Abgeschlossen wird das Fazit der auf der Makroebene angesiedelten Analyse mit einer Endevaluierung der Prognose- und Erklärungsperformanz des *GM*. Dem selben Muster folgend werden dann die mittels der Anwendung des *GM* auf die beiden Fallstudien, Kolumbien und Angola, erkannten methodologischen und analytischen Defizite zusammengefasst und beurteilt. Abschließend wird die Quintessenz aus Makroanalyse und regionalspezifischer Anwendung präsentiert sowie ein Ausblick auf die Verbesserungsmöglichkeiten sowie Erfolgsaussichten des *GM* gegeben.

1. Die Makroebene des *Global Model*

1.1 Die abhängige Variable

1.1.1. Staats(zerfalls)verständnis und Definition

"State collapse is a long-term degenerative disease" (Zartman 1995: 9).

Dieser viel zitierte Satz Wiliam Zartmans nahm eine Art Pionierfunktion wahr, indem er die Idee des Kontinuums in der Staatszerfallsforschung verankerte. Wie in Kapitel II zur aktuellen *state failure* Debatte detailliert dargelegt, ist im 21. Jahrhundert diese Betrachtungsweise mittlerweile wissenschaftlicher Konsens. Eine der wenigen Ausnahmen, die Staatszerfall in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung als binäres Konzept versteht, ist das im Rahmen dieser Magisterarbeit analysierte *Global Model*. Die Konzeptualisierung von Staatszerfall im Falle der *Task Force* beschränkt sich auf Staatszerfall ($Y=1$) beziehungsweise kein Staatszerfall ($Y=0$) und negiert somit den Prozesscharakter von *state failure*. Grundsätzlich ist auffällig, dass Staatszerfall von der *Task Force* nicht über den Staat und dessen defizitäres Angebot an politischen Gütern wie Wohlfahrt, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit (siehe etwa Rotberg und Schneckener in II. 2.) definiert wird, sondern über „those forms of instability that in our view pose the most serious challenge to U.S. national security and foreign policy“ (Bates et al. 2003: 8).

In Konsequenz kann festgehalten werden, dass der Forschungsfokus der *SFTF* gar nicht explizit auf den Staat ausgerichtet ist, sondern auf Sicherheitsrisiken für die US-Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Risiken werden von der *Task Force* völlig atheoretisch und aus rein pragmatischen Motiven als Staatszerfall bezeichnet (siehe I. 8.). Nichtsdestotrotz vertritt die *Task Force* den Anspruch, den Terminus Staatszerfall überhaupt erst präzise definiert zu haben:

“In Washington in the nineties, people were using the failed state as an umbrella concept. Those of us on the State Failure Task Force had the job of giving it more precise meaning. So we met four different kinds of conflicts; revolutionary wars, ethnic wars, abrupt changes in governance, and the occurrence of genocide and politicides [...] (Task Force Mitglied Ted. R. Gurr in einem Interview mit Rachel Strohl vom Center for Defense Information (CDI) 2002: 1).

Im Verlauf der vorliegenden Arbeit konnte jedoch gezeigt werden, dass gerade das spezifische Staatszerfallsverständnis der *Task Force* und die damit einhergehende Definition sowie Operationalisierung der abhängigen Variable Staatszerfall schwerwiegende methodologische Probleme und Unklarheiten implizieren:

1.) Eine der zentralen Schwächen liegt in der Heterogenität der Fälle, die mittels der Definition durch eine einzige abhängige Variable erfasst werden. Es konnte unter Bezugnahme auf King und Zeng nachgewiesen werden, dass den vier Komponenten von Staatszerfall im Sinne der *Task Force* (Revolutionskrieg, ethnischer Krieg, feindlicher Regimewechsel sowie Genozid/Politizid) jeweils eine unterschiedliche kausale Struktur unterliegt. Verstärkt wird diese Problematik durch die Auswahl der Problemfälle aus einem Zeitraum von beinahe 50 Jahren (1955 bis 2004), was zu einer sehr breiten Streuung der abhängigen Variable führt.

2.) Kritisch hinterfragbar erscheint außerdem aus analytischen Motiven die definitorische Gleichsetzung von Staatszerfall mit gewalttätig gearteten Konflikten. Verwiesen wurde im Kontext dieser Arbeit zum Beispiel auf den Fall Albaniens, in dem es zu einem kompletten Niedergang aller Staatsfunktionen kam, ohne dass dies von stärkeren gewalttätigen Auseinandersetzungen begleitet war.

3.) Untersucht man die Unterkategorien der Outcome-Variable, so tauchen Zweifel auf, ob ihrer Position im kausalen Gefüge. Revolutionskrieg, ethnischer Krieg, feindlicher Regimewechsel sowie Genozid/Politizid erscheinen nicht als geeignete Messkriterien von Staatszerfall, sondern nehmen viel eher die Funktion von erklärenden Variablen für *state failure* ein.

Abschließend urteilend, muss gesagt werden, dass die Outcome-Variable Staatszerfall mit ihren vier Subkategorien definitorisch zu grob strukturiert ist und somit zu unterschiedliche Dimensionen von innerstaatlichen Konflikten erfasst, um dem Projekt internen Anspruch an Policy-Relevanz und Präzisierung des Terminus zu genügen. In weiterer Konsequenz begrenzen diese Defizite auch die Prognose- und Erklärungsfähigkeit des Modells (siehe hierzu VI. 2.1.).

1.2.1. Datenauswahl

Hinsichtlich der Datenauswahl für die abhängige Variable erbrachte die Analyse zwei zentrale methodologische Schwachpunkte. Zum einen konnte der Autor ignorierte Pfadabhängigkeit in Verbindung mit einem inkonsequent angewandten *case-control*-Design nachweisen. In den Datensätzen der *Task Force* finden sich Länder (siehe den exemplarischen Fall von Äquatorial Guinea in IV.2.1.2.), die innerhalb von nur drei, vier Jahren sowohl in der Problem- (Y=1) als auch Kontrollgruppe (Y=0) geführt werden. Damit wird einerseits

grundsätzlich die von der *SFTF* vorgegebene Trennschärfe zwischen Kontroll- und Problemfälle in Frage gestellt (siehe etwa *Task Force* Bericht V von Goldstone et al. 2005: 8f.), andererseits ignoriert die *Task Force* durch dieses methodologische Vorgehen mögliche zeitliche Nachwirkungen von Staatsversagen.

Falls diese aber, entgegen der Annahme der *Task Force*, doch vorliegen (was im betreffenden Zeitraum von drei Jahren als nicht unwahrscheinlich anzusehen ist), hätte dies weitreichende Verzerrungen im *case-control-design* zur Folge und würde somit die Validität des gesamten Forschungsdesigns und der daraus gewonnenen Resultate in Frage stellen. Die Basis für eine erfolgreiche Durchführung des *case-control-design* stellt die Vermeidung von Überschneidungen und somit die saubere Trennung von Problem- und Kontrollfällen dar. In einem medizinischen Kontext ist es undenkbar, dass in einem *case-control design* eine Person in die Kontrollgruppe aufgenommen wird, die vor drei Jahren an Krebs litt, nun aber als krankheitsfrei gilt (siehe hierzu Rothman 2002: 75f.). In Anbetracht der Tatsache, dass die *SFTF* jene Forschungsmethode mit nur leichten Variationen für ihr Forschungsdesign von der epidemiologischen Medizinforschung übernahm (siehe IV. 1.4.), sollte auch die dort übliche strikte Trennung von Problem- und Kontrollgruppen appliziert werden.

Zum anderen konnte im Zuge der Arbeit Inkonsistenz bei der Länderauswahl und Zuordnung aufgezeigt werden. Die *SFTF* wertet beispielsweise, wie in IV. 2.1.3. dargelegt, die Auflösung der UdSSR sowie Jugoslawiens als Staatszerfall, nicht hingegen jedoch die Teilung der ČSSR. Dies ist systematisch schwer zu rechtfertigen, da in allen drei Fällen die Auflösung des Staates im institutionell-verfassungsrechtlichen Rahmen vonstatten ging. Die im späteren Verlauf sehr unterschiedlichen Entwicklungen der Staatlichkeit erfolgten alle erst nach der offiziellen Unabhängigkeit der Teilrepubliken beziehungsweise nach Auflösung der betroffenen Staaten.

Des Weiteren erweist sich die von der *Task Force* vorgenommene Zuordnung von Ländern nach Weltregionen als inkonsistent. Kanada wird beispielsweise unter Europa subsumiert, da laut *Task Force* Angaben eine Zuordnung zur Weltregion Amerika zu statistischen Verzerrungen führen würde und in Kanada ähnliche sozioökonomische Konditionen wie in Europa vorzufinden seien. Dieser Argumentation folgend, müsste die *Task Force* ebenso Australien und Neuseeland zu Europa zählen. Jene beiden Länder verbleiben jedoch laut Datensätzen in der Ostasiengruppe (siehe Goldstone et al. 2005: 8f.).

Zu statistischen Verwerfungen kann es in diesem Zusammenhang zudem nur durch die wissenschaftlich nicht zu rechtfertigende Ausklammerung der USA aus dem gesamten *GM*-Kontext kommen. Eine Maßnahme, die den gesamten wissenschaftlichen Wert des Projektes mindert, sowohl indem mit dem wissenschaftlichen Grundsatz der Unverzerrtheit als auch dem der wissenschaftlichen Unabhängigkeit gebrochen wird (siehe VI. 5 für eine Diskussion um die wissenschaftliche Unabhängigkeit des *SFP*).

1.2. Die erklärenden Variablen

Die Analyse der fünf unabhängigen Schlüsselvariablen (Regimetyp, zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten, staatliche Diskriminierung, Säuglingssterblichkeit, Handelsoffenheit) ergab vier zentrale methodologische Defizite:

1. unklare Verortung in der Kausalkette,
2. Inkonsistenz mit anderen Forschungsergebnissen,
3. unzureichende Signifikanzergebnisse (in t-Test, Chi-Quadrat-Test sowie finalem Regressionsmodell),
4. fehlende intersubjektive Überprüfbarkeit und Ideologieverdacht.

1.) Bei drei der fünf als unabhängig deklarierten Schlüsselvariablen konnte aufgezeigt werden (siehe IV. 2.2.), dass eine zweifelsfreie Verortung als unabhängige Variable nicht gegeben ist. Säuglingssterblichkeit, staatliche Diskriminierung sowie Regimetyp (etwa partielle Demokratie) erscheinen bei der Konstruktion von Kausalketten eher als indirekte Indikatoren dafür, dass der Staat sich bereits im Staatszerfallsprozess befindet, ihnen ist folglich die Funktion von abhängigen Variablen zuzusprechen.

2.) Im Falle der Variable Handelsoffenheit wurde nachgewiesen, dass aktuelle Forschungsergebnisse sowie die Revision des *GM* durch King und Zeng der Annahme der *SFTF* hinsichtlich der Korrelation von niedriger Handelsoffenheit mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für *state failure* und vice versa eindeutig widersprechen (siehe IV. 2.2.1.).

3.) Die Analyse des ersten Selektionsprozesses der *Task Force* mittels t-Test und Chi-Quadrat-Test ergab, dass Handelsoffenheit in das Set der Schlüsselvariablen aufgenommen wurde, obwohl es die nötige Signifikanzschwelle von $p > 0,10$ nicht erreichte (siehe IV. 2.2.1 sowie Tabelle 3). Ein ähnliches Ergebnis erbrachte die Untersuchung der Testläufe im interaktiven logistischen Regressionsmodell. Auch hier lagen die Signifikanzwerte der Variable Handelsoffenheit weit unter denen der restlichen vier Schlüsselvariablen, und mit

einem p-value von $<0,05$ blieb es erneut unter der im Regressionsmodell gesetzten Signifikanzschwelle von $p<0,01$.

4.) In den *Task Force* Forschungsberichten der Phase IV und V wird zu diesen Unklarheiten in keiner Weise Stellung bezogen, so dass nicht nachvollziehbar ist, aufgrund welcher wissenschaftlichen Prämissen Handelsoffenheit Eingang in das Global Modell fand. Eine intersubjektive Kontrolle der Schlüsselvariablenauswahl ist daher nicht möglich. Die Tatsache, dass sich die Variable weder konsistent zeigt mit anderen Forschungsergebnissen noch die nötigen Signifikanztests in den Modellreihen erfüllt, nährt den Verdacht, dass die Variable Handelsoffenheit eher aus ideologischen, denn wissenschaftlichen Motiven Eingang in das Endmodell fand.

1.3. Prognose- und Erklärungsperformanz

Aufbauend auf den Ergebnissen der vorliegenden Magisterarbeit kann der Schluss gezogen werden, dass das *GM* dem expliziten Anspruch des *SFP* „to assess and explain the vulnerability of states around the world to political instability“ (Bates et al. 2003: vii) im Gesamtverlauf des mehr als zehn Jahre währenden Entwicklungsprozesses nicht gerecht wurde.

Hinsichtlich des prognostischen Anspruchs ist festzuhalten, dass trotz einer Verbesserung der Vorhersagefähigkeit um mehr als 13 Prozentpunkte im Verlauf der Modellentwicklung⁹⁴ diese noch weit entfernt ist von der für eine „effective policy response“ nötigen über 90% Vorhersagegenauigkeit (Esty et al. 1998: 29). Zudem basiert die bisherige Prognoseperformanz auf reinen *in-sample*-Tests. Wie in Kapitel IV. 2.5. detailliert dargelegt wurde, bedingt aber die ausschließliche Begrenzung auf *in-sample*-Tests schwerwiegende Konsequenzen für die Vorhersage- und Erklärungskraft des Modells. Die gesamten *in-sample*-Testreihen beruhen im Falle der *Task Force* auf einem einzigen historischen Datensatz, so dass es in Folge unmöglich ist, korrekt zu erfassen, ob das Modell tatsächlich kausale Strukturen des Staatszerfalls aufdeckt oder lediglich idiosynkratische Merkmale der verwendeten Stichproben.

Das Modell ist demnach aufgrund der fehlenden *out-of-sample* Tests nicht in der Lage, einen Nachweis über die Gültigkeit der kausalen Struktur zu erbringen. Da nach King und Zeng allerdings jeder Anspruch auf genaue Vorhersagen zugleich eine Behauptung von kausalen

⁹⁴ Die Steigerung erfolgte von zirka 67% in Phase I bis II (1994-1998) auf über 80% in den Phasen IV-V (2002-2005).

Strukturen impliziert, ist in Konsequenz die Genauigkeit der *SFP* Prognose als begrenzt zu bezeichnen.

Ebenso konnte mittels der Analyse aufgezeigt werden, dass das *GM* in Bezug auf die Erklärungsperformanz seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird. Wie in Kapitel IV. 2.5. detailliert nachgezeichnet wurde, reduziert sich der Beitrag des Modells zur Erklärung des Phänomens Staatszerfall auf induktiv abgeleitete Kausalhypothesen, die zudem in keinen theoretischen Kontext gestellt werden. Die Festlegung einer Kausalbeziehung ist jedoch theoretisch zu begründen und kann nicht, wie im Falle der *Task Force* geschehen, allein aufgrund der durch die Schlüsselvariablen erzeugten hohen Odds-Ratio Werte bezeugt werden.

Ein weiterer Aspekt, der die Erklärungskraft des Modells erheblich limitiert, ist die Unmöglichkeit der Beweisführung im Zuge der kausalen Schließungen der *Task Force*. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind die fünf Schlüsselvariablen. Von diesen sind allerdings drei Fünftel Indikatorvariablen (siehe IV. 2.3.), die für ganze Variablencluster stehen, was es unmöglich macht, die kausalen Effekte korrekt einzuschätzen sowie zu quantifizieren. Genau dies ist aber der projektinterne Anspruch an das erklärende Moment des *GM*, so dass

„[...] it would be possible for the United States in collaboration with the other Atlantic democracies, to devise joint programs of action. That means joint development programs, and maybe collaborative programs of preventive action, that could head off future state failures (Task Force Mitglied Ted R. Gurr in einem Interview mit Rachel Strohl vom Center for Defense Information (CDI) 2002: 1).

2. Anwendung des Global Model auf Kolumbien und Angola

2.1. Die abhängige Variable

Die Anwendung des *GM* auf den angolanischen und kolumbianischen Fall erwies sich als nutzbringend. Dank der fallspezifischen Anwendung konnten weitere methodische und analytische Defizite im Bereich der Outcome-Variable aufgedeckt werden, mit direkten negativen Implikationen für die Policy-Relevanz des Modells:

1. analytisch nicht sinnvolle Intervallbreite der Operationalisierung und Kodierung von Staatszerfall,
2. fehlende Skalierung und Kodierung für intervenierende Variablen (externe Intervention),
3. hinterfragbare Klassifizierung Angolas als Revolutionskrieg,

4. mit der Fachliteratur sich stark widersprechende Kombattanzahlen für Kolumbien,
5. fehlende intersubjektive Überprüfbarkeit der Quellen und Berechnungen zur Outcome-Variable Revolutionskrieg,
6. Inadäquanz des Makromodells zur Erfassung von regional begrenzten Konfliktherden.

1.) Die von der *Task Force* gewählte 4er Skala zur Erfassung des Ausmaßes eines Revolutionskrieges erwies sich in der Anwendung auf beide Fallbeispiele als analytisch unbrauchbar. Im Falle der Anzahl der Kombattanten steht der Skalierungswert von „3“ für 5.000 bis 15.000 Kombattanten, das heißt, ein konstant bleibender Wert auf der Skala kann im Extremfall eine Verdreifachung der Kämpferzahlen repräsentieren. Es konnte beispielsweise gezeigt werden, dass bezogen auf Kolumbien, der Graph von 1984 bis 1998 auf der *Task Force* Skala konstant den Wert „3“ anzeigt, obwohl laut Fachliteratur genau dieser Zeitraum für die stärkste militärische Wachstumsphase der Guerilla steht. Die Guerilla wuchs von 700 Kämpfern Mitte der 1990er Jahre auf über 20.000 Ende der 1990er. Dies macht deutlich, dass mittels der gewählten Skalierung die *Task Force* in keiner Weise in der Lage ist, die substanziellste Entwicklung im kolumbianischen Bürgerkrieg zu erfassen. Im angolanischen Fall konnte dasselbe Defizit im Bereich der Opferzahlen aufgezeigt werden (siehe V. 2.5.2.).

2.) Durch die Anwendung des *GM* auf Angola wurde veranschaulicht, dass die gewählte Definition und Kodierung von Revolutionskrieg, welche in keiner Weise äußere Einflussnahme und Interventionen berücksichtigt, für die Zielsetzung der *Task Force* nicht sinnvoll ist. Sie wird weder der realen Situation noch dem Anspruch der Erklärbarkeit gerecht, da es für die Analyse und Policy-Relevanz erhebliche Implikationen bedingt, ob ein Konflikt aus internen Ressourcen (Kolumbien) geführt wird, oder wie im Falle Angolas mit mehr als 60.000 Mann fremder Interventionstruppen (siehe V. 2 .5.2.).

3.) Sowohl Kolumbien als auch Angola werden in den Datensätzen der *Task Force* als Revolutionskrieg geführt. Im Verlauf des Kapitels V konnte jedoch dargelegt werden, dass die Klassifizierung Angolas als Revolutionskrieg der realen kriegerischen Situation im Land nicht gerecht wurde: Zum einen war Angola von 1976 bis 1990 Schauplatz eines konventionell geführten Stellvertreterkrieges, zum anderen ließen sich die Konfliktlinien innerhalb Angolas ziemlich eindeutig auf ethnische Identitäten zurückführen (siehe V. 2.).

4.) Kolumbien wird von der *Task Force* durchgehend von 1984 bis 1998 bezüglich der Kombattanzahl auf den Wert „3“, der für 5.000-15.000 KämpferInnen steht, skaliert. Die verfügbare Fachliteratur zu Kolumbien schätzt allerdings ausnahmslos die Anzahl der Kämpfer von Mitte bis Ende der 1980er Jahre auf 1.000 bis maximal 3.000 Kämpfer. Die Verwendung von allem Anschein nach erhöhter Kombattanzahlen durch die *SFTF* kann direkte Verzerrungen in der Messung der Outcome-Variable zur Folge haben.

5.) Die *Task Force* gibt zwar detailliert die Quellen zur Berechnung der erklärenden Variablen an, nicht jedoch für die drei Variablen des Revolutionskrieges: Kombattanten, Opfer und betroffenes Territorium. Es ist in Folge wissenschaftlich unmöglich nachzuvollziehen, auf welchen Datengrundlagen die Messungen der Outcome-Variable erfolgten. Dies verletzt den wissenschaftlich etablierten Standard.

6.) Kolumbien präsentiert sich im urbanen Raum, wie im empirischen Teil der Arbeit gezeigt werden konnte, als recht stabil und kaum von Staatszerfall im Sinne der *Task Force* betroffen, ganz im Gegensatz zum ruralen Raum. Hierin zeigt sich nun eine der zentralen Schwächen des Makromodells in seiner länderspezifischen Anwendung: Das *GM* erfasst durch sein Design nur Durchschnittswerte, viele *state failure* Tendenzen zeigen sich aber, wie auch im kolumbianischen Fall, nur in gewissen Regionen eines Landes. Da das *GM* aber den Anspruch hat, präventive Maßnahmen zu erleichtern, respektive effizienter zu gestalten, stellt die Unfähigkeit des Modells, Revolutionskrieg in seiner regionalen Ausprägung zu erkennen und einzugrenzen, ein schwerwiegendes Manko dar. Die vom *GM* errechneten Durchschnittswerte sind in diesem Sinne analytisch wertlos, oder um einen Metapher von Daniel Lambach zu verwenden „wenn der Jäger einmal links und einmal rechts am Hirsch vorbeischießt, hat er ihn zwar im Durchschnitt, aber nicht wirklich zweimal getroffen“ (Lambach 2005: 10).

2.2. Die erklärenden Variablen

2.2.1. Erklärungs- und Vorhersageperformanz

Die Untersuchung der fünf Schlüsselvariablen auf ihre Erklärungskraft für die Staatszerfallsprozesse in Angola und Kolumbien kam, mit Ausnahme der Variable Handelsoffenheit im Falle Kolumbiens, zu einem negativen Ergebnis:

Tabelle 7: Evaluierung der Erklärungskraft der unabhängigen Variablen des GM für den Beginn der Staatszerfallsepisode in den jeweiligen Fallstudien

Die erklärenden Variablen	Angola	Kolumbien
Erklärungskraft der Variable Handelsoffenheit	nein	ja
Erklärungskraft der Variable Säuglingssterblichkeit	nein	nein
Erklärungskraft der Variable staatliche Diskriminierung	nein	nein
Erklärungskraft der Variable zivile oder ethnische Konflikte in Nachbarstaaten	nein	nein
Erklärungskraft der Variable Regimetyyp	Evaluierung nicht zu leisten	nein
Endresultat	0 von 5 Variablen mit Erklärungskraft	1 von 5 Variablen mit Erklärungskraft

Quelle: eigene Darstellung

Es konnte im Rahmen des fünften Kapitels aufgezeigt werden, dass keine der statistisch relevanten unabhängigen Variablen in Konfrontation mit den konkreten Länderstudien als erklärende Variable für den Beginn einer Staatszerfallsepisode in Frage kommt. Aufgeschlüsselt nach beiden Ländern ergibt sich folgendes Bild:

Im Falle Kolumbiens zeigt mit Ausnahme der Variable Handelsoffenheit⁹⁵ keine weitere unabhängige Variable Erklärungspotenzial für den Beginn der Staatszerfallsepisode 1984:

- Die Säuglingssterblichkeitsrate liegt konstant unter dem globalen (wie auch lateinamerikanischen) Durchschnitt und verläuft zudem umgekehrt proportional zu den seit 1984 ansteigenden Staatszerfallswerten,
- Weder für 1982, noch im weiteren Verlauf der Staatszerfallsepisode verzeichnen die Datensätze der *SFTF* staatliche Diskriminierung von Minderheiten,
- Von den fünf Nachbarstaaten Kolumbiens befindet sich 1982 nur ein einziger in einem zivilen Konflikt und 1999, in der Hochphase des Revolutionskrieges, befindet sich kein einziger Nachbarstaat in interner konfliktiver Situation,

⁹⁵ Handelsoffenheit wird mit einer Odds-Ratio von 1,5 als statistisch nicht relevant betrachtet. Siehe zudem S. 107 für weitere Erläuterungen zur Relativierung der Erklärungskraft dieser Variable.

- Der Regimetyyp Kolumbiens wird für 1982 von der *Task Force* als *full democracy* gewertet.

Die Erklärungskraft der Variable Handelsoffenheit wird zudem durch zwei Aspekte relativiert: Zum einen stellt Handelsoffenheit mit einer Odds Ratio von 1,5 im Kontext des *GM* diejenige erklärende Variable mit der geringsten statistischen Relevanz. Des weiteren wurde bereits in Kapitel IV. 2.2.1. dargelegt, dass die Aufnahme der unabhängigen Variable Handelsoffenheit in das Set der Schlüsselvariablen unter methodologisch nicht nachvollziehbaren Gründen erfolgte. Damit relativiert sich die Erklärungskraft selbiger Variable sowohl grundsätzlich als auch im länderspezifischen Fall Kolumbiens.

Die Inadäquanz der Variablen zur Erklärung von Staatszerfall für Kolumbien findet ihren Widerhall auch in der überdurchschnittlich schlechten Vorhersageperformanz des Modells für Kolumbien. Entgegen der für das Gesamtmodell geltenden zirka 80%igen Prognosegenauigkeit, erbrachte die Analyse der Modellergebnisse für Kolumbien eine um 30 Prozentpunkte niedrigere Vorhersagequote. Von einem Problem- und drei Kontrollfällen konnte das Modell nur 50% korrekt klassifizieren.

Für Angola ergibt sich hinsichtlich der Erklärungskraft ein noch nachteiligeres Bild. Von den fünf untersuchten Schlüsselvariablen zeigt im Falle Angolas (siehe Tabelle 7) keine einzige Erklärungskraft; weder für den Staatszerfallsbeginn noch für dessen weiteren Verlauf. Es stellt sich damit auch grundsätzlich die Frage, wie das *GM* korrekt Staatszerfall für 1976 vorhersagen konnte. Das Modell musste für das Jahr 1974 auf die statistisch relevanteste Variable Regimetyyp verzichten (siehe Unterkapitel V.4.5.2). Für alle weiteren Variablen zeigte sich in der Analyse, dass sie über keine Erklärungskraft für den Beginn der Staatszerfallsepisode verfügen:

- Handelsoffenheit liegt zum betreffenden Zeitraum über dem Weltmedian und erfährt zudem genau zwei Jahre vor dem gemessenen Staatszerfall einen weiteren Anstieg
- Säuglingssterblichkeit liegt 1974 zwar im 25ten Perzentil, steigt aber gerade nach Ende der Staatszerfallsepisode exponentiell an,
- Ebenso wie im kolumbianischen Fall finden sich in den Datensätzen der *Task Force* für den relevanten Zeitraum keine Belege für staatliche Diskriminierungspraktiken,
- 1974 befindet sich keiner der Nachbarstaaten in einem ethnischen oder zivilen Konflikt.

Angesichts dieser Ergebnisse lässt sich feststellen, dass keine der fünf Schlüsselvariablen des Makromodells als Erklärung für den Staatszerfall in Angola dienen kann. Des Weiteren ist aufgrund dieses Resultats, die Validität der korrekt erfolgten Staatszerfallsprognose durch die *SFTF* in Zweifel zu ziehen. Die *Task Force* gibt an, dass das *GM*, gespeist mit den angolanischen Daten für die Schlüsselvariablen von 1974, mit einem „Global Model Score“ von 0,2434 korrekt Staatszerfall im *in-sample*-Test für Angola 1976 vorhersagt. In Anbetracht der Tatsache, dass die Datensätze der Outcome-Variable für 1976, mit Ausnahme der Opferanzahl, Maximalwerte vorweisen, erscheint 0,2434 bei einem *cutpoint* von 0,23 zuerst einmal als ein extrem knappes Ergebnis. Es stellt sich aber grundsätzlich die Frage, wie die *Task Force* Staatszerfall überhaupt korrekt berechnen konnte, wenn, wie bereits in diesem Abschnitt aufgezeigt, 1974 keine Daten für die statistisch relevanteste Variable Regimotyp vorlagen und alle anderen Variablen nicht die Bedingungen erfüllten, die dem Verständnis der *SFTF* nach, Staatszerfall vorausgehen. Verschärfend kommt hinzu, dass im angolanischen Fall Staatszerfall für 1976 vorausgesagt wird auf Basis von Daten aus dem Jahre 1974, zu einem Zeitpunkt, als dieser Staat noch gar nicht existent war, sondern sich noch im Status einer portugiesischen Kolonie befand.

Hinsichtlich der Gesamtbewertung der Erklärungs- und Prognosekraft der fünf Schlüsselvariablen lässt sich festhalten, dass der Anspruch der *Task Force* mittels des *GM* „to assess and explain the vulnerability of states around the world to political instability“ (Bates et al. 2003: vii), auch in der länderspezifischen Anwendung auf Kolumbien und Angola nicht erfüllt wird. Die von der *Task Force* im logistischen Regressionsmodell selektionierten Schlüsselvariablen, erweisen sich als durchgehend inadäquat, um die Staatszerfallsprozesse in beiden Ländern erklärbar und prognostizierbar zu machen.

5. Schlussbewertung

Die vorliegende Analyse des *GM* deckte einige schwerwiegende methodologische und daraus resultierende analytische Mängel an der Arbeit der *SFTF* auf. Dies wiegt um so mehr, da es im beschränkten Rahmen einer Magisterarbeit geschah. Es ist zu erwarten, dass eine mit mehr Ressourcen ausgestattete Untersuchung noch weit mehr Defizite ausmachen könnte. Methodologisch hat sich die Analyse der Makroebene des Modells mit der anschließenden Anwendung auf zwei Fallstudien als fruchtbarer Ansatz erwiesen. Erst diese Verbindung ermöglichte eine umfassende Gesamteinschätzung des Modells. Auch wenn einschränkend angemerkt werden muss, dass sich die Anwendung des *GM* auf nur einen *Task Force*-Typus

von Staatszerfall und zwei Fallstudien begrenzte. Jene mittels der Fallstudien aufgedeckten Schwachpunkte des Modells sind zum großen Teil jedoch nicht endemischer Natur, sondern stehen für generelle methodologische und analytische Defizite des Modells. Verwiesen sei nur auf die Nichtberücksichtigung von äußerer Aggression und Einflussnahme sowie die analytisch nicht sinnvolle Skalierung.

Als Quintessenz der Makro- sowie Fallanalyse lässt sich das Urteil fällen, dass das *SFP*, trotz seiner hervorragenden geistigen wie finanziellen Ausstattung, nicht in der Lage war, ein überzeugendes Frühwarnmodell für Staatszerfall zu entwickeln. Die Gründe hierfür sind vielseitig. Einerseits wurde, im Bemühen das *GM* auf eine rein empirische Basis zu stellen, die Theorie als Grundlage der Modellbildung vernachlässigt. Dies hatte, wie in der Arbeit nachgewiesen werden konnte, direkte Konsequenzen in Form von unzureichenden Definitionen, unklaren kausalen Verortungen und Schlüssen. Andererseits sind unwissenschaftliche Vorgaben zu nennen wie: „due to statutory restrictions on the Task Force’s U.S. government sponsors, the United States is excluded from our data and analysis” (Goldstone et al. 2005: 5). Dies stellt zwar nicht per se die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Projektes in Frage, mindert jedoch erheblich dessen wissenschaftlichen Wert und Output.

Restriktionen dieser Art in Verbindung mit der aus rein methodisch-wissenschaftlichen Gründen nicht nachvollziehbaren Aufnahme der Variable Handelsoffenheit in das Set der Schlüsselvariablen nähren zudem den Verdacht der ideologischen Einflussnahme von Seiten der US-Regierung und der CIA. Dieser Verdacht ist rein spekulativ, doch konnten im Laufe der Arbeit Indizien gesammelt werden, die besagte Spekulation zumindest nicht ganz abwegig erscheinen lassen. Ebenfalls aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass in den ersten beiden Forschungsberichten aus Phase I und II ein hohes Maß an methodischer Selbstreflexion und auch -kritik geübt wurde (siehe Esty et al. 1995 sowie ebd. 1998), wohingegen in den darauf folgenden drei Berichten diese Art des wissenschaftlichen Hinterfragens und der kritischen Selbsteinschätzung nicht mehr praktiziert wird.

Um den hier genannten Verdachtsmomenten und auch methodischen Defiziten in Form der in einigen Fällen nicht gegebenen intersubjektiven Überprüfbarkeit zu entgegnen, wäre ein offenerer Umgang der *Task Force* mit den Ergebnissen des *GM* sinnvoll und hilfreich. Eine umfassende Offenlegung der theoretischen Konzeptionen sowie aller Datenquellen würde es ermöglichen, die von der *Task Force* gezogenen Schlussfolgerungen aus der Datenanalyse und Modellierung sowohl empirisch als auch theoretisch ganzheitlich nachvollziehbar sowie

überprüfbar zu machen. Solange diese intersubjektive Überprüfbarkeit nicht gegeben ist, müssen sowohl das Forschungsdesign als auch die daraus resultierenden Ergebnisse grundsätzlich in Frage gestellt werden.

6. Ausblick

Angesichts der Vielzahl an Problemen, die mit dem von der *Task Force* getroffenen Definitionsansatzes von Staatszerfall verbunden sind, spräche vieles für die Entwicklung einer alternativen Definition von Staatszerfall mit stärkerem Fokus auf den staatlichen Grundfunktionen. Dem entgegen steht allerdings, zumindest in einem quantitativen Modellierungskontext, einer der Gründe für den pragmatischen Definitionsweg der *Task Force*; nämlich die statistische Insignifikanz der Fallzahlen von Staaten im qualitativen Verständnis von Staatszerfall. Ein pragmatischer Verbesserungsvorschlag, der sowohl dem zentralen methodischen Problem als auch dem quantitativen Forschungsdesign Rechnung tragen würde, wäre unter Umständen die Entwicklung von vier spezifischen Modellen. Statt mit einem Modell alle vier Subkategorien erklären zu wollen, erscheint es methodisch sauberer, wenn je ein Modell die kausalen Spezifika von Revolutionskrieg, ethnischen Krieg, gewalttätigem Regimewechsel sowie Genozid/Politizid erfasst.

Bezug nehmend auf die Kernfunktion des *GM*, die Vorhersage von Staatszerfall, ist allerdings noch auf ein grundsätzliches strukturelles Problem des *GM* aufmerksam zu machen. Selbst wenn auf der Basis von *in-sample*-Tests eine über 90% Vorhersagegenauigkeit erreicht werden sollte, erscheint nach der derzeitigen strukturellen Ausrichtung des *GM* eine erfolgreiche Anwendung in Realzeit sehr fraglich:

“Using open-source data (e.g. the U.S. Census Bureau, the World Bank, the U.N. and other similar agencies), we seek to develop statistical models that can accurately assess vulnerability to instability two years hence and can identify key risk factors of interest to policymakers” (Bates et al. 2003: vii).

Die Problematik erscheint evident. Basierend auf „open-source“ Daten zu den selektierten Schlüsselvariablen will die *Task Force* mit zweijähriger Antizipation Staatszerfall vorhersagen. Ein Großteil dieser Daten (beispielsweise Säuglingssterblichkeit oder auch Regimetyt) ist allerdings in den meisten Fällen nur zeitversetzt verfügbar. So sind etwa die länderspezifischen, offiziellen Säuglingssterblichkeitsraten für das Jahr 2006 erst in den Anfangsmonaten des Jahres 2007 verfügbar gewesen; sowohl in den Datensätzen der *UNICEF* als auch dem *U.S. Bureau of Census*, der Hauptbezugsquelle der *Task Force* für Daten zur weltweiten Säuglingssterblichkeit. Eine ähnliche Problematik stellt sich im Falle

von Regimetyp. Die „open-source“ Quelle der *SFTF* für diese Schlüsselvariable ist der *Polity IV Report* (siehe auch S. 44 der vorliegenden Arbeit). Der jüngste *Polity IV Report* wurde am 24. Oktober 2006 veröffentlicht; aktualisiert um Daten für das Jahr 2004 (siehe <http://www.cidcm.umd.edu/polity/data/polreg.htm>, rev. 2007-02-20).

Im Falle der *Task Force* heißt dies, wenn sie in Realzeit Voraussagen treffen will basierend auf „open-source“ Daten der angegebenen Quellen, dann müsste sie um beispielsweise Staatszerfallsprognosen für das Jahr 2009 tätigen zu können, bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2007 über die Gesamtdaten zu den fünf Schlüsselvariablen verfügen. Diese liegen allerdings in den genannten konkreten Fällen, falls überhaupt, immer erst im Folgejahr vor. Zudem sind die selektionierten Variablen fast ausnahmslos Strukturvariablen, welche für ein Frühwarnmodell nicht geeignet erscheinen, da sie zwar langfristig, nicht aber in einem kurzfristigen Frühwarnkontext von zwei Jahren, als Indikatoren für sich verschlechternde sozioökonomische oder politische Bedingungen dienen können. Abschließend ist dementsprechend festzuhalten, dass wenn es bei der derzeitigen Konzeption des *GM* bleibt, auch längerfristig keine Erfolge in der Frühwarnung von Staatszerfall zu erwarten sind; zumindest nicht im Rahmen des *State Failure Project*.

Aus der Analyse des *GM* lassen sich mehrere Schlüsse für die laufende *state failure* Debatte ziehen. Es zeigte sich im Verlauf der Untersuchung des *GM*, dass rein quantitative Modelle kein qualitatives, interpretatives Gesamturteil in der Bestimmung und Erklärung von Staatszerfall ersetzen sollten. Sicherlich ist ein quantitativer Zugang zu Staatzerfall sinnvoll und auch notwendig, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass sich die aktuelle Staatszerfallsforschung beinahe ausschließlich in rein qualitativen Fallstudien erschöpft, und es kaum Analyseraster gibt, die Quer- und Längsschnittvergleiche ermöglichen. Der Verdienst der *Task Force* ist deswegen darin zu sehen, eine Datensammlung aus Staatszerfallsindikatoren erstellt zu haben, die beinahe alle Länder der Welt umfasst und so die Möglichkeit bietet, erstmals globale, regionale sowie länderspezifische Vergleiche von Staatszerfallsprozessen durchzuführen. Allerdings sollte dies nicht losgelöst von jeglichem theoretischen Rahmen geschehen, wie das Beispiel der *Task Force* zeigt, die aus der Korrelation von theorieunabhängig ausgewählten Variablen kausale Erklärungen für Staatszerfall induktiv herleitete. Hinzu kommt, dass das *SFP* vor allem einen sicherheitspolitisch orientierten Beitrag zur Debatte liefern möchte (siehe IV. 2.1.1.). Diese Ausrichtung kann deren mangelnden Anspruch, wissenschaftlich gültige Erklärungen zu entwickeln, erklären. Die *Task Force* scheint stattdessen Formulierungen namhafter Autoren und renommierter Wissenschaftler aufgegriffen zu haben, denen dadurch die Aura der

Wissenschaftlichkeit anhaftet (siehe Kapitel I.1.) und von denen in Folge erwartet wird, dass sie ihren Adressaten, also vor allem den staatlichen Mittelgebern (CIA und US-Regierung), plausibel erscheinen.

Für eine einerseits wissenschaftlich-theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Staatszerfalls sowie andererseits einer policy-relevanten Umsetzung der Ergebnisse in der Frühwarnung empfehlen sich folgende Maßnahmen: Quantitative Modelle sowie theoretische Analyse von Staatszerfallsprozessen können nicht die qualitative Einschätzung von Regionalexperten ersetzen. Beide Arten der Analyse sollten in Zukunft komplementär erfolgen. Frühwarnung und Risikoeinschätzung von Staatszerfall sollte möglichst auf ein systematisches Fundament gestellt werden, in welchem sich Länderexperten gemeinsam mit Theoretikern (z.B.: Statistikern, Friedens- und Konflikttheoretikern) die Forschungsarbeit teilen.

Das *SFP* stellt in der laufenden *state failure* Debatte den einzigen Ansatz dar, der noch von einer Dichotomie von Staat versus zerfallendem Staat ausgeht. Allen anderen Publikationen der letzten Jahre liegen mehrstufige Konzepte von Staatszerfall zu Grunde (siehe II. 2.). Auf diesem dichotomen Verständnis beruht auch die binäre Operationalisierung von Staatszerfall durch die *SFTF*. Da dies weder dem aktuellen Stand der Staatszerfallsforschung entspricht, noch, wie im Rahmen dieser Untersuchung gezeigt werden konnte, dem Anspruch an Vorhersage und Erklärbarkeit von Staatszerfall gerecht wird, sollte die quantitative Staatszerfallsforschung von dieser Dummy-Variable abkehren und den Forschungsfokus auf die Entwicklung von Modellen legen, die in der Lage sind, den Prozesscharakter von Staatszerfall auch mehrstufig zu erfassen. Dies wäre zudem nötig, um so die konzeptionelle Lücke zwischen qualitativen Typologien (siehe etwa Staatszerfalls-Typologien von Rotberg 2002 und Schneckener 2004) und quantitativen Modellen schließen zu können. In diesem Kontext bestehen ebenfalls noch Forschungslücken über die Bedingungen, welche partiellen Staatszerfall davon abhalten weiter zu eskalieren, beispielsweise auf der Stufe vom *failing state* zum *collapsed state*. Diese noch fehlenden Erkenntnisse könnten zudem einen Beitrag bei der Rekonstruktion von bereits kollaborierten Staaten leisten. Konkret kann man zum Beispiel auf die im Kontext von Schneckeners Typologie genannten Beispiele von Georgien als *failing state* sowie Tadschikistan als *collapsed state* verweisen. Es wäre sicherlich aufschlussreich zu analysieren, welche Gründe bei ähnlichen Grundvoraussetzungen zu einem totalen Staatszerfall in dem einen sowie nur einem partiellen in dem anderen Land geführt haben.

Die Mehrzahl der erklärenden Variablen des *GM* sind Strukturvariablen oder nehmen auf strukturelle Erklärungen von Staatszerfall Bezug. Damit unterliegen sie nur einem langsamen Wechsel. Dies gilt nicht nur für die Variablen des *GM*, sondern auch für die in der *state failure* Debatte identifizierten zentralen Prozess- und Strukturvariablen. Zwar sind diese unter Umständen geeignet für eine langfristige Risikoeinschätzung von Staatszerfall, nicht jedoch für eine kurzfristig zu erfolgende Frühwarnung. Hier fehlt in der Debatte ein komplementärer Zweig, der sich stärker der Analyse sowohl von kurzfristigen, potentiellen Auslösern und Beschleunigern widmet als auch der Identifizierung von präziseren und zeitsensitiveren Indikatoren. Exemplarisch verwiesen sei etwa auf die Kompetenz eines Staates im Bereich der Wohlfahrt, welche zwar über die Säuglingssterblichkeitsrate langfristig gut erfasst werden kann, jedoch nicht in einer kurzfristigeren ein- bis zweijährigen Perspektive. Eine innovative Ergänzung zu der Analyse von Beschleunigern wäre die Untersuchung und Spezifizierung von deeskalierenden Ereignissen und Maßnahmen („Entschleunigen“), die zur Rückgewinnung von Staatsfunktionen führen. Induktiv könnte dies über Nachweise von kooperativen Interaktionen im Verlauf eines Staatszerfallsprozesses geschehen. Wissenschaftlich nachhaltiger wäre aber sicherlich ein deduktiver Ansatz, der versucht, empirisch plausible Theorien und Modelle über die Bedingungen, die verschiedene Grade von Staatszerfall ent- oder beschleunigen, zu entwickeln. Eine Theorie die dies leistet und weithin als Erklärung von Staatszerfall anerkannt wird, ist in der heutigen Staatszerfallsforschung jedoch noch nicht auszumachen (siehe Barrios 2006: 34).

Mit Blick auf die Staatszerfalls- und Frühwarnforschung bleibt abschließend festzuhalten, dass eine große Kluft besteht zwischen den Leistungen der langfristigen allgemeinen Risikoeinschätzung auf der einen sowie der kurzfristigen Frühwarnung vor realen spezifischen Staatszerfallskrisen auf der anderen Seite. Folglich sollte die Priorität auf der Schließung der Lücke zwischen bereits identifizierten langfristigen Faktoren sowie noch zu spezifizierenden kurzfristigen Indikatoren liegen. Am Ende dieses Prozesses sollte es möglich sein, dass sowohl die Hintergrundbedingungen als auch der Verlauf der tagesaktuellen Ereignisse von Staatszerfall modelliert und interpretiert werden können. Dies beinhaltet die Entwicklung von genaueren und differenzierteren Modellen. Die Interpretation dieser Ergebnisse sollte dann zweigleisig sowohl aus empirischer als auch theoretischer Perspektive erfolgen.

Literaturverzeichnis

African Studies Centre Leiden/ The Transnational Institute, Amsterdam/ The Center of Social Studies/ Coimbra University/ The Peace Research Center Madrid 2003 (ed.): *Failed and Collapsed States in the International System*. <http://www.tni.org/reports/failedstates.pdf>, rev. 2006-09-17.

Alger, Chadwick F. 1998: *Failed States and the Failure of States: Self-Determination, States, Nations and Global Governance*, Paper for Conference on Failed States and International Security: Causes, Prospects, and Consequences, 25-27 February 1998, Purdue University, West Lafayette.
http://www.comm.ucsb.edu/Research/mstohl/failed_states/1998/papers/Alger.html, rev. 2006-09-17.

Barrios Harald 1999: *Konsolidierung der Demokratie - Substanz eines strapazierten Konzeptes*, in: Bodemer, Klaus/ Nolte, Detlef/ Sangmeister, Hartmut (ed.): *Lateinamerika-Jahrbuch 1999*, Frankfurt a. M.: Vervuert, S. 9-32.

Barrios, Harald 2006: *Qualitative Methoden des Vergleichs in der Politikwissenschaft*, in: ebd. (ed.): *Einführung in die Comparative Politics*, Opladen: Oldenbourg Verlag, S. 29-51.

Bierling, Stephan 2003: *Staatszerfall als globales Sicherheitsrisiko*, in: *Internationale Politik: Staatszerfall und Nation-building*, November 2003, Vol. 11, Nummer 58, S. 68-71.

Bliesemann de Guevara, Berit 2002: *Die Internetseiten von Rebellen Gruppen in innerstaatlichen Kriegen und bewaffneten Konflikten. Eine methodische Annäherung in vergleichender Perspektive am Beispiel kolumbianischer Guerillagruppen*, Arbeitspapier Nr. 4/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg.

Brady, Henry E./ Collier, David 2004 (ed.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*, Linham: Littlefield Publishers.

Breslow, Norman 1980: *Statistical Methods in Cancer Research. The Analysis of Case-Control Studies*, Lyon: International Agency for Research on Cancer.

Brittain, Victoria 1998: *Death of Dignity. Angola's Civil War*, London: Pluto Press.

Collier, David/ Seawright, Jason/ Munck, Geraldo L. 2004: *The Quest for Standards: King, Keohane, and Verba's Designing Social Inquiry*, in: Brady, Henry E./ Collier David (ed.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standard*, Lanham: Rowman & Littlefield.

Collier, Paul/ Hoeffler, Anke 1998: *On Economic Causes of Civil War*, in: *Oxford Economic Papers* 50, S. 563-573.

Collier, Paul/ Hoeffler, Anke 2002: *On the Incidence of Civil War in Africa*, in: *Journal of Conflict Resolution* 46, 1, S. 13-28.

Collier, Paul/ Hoeffler, Anke 2004: *Greed and Grievance in Civil War*, in: *Oxford Economic Papers* 56, S. 563-595.

Cornwell, Richard 2000: *The War for Independence*, in: Cilliers, Jakkie/ Dietrich, Christian (ed.): *Angola's War Economy – The Role of Oil and Diamonds*, Pretoria: Institute for Security Studies, S. 43-67.

Council on Foreign Relations 2005: *Backgrounder: FARC, ELN; AUC*. <http://www.cfr.org/publication/9272/#4>, rev. 2006-06-23.

Daun, Anna 2003: *Staatszerfall*, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 3/2003.

Dietrich, Christian 2000: *Inventory of Formal Mining in Angola*, in: Cilliers, Jakkie/ Dietrich, Christian (ed.): *Angola's War Economy – The Role of Oil and Diamonds*, Pretoria: Institute for Security Studies, S. 141-172.

- Dominguez, Jorge, I. 1981: *Cuba's Armed Forces and Foreign Relations*, Pittsburg: University of Pittsburg Press.
- Dreier, Volker 2006: *Das Quantitative Forschungsmodell in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Barrios Harald/ Stefes, Christoph: *Einführung in die Comparative Politics*, Opladen: Oldenbourg Verlag, S. 71-97.
- Fearon, James D./ Laitin, David D. 2003: *Ethnicity, Insurgency, and Civil War*, in: *American Political Science Review*: Vol 97, Nr.1, S. 75–90.
- Fearon, James D. 2004: *Why do some Civil Wars last so much longer than others?*, in: *Journal of Peace Research*: Vol. 41, Nr. 3, S. 275-301.
- Fischer, Thomas 2000: *War and Peace in Colombia*, in: Krumwiede, HeinrichW./ Waldmann, Peter (ed.): *Civil Wars. Consequences and Possibilities for Regulation*, Baden-Baden: Nomos, S. 290-321.
- Guáqueta, Alexander 2003: *The Colombian Conflict: Political and Economic Dimensions*, in: Ballentine, Karen/ Sherman, Jake (ed.): *The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed & Grievance*, Boulder: Lynne Rienner Publisher, S. 73-106.
- Gutiérrez, Fransisco Sanín 2003: *Criminel Rebels? A Discussion of War and Criminality from the Colombian Experience*, in: *Crisis States Programm Working Paper*, Nr. 27, S. 1-27.
- Guimarães, Fernando A. 1998: *The Origins of the Angolan Civil War. Foreign Intervention and Domestic Political Conflict*, Hampshire: MacMillan Press LTD.
- Gunn, Gillian 1992: *The Legacy of Angola*, in: Weiss, Thomas G. (ed.): *Superpowers and Regional Conflicts in Southern Africa and the Caribbean*, Boulder: Lynne Rienner, S. 39-56.
- Gurr, Ted R./ Harff, Barbara 1994: *Conceptual, Research, and Policy Issues in Early Warning Research. An Overview*, in: *The Journal of Ethno-Development, Early Warning of Communal Conflicts and Humanitarian Crises*, Vol. 4, Nr.1, S. 3-14.
- Gurr, Ted R./ Moore, Will H. 1997: *Ethno-Political Rebellion: A Cross-Sectional Analysis of the 1980s with Risk Assessments for the 1990s*, in: *American Journal of Political Science* 41, S.1079-1084.
- Hafner-Burton, Emilie M. 2005: *Right or Robust? The Sensitive Nature of Repression to Globalization*, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 42, No 6, S. 679–698.
- Hamm, Brigitte 1999: *Modelle zur Frühwarnung vor humanitären Katastrophen*, INEF-Report 37, Gerhard Mercator Universität Duisburg.
- Harff, Barbara. 1998: *Early Warning of Humanitarian Crises: Sequential Models and the Role of Accelerators*, in: Davies, John L./ Gurr Ted R: (ed.): *Preventive Measures: Building Risk Assessment and Crisis Early Warning Systems*, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 70-78.
- Hegre, Håvard/ Ellingsen Tanja/ Gates, Scott/ Gleditsch Nils P. 2001: *Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Change, and Civil War, 1816-1992*, in: *American Political Science Review*: Vol 95, Nr. 1, S. 33–48.
- Heinisch Reinhard 2001: *Political Explanations of Basic Human Rights Performance*, in: Weissbrodt, David (ed.): *International Human Rights: Law, Policy, and Process*, Johnstown: Anderson Publishing, S. 45-74.
- Heywood Linda 1998: *Toward an Understanding of Modern Political Ideology in Africa. The Case of the Ovimbundu of Angola*, in: *Journal of Modern African Studies*, Vol. 36, Nr. 1, S. 139-167.
- Holsti, Kalevi J. 1996: *The State, War and the State of War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heinisch Reinhard 1998: *The Economic Nature of Basic Human Rights: Economic Explanations of Cross-National Variations*, in: *Peace And Change* Vol. 23, Number 3, Cambridge: Blackwell Publishers, S. 333-372.
- Helman, Gerald/ Ratner, Steven 1992: *Saving Failed States*, in: *Foreign Policy* 89, S. 3–20.

- Holm, Hans-Henrik 1998: The Responsibility That Will Not Go Away. Weak States in the International System. Paper für Conference on Failed States and International Security: Causes, Prospects, and consequences, February 25-27, West Lafayette: Purdue University:
http://www.comm.ucsb.edu/Research/mstohl/failed_states/1998/papers/holm.html, rev. 2006-09-16.
- Human Rights Watch Report 2006: <http://hrw.org/english/docs/2006/01/18/colomb12206.htm> rev. 2006-04-16.
- Human Rights Watch 1999: Angola Unravels. The Rise and Fall of the Lusaka Peace Process, New York: Human Rights Watch.
- iDMC internal displacement monitoring centre 2006: Internal Displacement. Global Overview of Trends and Developments in 2005, Nyon: Nove Impression et Conseil.
- International Peace Research Oslo 2006: The Origin of Conflict Clusters: Contagion or Bad Neighborhoods? http://www.prio.no/page/Publication_details//9429/47801.html?PHPSESSID=b8a30ac, rev. 2006-10-20.
- Isacson, Adam 2000: The Colombian Dilemma. After half a century of fighting, can a fragile peace process succeed?, International Policy Report, Februar 2002, Washington DC: Center for International Policy.
- Isacson, Adam 2006: Plan Colombia. Six Years later. Report of a CIP staff visit, International Policy Report, November 2006, Washington DC: Center for International Policy.
- Jackson, Robert H. /Rosberg Carl G 1982: Personal rule in Black Africa : prince, autocrat, prophet, tyrant, Berkeley: University of California Press.
- Jackson, Robert H. 1990: Quasi-States: Sovereignty, International Relations, and the Third World, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jung, Dietrich 1995: Tradition-Moderne-Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung, Münster: LIT Verlag.
- King, Gary /Keohane, Robert O. /Verba, Sidney 1994: Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research, Princeton: Princeton University Press.
- King, Gary/ Zeng, Langche 2001a: Improving Forcasts of State Failure, in: World Politics 53, S. 623-658.
- King, Gary/ Zeng, Langche 2001b: Explaining Rare Events in International Relations, in: International Organization, Vol 55; No 3, S. 693-715.
- King, Gary 2005: State Failure, in: Social Sciences Statistic Blog, The Institute for Quantitative Social Science Research at Harvard University. http://www.iq.harvard.edu/blog/sss/archives/2005/09/state_failure.shtml, rev. 2006-05-29.
- Krauthausen, Ciro 1997: Moderne Gewalten. Organisierte Kriminalität in Kolumbien und Italien, Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Kreijen, Gerard 2003: State Failure, Sovereignty and Effectivness, Leiden: Dissertation.
- Krummenacher, Heinz/ Baechler, Günther/ Schmeidl, Susanne 1999: Beitrag der Frühwarnung zur Krisenprävention: Möglichkeiten und Grenzen in Theorie und Praxis, in: Friedensbericht 1999: Krisenprävention - Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung, Zürich: Rüeegger, S. 77-97.
- Krummenacher, Heinz/ Schmeidel, Susanne 2001: Practical Challenges in Preventing Violent Conflicts. FAST: An Example of a Comprehensive Early-Warning Methodology, Swiss Peace Foundation, Working Paper 34.
- Labrousse, Alain 1991: La drogue, l'argent et les armes, Paris: Fayard.
- Labrousse, Alain 1999: Kolumbien und Peru: politische Gewalt und Kriminalität, in: Jean, François/ Rufin, Jean-Christophe 1999 (ed.): Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg: Hamburger Edition, S. 313-344.

- Ladrón de Guevara, Andrés Dávila/ Escobedo, Rodolfo/ Gaviria, Adriana/ Vargas, Mauricio 2000: El Ejército Colombiano durante el período Samper: Paradojas de un proceso tendencialmente crítico, in: Revista Colombiana Internacional, Nr. 49/50, Departamento de Ciencias Políticas: Universidad de Los Andes. <http://www.lablaa.org/blaavirtual/revistas/colinter/davila.htm>, rev. 2006-11-21.
- Lambert, Daniel 2005: Schwäche und Zerfall von Staaten. Operationalisierung eines schwierigen Konzeptes, Tagungspaper für Nachwuchstagung der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung: Krieg, Gewalt und der prekäre Frieden: Bocholt 14.-16.1.2005.
- LeBillon, Philippe 2001: Angola's Political Economy of War: The Role of Oil and Diamonds, 1976-2000, in: African Affairs, Vol. 100, S. 55-80.
- Lock Peter 2002: Angola – Frieden ohne Perspektive?, in: Medico International (ed.): Ungeheuer ist nur das Normale. Zur Ökonomie der „neuen“ Kriege, medico Report 24, Frankfurt: Mabuse Verlag, S. 62-75.
- Malaquias, Assis 2000: Ethnicity and Conflict in Angola: Propects for reconciliation, in: Cilliers, Jakkie/ Dietrich, Christian (ed.): Angola's War Economy – The Role of Oil and Diamonds, Pretoria: Institue for Security Studies, S. 95-114.
- Mansfield, Edward/ Snyder, Jack 1995: Democratization and the Danger of War, in: International Security: Vol. 20, Nr. 1, S. 5–38.
- Marcella, Gabriel/ Schulz, Donald 1999: Colombia's Threes Wars: U.S. Strategy at the Crossroads, Carlisle: Stategic Study Institute, U.S. Army War College.
- Marshall, Monty G. 1999: Third World War: System, Process, and Conflict Dynamics, Lanham: Rowman & Littlefield.
- Marshall Monty G./ Gurr, Robert T. 2005: Peace and Conflict 2005: A Global Survey of Armed Conflicts, Self-Determination Movements, and Democracy, College Park: Center for International Development and Conflict Management.
- Massard, Mò B. (ed.) 2003: Colombia. Conflict Analysis and Options for Peacebuilding. Assessing Possibilities for Further Swiss Contribution, Swiss Peace Working Paper 1/2003, Bern: KOFF Series.
- Massard, Mò B. 2003: Introduction, in: ebd.: Colombia. Conflict Analysis and Options for Peacebuilding. Assessing Possibilities for Further Swiss Contribution, Swiss Peace Working Paper 1/2003, Bern: KOFF Series, S. 9-12.
- Medico International e.V. (ed.) 2005: Der Stoff aus dem die Kriege sind. Rohstoffe und Konflikte in Afrika, Frankfurt: Medico International e.V..
- Mertens, Günther 2001: Aktionsräume von Guerilla und paramilitärischen Organisationen: regionale und bevölkerungsgeographische Auswirkungen, in: Kurtenbach, Sabine (ed.) Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, S. 36-51.
- Migdal, Joel S.1988: Strong Societies and Weak States: State-society relations and state capabilities in the Third World. Princeton: Princeton University Press.
- Muller Edward N./ Weede Erich 1990: Cross-National Variation in Political Violence: A Rational Action Approach, in: Journal of Conflict Resolution: Vol 34, Nr. 4, S. 624–51.
- National Security Strategy of the United States of America 2002: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>, rev. 2006-05-03.
- Nicholson, Michael 1998: Failing States, Failing Systems, Paper für Conference on Failed States and International Security: Causes, Prospects, and consequences, February 25-27, West Lafayette: Purdue University, http://www.comm.ucsb.edu/Research/mstohl/failed_states/1998/papers/nicholson.html, rev. 2006-09-16.

- Nieto, Jaime Zuluaga 2001: Das kolumbianische Labyrinth: Annäherung an die Dynamik von Krieg und Frieden, in: Kurtenbach, Sabine (ed.) Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, S. 15-35.
- O'Brien, Sean B. 2002: Anticipating the Good, the Bad, and the Ugly An Early Warning Approach to Conflict and Instability Analysis, in: Journal of Conflict Resolution, Vol. 46 No. 6, December 2002, S. 791-811.
- Paes, Wolf-Christian 2001: Frieden rechnet sich nicht – die Ökonomie des Krieges und ihre Verlierer, in: Haupt, Jens (ed.): Angola. Ein Land wird geplündert. A Country Raided, Hofgeismarer Protokolle 322: Evangelische Akademie Hofgeismar, S. 39-50.
- Pan American Health Organization 2006: Health Situation in the Americas. Basic Indicators, Washington DC: Pan American Health Organization, <http://www.paho.org/english/dd/ais/BI-brochure-2006.pdf>, ref. 2006-11-29.
- Pizarro Leongómez, Eduardo 2001: Kolumbien. Aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven für ein Land im Konflikt, Rio de Janeiro: Konrad-Adenauer-Stiftung, Europa – América Latina: Analysen und Berichte, Nr. 4.
- Pécaut, Daniel 1987: L'ordre et la violence. Évolution socio-politique de la Colombia entre 1930 et 1953, Paris: Éditions de l'École des Hautes Études en Science Sociales.
- Plath, Ursula 2003: Stellvertreterkrieg oder Bürgerkriegsökonomien? Der Krieg in Angola nach der Unabhängigkeit, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 6/2004.
- Powell, Bingham G. 1982: Contemporary Democracies: Participation, Stability, and Violence, Cambridge: Harvard University Press.
- Prest, Stewart et al. 2005: Conference on Canada's Policy Towards Fragile, Failed and Dangerous States. Working Out Strategies for Strengthening Fragile States. The British, American and German Experience, CIPF: November 25.
- Restrepo, Jorge A./ Spagat Michael & Vargas, Juan F. 2006: The Severity of the Colombian Conflict: Cross Country Datasets Versus New Micro-Data, in: Journal of Peace Research, Vol. 43, No. 1, London: Sage Publications, S. 99-115.
- Rice Edward 1988: Wars of the Third Kind. Conflict in Underdeveloped Countries, Berkely: Berkely University Press.
- Risse, Thomas 2005: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. „Failed States“ werden zum zentralen Problem der Weltpolitik, in: INTERATIONALE POLITIK: Zerfallende Staaten, IP Septmeber 2005, S. 6-12.
- Ross, Michael L. 2003: Oil, Drugs, and Diamonds. The Varying Roles of Natural Resources in Civil War, in: Ballentine, Karen/ Sherman, Jake (ed.): The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed & Grievance, Boulder: Lynne Rienner Publisher, S. 47-70.
- Rotberg, Robert I. 2002: The New Nature of Nation-State Failure, in: The Washington Quarterly 25,3, S. 85-96.
- Rotberg, Robert I. 2003: Failed States, Collapsed States, Weak States: Causes and Indicators, in: ders. (ed.): State Failure and State Weakness in a Time of Terror. Washington D.C.: Brookings Institution Press, S. 1-25.
- Rotberg, Robert I. 2004: The Failure and Collapse of Nation States: Breakdown, Prevention, and Repair, in: ders. (ed.): When States Fail. Causes and Consequences, Princeton: Princeton University Press, S. 1-45.
- Rothman, Kenneth J. 1986: Modern Epidemiology, Boston: Little Brown.
- Rothman, Kenneth J. 2002: Epidemiology. An Introduction, New York: Oxford University Press.
- Rothschild, Peter 1992: The Case of Angola, in: Levite, Ariel/ Bruce, Lent W./ Larry, Bermann (ed.): Foreign Military Intervention. Colombia: Colombia University Press, S. 168-192.
- Rubio, Mauricio 2000: Conflict, Crime & Violence in Colombia, Bogotá: Paz Pública Universidad de los Andes, <http://www.utp.edu.co/%7Eporlapaz/docs/violencia/pxp1.pdf>, rev. 2006-05-05.

- Sánchez, Gonzalo/ Meerteens, Donny 2001: Bandits, Peasants and Politics. The Case of “La Violencia” in Colombia, Austin: University of Texas Press.
- Sanín Francisco Gutiérrez/ Barón, Mauricio 2005: Re-Statting the State: Paramilitary Territorial Control and Political Order in Colombia (1978-2004), Working Paper No. 6, London: Crisis States Research Centre.
- Sartori, Giovanni 1976: Parties and Party Systems, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schneckener, Ulrich 2004: States at Risk – Zur Analyse fragiler Staatlichkeit, in: ders. (ed.) SWP-Studie 43: States at Risk: Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 5-27.
- Schlichte, Klaus 2000: Staatsbildung und Staatszerfall in der „Dritten Welt“, in: Siegelberg, Jens/ Schlichte, Klaus (ed.): Strukturwandel Internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 260-280.
- Schrodt, Philip A. 2002: Forecasts and Contingencies: From Methodology to Policy, Paper für American Political Science Association Meeting: Political Utility and Fundamental Research, 29 August, Boston, <http://www.ku.edu/~keds/papers.dir/Schrodt.APSA02.pdf#search=%22Forecasts%20and%20Contingencies%20Schrodt%22>, rev. 2006-05-07.
- Siegelberg, Jens 1994: Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster: LIT Verlag.
- Sørensen; Georg 2000: Sovereignty, Security, and State Failure. Paper für: Failed States Conference III: Globalization and The Failed State, Florenz/ Italien, 7-10 April 2000, http://www.comm.ucsb.edu/Research/mstohl/failed_states/2000/papers/sorensen.html, rev. 2006-09-16.
- Sørensen; Georg 2001: War and State Making – Why doesn't it work in the third world? Paper für Failed State Conference IV, Florenz/Italien, 10-14 April 2001, http://www.comm.ucsb.edu/Research/mstohl/failed_states/2001/papers/S%F8rensen.pdf, rev. 2006-09-16.
- Sørensen; Georg 2004: The Transformation of the State. Beyond the Myth of Retreat, New York: Palgrave.
- Spanger, Hans-Joachim 2002: Die Wiederkehr des Staates. Staatszerfall als wissenschaftliches und entwicklungspolitisches Problem, HSFK-Report 1/2002, Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Strohl, Rachel 2001: Small Arms and Failed States - Interview of Ted R. Gurr, in: Center for Defense Information, <http://www.cdi.org/adm/1307/Gurr.html>, rev. 2006-09-12.
- Stultz, Newell, M. 1992: South Africa in Angola and Namibia, in: Weiss, Thomas, G. (Ed.) 1992: The Suffering Grass. Superpowers and Regional Conflicts in Southern Africa and the Caribbean, Boulder, 79-99.
- Stuvøy, Kirsti 2002: War Economy and Social Order of Insurgencies: An Analysis of the Internal Structure of UNITA's War Economy, Arbeitspapier Nr. 3/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg.
- Thoumi, E. Francisco 2003: Illegal Drugs, Economy, and Society in the Andes, Baltimore: The John Hopkins University Press.
- UNICEF 2002: The Progress of Nations Report, New York, <http://www.unicef.org/pon96/heunfini.htm>, rev. 2006-10-01.
- UNICEF 2006: Cholera Outbreak Poses Additional Threat to Child Survival in Angola, Press Release 12/06/2006, http://www.unicef.org/media/media_pr_infantmortality.html, rev. 2006-11-29.
- UNICEF 2006: Statistics, http://unicef.org/infobycountry/angola_statistics.html, rev. 2006-11-29.
- UNICEF 2006: Statistics, http://unicef.org/infobycountry/colombia_statistics.html, rev. 2006-11-29.

UNIFEM 2004: Profiles, Reports and Fact Sheets on Angola, <http://www.womenwarpeace.org/angola/angola.htm>, rev. 2006-11-29.

UNHCR/ ACNUR 2006: Colombia. Grupos paramilitares de autodefensa, <http://www.acnur.org/pais/index.php?accion=tema&id=17&iso2=CO>, rev. 2006-10-21.

United Nations 2003: Charter of the United Nations, New York: Department of Public Information.

U.S. Department of Energy: 2006: U.S. Imports by Country of Origin. Total Crude Oil and Products, http://tonto.eia.doe.gov/dnav/pet/pet_move_impcus_a2_nus_ep00_im0_mbb1_m.htm, rev. 2006-04-13.

Wallensteen, Peter 2000: Beyond State Failure. On Internal and External Ways of Ending State Failure, Working Paper for Failed States Conference III: Globalization and The Failed State, Florenz, 7-10 April 2000, http://www.comm.ucsb.edu/Research/mstohl/failed_states/2000/papers/wallensteen.html, rev. 10-10-2006.

Wallensteen, Peter/ Sollenberg, Margareta 2001: Armed Conflict 1989–2000, in: Journal of Peace Research 38(5), S. 629–644.

Warweg, Florian 2006: Eliten in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Barrios Harald/ Stefes, Christoph: Einführung in die Comparative Politics, Opladen: Oldenbourg Verlag, S. 154-168.

Weiner, Myron 1996: Bad Neighbors, Bad Neighborhoods: An Inquiry into the Causes of Refugee Flows, in: International Security, Vol. 21, No. 1, S. 5-42.

Wickham-Crowley, Timothy P. 1993: Guerillas & Revolution in Latin America. A Comparative Study of Insurgents and Regimes since 1956, Princeton: Princeton University Press.

World Health Organization 2006: Angola, <http://www.who.int/hac/about/donorinfo/angola-sc-CD-KS.pdf>, rev. 2006-11-27.

Zartman, I. William 1995: Introduction: Posing the problem of state collapse, in: ders. (ed.): Collapsed States: The disintegration and restoration of legitimate authority, Boulder: Lynne Rienner, S. 1-11.

Zelik, Raul 2005: Staat und Gewaltzustand. Der kolumbianische Paramilitarismus vor dem Hintergrund der Debatte um Neue Kriege und Staatszerfall, <http://www.raulzelik.net/textarchiv/feuilleton/staatszerfall.rtf> , rev. 2006-05-14.

Online Nachschlagewerke:

Easton, Valerie J. 2006: Statistic Glossary, Department of Statistic, University of Glasgow. http://www.stats.gla.ac.uk/steps/glossary/hypothesis_testing.html#pvalue, rev. 2006-10-06

Center for Systematic Peace 2006: Global Conflict Trends: <http://members.aol.com/cspm/mgm/conflict.htm>, rev. 2006-10-20

Mayerhofer-Ludwig, Wolfgang 2006: Online Lexikon der Methoden der empirischen Sozialwissenschaft, Bayerische Akademie der Wissenschaften, http://www.lrz-muenchen.de/~wlm/ein_voll.htm, rev. 2006-09-27.

Publikationen der State Failure Task Force/Political Instability Task Force

I. Forschungsberichte

Bates, Robert H./ Epstein, David L./ Goldstone, Jack A./ Gurr, Robert T., Harff, Barbara/ Kahl, Colin H./ Knight, Kristen/ Levy, Marc A./ Lustik, Michael/ Marshall, Monty G./ Parris, Thomas M./ Ulfelder, Jay/ Woodward, Mark R. 2003: Political Instability Task Force Report: Phase IV Findings, SAIC.

Esty, Daniel C./ Goldstone, Jack A./ Gurr, Robert T./ Surko, Pamela T./ Unger, Alan N. 1995: State Failure Task Force Report: Working Papers, SAIC.

Esty, Daniel C. / Goldstone, Jack A./ Gurr, Robert T./ Surko, Pamela T./ Unger, Alan N./ Harff, Barbara/ Levy, Dabelko M./ Geoffrey D. 1998: State Failure Task Force Report: Phase II Findings, SAIC.

Goldstone, Jack A./ Bates, Robert H./ Gurr, Robert T./ Lustik, Michael/ Marshall, Monty G. / Ulfelder, Jay/ Woodward, Mark 2005: A Global Forecasting Model of Political Instability, SAIC.

Goldstone, Jack A./ Gurr, Robert T./ Surko, Pamela T./ Unger, Alan N./ Harff, Barbara/ Levy, Marc/ Marshall/ Monty G./ Bates, Robert H./ Epstein, David L./ Ulfelder, John C./ Christenson, Matthew/ Dabelko, Geoffrey D./ Esty, Daniel C./ Parris, Thomas M. 2000: State Failure Task Force Report: Phase III Findings, SAIC.

Gurr, Ted R. 1995: The State Failure Project: Early Warning Research for International Policy Planning, Paper for the Panel on Conflict Early Warning Systems, International Study Associations Annual Meeting, Chicago, 21-25 February.

Marshall, Monty G./ Gurr, Robert T./ Harff, Barbara 2004: Political Instability (State Failure) Problem Set: Internal Wars and Failures of Governance, 1955-2004 Dataset and Coding Guidelines, SAIC.

II. Datensätze in Excel und SPSS

Revolutionary War Problem Set (Excel File) 2005: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/pitfpset.htm>, rev. 06-15-2006.

SFTF Replication Set (SPSS): <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/pitfdata.htm>, rev. 06-15-2006.

Zeitungen/Nachrichtenagenturen

Bronstein, Hugh 2006: Colombia says led world in 2005 land mine victims, in: The Boston Globe 04/04/2006: http://www.boston.com/news/world/latinamerica/articles/2006/04/04/colombia_says_led_world_in_2005_land_mine_victims/, rev. 2006-04-06.

Delcas, Marie 2006: Le gouvernement Uribe et les FARC envisagent des négociations de paix, in: Le Monde 04/10/2006 : <http://www.lemonde.fr/web/article/0,1-0,36-819384,0.html>, rev. 2006-10-04.

LaFraniere, Sharon 2006: In Oil-Rich Angola, Cholera Preys Upon Poorest, in: New York Times 06/16/2006: <http://www.nytimes.com/2006/06/16/world/africa/16cholera.html?pagewanted=2&ei=5070&en=fa72a9158a3d2fe0&ex=1161316800>, rev. 2006-10-10.

McDermott, Jeremy 2002: Colombia's growing paramilitary force, in: BBC-News 07/10/2002: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/1746943.stm>, rev. 2006-11-23

Neue Züricher Zeitung 2007: Verhärtung der ethnisch-politischen Fronten in Kirkuk, in: Neue Züricher Zeitung 20/02/2007, S. 4.

Philip Stephens 2001: Chaos that cannot be tolerated, in: Financial Times 28/09/2001, S. 15.

Perras, Arne 2006: Unendliches Chaos?, in: Süddeutsche Zeitung 07/06/2006, S. 3.

Swarns, Rachel L.: 2001: Oil Abounds, Misery Too: A Case Study, in: New York Times 14/01/2006, S. 6.